VIII

STEIN UND DIE KARLSBADER BESCHLÜSSE GEGEN LIBERALISMUS UND REAKTION

Stein an Hövel
St. A. Abschrift

Frankfurt, 29. März 1819

Besorgnis vor vorreiligen, aus persönlichen Motiven unternommenen Verfassungsexperimenten Hardenbergs. Ständische Probleme. Die Ermordung Kotzebues.

Ew. Hochwohlgebohren Schreiben ist lange unbeantwortet geblieben, weil ich hoffte, Ihnen etwas Bestimmteres über die Lage der öffentlichen Angelegenheiten schreiben zu können, als ich jetzt vermag — indem wir jetzt nichts befriedigerendes und näheres erfahren haben.

Die grösste Besorgnis, so ich gegenwärtig habe, ist, dass der Staatskanzler aus Persönlichkeit sich eilen wird, eine Verfassungsurkunde zu Tage zu bringen vor der Ankunft des ihm sehr verhassten Humboldts, ein Machwerk, das, so wie die ganze seit 1810 entstandene Gesetzgebung, stümperhaft, unzusammenhängend, und nur auf liberale Gleissnerey berechnet seyn wird.

In der Allgemeinen ¹⁾ äussert man sich von Berlin aus, die Reichsstände würden aus denen Provinzial Ständen gewählt werden und nur berathend seyn. Das Wahlcollegium für die ersteren bestände also höchstens aus 6 bis 700 Persohnen und wäre zu geringzählig, um bey denen Wahlen Einseitigkeit und Influenz auszuschliessen und sich Vertrauen bey der Nation zu erwerben.

Eine berathende Versammlung wird bey dem Volk wenig Achtung und Vertrauen geniessen, und, da sie ohne Verantwortlichkeit ist, entweder in das Wilde hinrathen, oder sich gleichgültig und träge verhalten.

Es erscheint gegenwärtig in Berlin die Staatszeitung ²⁾, die insofern einen Werth hat, als die Regierung darin ihre Meynung und Ansichten ausspricht. Ich mache Ew. Hochw. aufmerksam auf eine darin enthaltene Beurtheilung der Abhandlung des Herrn Sommers über die ständische Verfassung im Herzogthum Westphalen ³⁾ — es wäre doch gut, dass Sie

¹⁾ In der Allgemeinen Zeitung vom 23. März 1819. Nr. 82. S. 328.

²⁾ Sie erschien seit Anfang 1819 und wurde von Staegemenn redigiert.

³⁾ Joh. Friedrich Jos. Sommer (1793—1856), Rechtsanwalt in Kirchhunden. Er hatte 1819 mit einer Arbeit „Von deutscher Verfassung im germanischen Preussen und im Herzogtum Westfalen“ promoviert, war aber schon vorher mit Beiträgen in verschie-

eine Beurtheilung dieser Beurtheilung in den „Herrmann“¹⁾ einrücken ließen, da sie eine ernsthafte Rüge verdient.

Der Mord des Herrn von Kotzebue²⁾, diese Greulthat eines jungen politischen Fanatikers, wird einen den Freunden der verständigen Freyheit nachtheiligen Eindruck machen — unterdessen gehen die Dinge in Bayern ganz erträglich, von Baden erwartet man sich gutes, und die neuesten Ereignisse in Frankreich³⁾ sind insoweit befriedigend, dass der König in der Deputirten Cammer die Mehrheit behauptet und dass die Nation einen ruhigen und keinen aufrührerischen Geist wie ao. 1789 zeigte.

Ich gehe den 13. April nach Nassau und bleibe bis die ersten Tage des Juny, wo ich nach Cappenberg reise und Ew. Hochw. in Herbeck zu besuchen mir vornehme — hier wollen wir über E. Hochw. gründliche Abhandlung über das Communal Wesen sprechen.

Stein an Spiegel

Frankfurt, 30. März 1819

Nachlass Spiegel. Gedr. Pertz V. S. 356 f.

Die Ermordung Kotzebues.

Betr. zunächst die Sammlung der Quellenschriftsteller.

Die Greuelthat der Ermordung des Herrn v. Kotzebue hat uns alle mit Entsetzen und Unwillen erfüllt, unsere Universitäten ziehen also politische Fanatiker, so wie die Jesuiten ehemals die religiösen — ? Kennen E. E. Herrn P. Menzels Undeutschheit des neuen Deutschtums? ⁴⁾, ich empfehle es ihrer Aufmerksamkeit. —

Ob der Mörder Mitschuldige gehabt, wird die weitere Untersuchung lehren.

Karoline v. Humboldt an Stein

Rom, 31. März 1819

St. A.

Die von Stein bestellten Gemälde. Reise der Frau von Humboldt nach Berlin. Ihre Gesundheit.

Ich habe, theuerster und verehrtester Freund, Ihren Brief vom 8. März den 25. d. M. erhalten und eile, Ihnen Bericht über alles abzustatten. Herr Koch nimmt das jetzige Bild zurück und fängt unverzüglich denselben Gegenstand mit einigen Abänderungen wieder an, die, wie ich hoffe, das Gemälde als Kunstwerk nur noch schöner machen werden, weil es einfacher seyn wird. Hofer bleibt immer die Hauptfigur, und die Figuren bekommen nun, wo das Bild 4 Schuh breit wird, eine ordentliche

denen politischen Zeitschriften hervorgetreten. Sommers Buch über Deutsche Verfassung im germanischen Preussen wurde im 20. und 22. Stück der Preussischen Staatszeitung besprochen (9. und 16. März 1819).

¹⁾ Eine damals in Nordwestdeutschland weitverbreitete politische Zeitschrift. Begründet von W. A. Aschenberg (1768—1820), Pfarrer in Hagen.

²⁾ Am 23. März 1819.

³⁾ Über die innerpolitische Lage in Frankreich Anfang 1819 siehe Stern, a. a. O. I, S. 481 ff.

⁴⁾ S. unten S. 557, Anm. 7.

Grösse. Er hat die neue Arbeit sehr gern und mit heiterem Sinn übernommen und bittet um die Auszahlung von 150 holländischen Dukaten heut übers Jahr, wo er das Bild abliefern will . . . Ich hoffe, theurer Freund, dass die Sache jetzt abgemacht ist, und dass Sie ein schönes Bild bekommen werden. Koch ist ein guter, einfacher und gewissenhafter Mensch, er wird überdem alle s daran setzen, seinem Nahmen Ehre zu machen. Auch begeistert es ihn sehr, für Sie zu arbeiten, denn seine ganze Seele lebte in dem Kriege gegen die Franzosen, und er sieht Sie als einen der thätigsten Männer Deutschlands an, der die Befreyung herbeygeführt. Sein jetziges Bild, was etwa in 4 Wochen beendigt seyn wird, hofft er, gut zu verkaufen.

Mit Catell¹⁾, der endlich aus Neapel zurückgekommen ist, habe ich denn auch wegen des Pendants gesprochen. Catell weiss aber bis jetzt nicht, für wen das Bild ist, das ich mit ihm besprochen habe; er hat den Tod der Schillschen Offiziere unter den 3 Gegenständen, die Sie vorschlugen, gewählt²⁾. Die Grösse habe ich ihm auf 4 Fuss Breite bestimmt, und über die Höhe soll er sich dann, wenn alles bestimmt ist, mit Koch verständigen, damit die beiden Bilder egal werden . . .

Ich reise den 1. Mai bestimmt ab, und da ich mit der Reise schwerlich vor dem 16. oder 18. Mai von Florenz wegkomme, denn meine Kräfte sind noch so, dass ich es gar nicht berechnen kann und kaum hoffen, schnell zu reisen, so könnte ich einen Brief von Ihnen in Florenz . . . bekommen, und alles was Sie mir aufträgen, zurück nach Rom bestellen. Sie können denken, wie ich mich zu unserem Freunde hinsehne. Ich fühle ganz seine Lage. Meine Gesundheit war aber so, wie ich es ihm nie habe sagen wollen, um ihn nicht mehr zu beunruhigen, solche Gicht in den Füßen mit solchen Schmerzen verbunden, dass ich oft wochenlang nicht eine Stufe habe gehen können. Sie wissen, was die Folge von vernachlässigter Gicht ist, und womit ich sogar ein paarmal bedroht wurde, das Zurücktreten in den Unterleib. Ich wurde daher von meinem Arzt auf das allerernstlichste gewarnt, mich sehr ruhig zu verhalten und das Uebel nicht zu reitzen, was mit dem Alter, in dem ich stehe, in Verbindung ist. Jetzt, so wie nur milde Witterung eintritt, bewege ich mich vorwärts, ich gehe wieder auf dem Ebenen, und die milde Jahreszeit macht sich spürbar. Auf den Treppen führen mich meine Kinder. Sie können glauben, dass mir der Boden unter den Füßen brennt, denn wenn ich mir auch nicht die Eigenschaften zutraue, mit denen ich ihm rathen könnte, so braucht er ein treues und liebendes Herz, in dem er alle seine Sorgen ausschütten kann. Gott hat meine Reise gesegnet durch Carolinens³⁾ Gesundheit — er wird mich auch jetzt nicht

1) S. oben S. 523.

2) Dieses Gemälde ist nicht zur Ausführung gekommen.

3) Karoline v. Humboldt (geb. 1792), die älteste Tochter Wilhelm v. Humboldts. Sie ist 1837 unverheiratet gestorben.

verlassen. Professor Bekker ¹⁾, Brandis ²⁾, der früher bei Niebuhr war und nun nach Bonn kommt und Mad. Herz ³⁾ aus Berlin, die Sie ja auch kennen, und die Sie unendlich verehrt, reisen mit mir, erstere bis Verona, letztere wahrscheinlich bis Frankfurt. A l l e i n mit den jungen Mädchen konnte ich mich nicht auf den Weg machen. Ich musste den Fall im Auge behalten, wo mir etwas zustiesse, damit sie nicht verlassen seyen. So hoffe ich, wird alles gehen. Die Aerzte wollen mich nach Ems oder Wiesbaden senden. So innig ich mich freuen würde, Sie dann zu sehen, so liegt mir die Zeit doch schwer auf der Seele. Ich reise ab, wir wollen dann weiter sehen.

Die gute Niebuhr ist etwas besser. Die Augen haben eine Eiterung nach aussen hin gemacht. Noch ist sie beinahe blind, aber man hofft. Die Lage dieser Familie besonders hier, wo sie nicht gern sind, ist beunruhigend und sehr rührend durch die Art, wie sie es tragen.

Ich empfehle mich mit den Meinen Ihrer Frau Gemahlin und Frl. Töchtern. Es hat mich sehr gefreut, dass H. mir schrieb, dass meine Schwiegertochter Ihnen gefallen und Theodor ⁴⁾ nicht missfallen habe.

Stein an den König von Württemberg
St. A. Konzept

Frankfurt, 3. April 1819

Beileid zum Tod der Königin. Würdigung ihrer Persönlichkeit und ihrer Verdienste, insbesondere im Jahr 1812.

In den ersten Zeit des Verlustes wagte ich es nicht, an E. M. K. zu schreiben, denn im Moment des grössten Schmerzes vermag kein anderes Mittel wirksam zu seyn, als sich ihm hinzugeben und seine Milderung von der Zeit zu erwarten und von der Beschränktheit aller menschlichen Empfindungen. Alsdann erst wird es wohlthätig und beruhigend, das Auge nach dem Grabhügel zu richten, der unser Erdenglück einschliesst und zugleich seine Schrecken durch einen höheren Blick zu brechen, der über den Grabhügel hinwegsieht und in den Tröstungen der Religion und der Gewissheit der Unsterblichkeit Ruhe sucht und findet. Mögen Ihre K. M. diese Tröstungen in ihrer ganzen Stärke kennen und erfahren, denn sie sind die einzigen, die uns über die Leiden jeder Art erheben und uns gegen die kalte bittere Menschenfeindlichkeit und Men-

¹⁾ Emanuel Bekker (1765—1871), Philologe, Schüler Fried. A. Wolfs, 1810 Professor an der Universität Berlin, war 1815 mit in Paris, um dort die Wiedererlangung der aus Deutschland geraubten Handschriften zu betreiben, 1817—1819 in Italien. S. Harnack, Gesch. der Kgl. Preuss. Akademie der Wissenschaften (Ausg. in 1 Bd.) S. 495 ff.

²⁾ Christ. Aug. Brandis, Philologe, der damals zusammen mit Bekker an einer grossen kritischen Ausgabe des Aristoteles arbeitete. Er war 1816 als Gesandtschaftssekretär mit Niebuhr nach Rom gekommen. Vgl. den Brief Karolines von Humboldt an Wilhelm v. Humboldt vom 24. März 1819, Sydow VI, S. 508 f.

³⁾ Henriette Herz, s. Bd. III. S. 375, Anm. 2.

⁴⁾ Theodor v. Humboldt (1797—1871), der zweite Sohn Wilhelms v. Humboldt, verh. mit Mathilde von Heineken (1800—1831).

schenverachtung schützen, sie eröffnen uns die Aussicht zu der Wiedervereinigung mit denen, die unserem Herzen theuer waren und geben uns die Ueberzeugung, dass der Glaube, die Liebe, die Hoffnung, die sie hier veredelten, auch dort noch sie verherrlichen werden.

Am Rande ihres Grabes fñlt man recht innig, wie nur in den Zusagen des Christenthums Beruhigung über das Vergangene, zuversichtliche Aussicht nach einer beglückenderen Zukunft zu finden und Trost über den Verlust des Unersetzlichen zu erwarten, und welches irdische Gut kann den Verlust derjenigen ersetzen, die alle äussere Reitze, alle Liebenswürdigkeit mit einem edlen kräftigen Charakter, hohen Geistesgaben und grosser Frömmigkeit verband, die der Liebe lebte, durch sie wohlthätig wirkte und durch Liebe glücklich machte. Ihr Bild wird stets gegenwärtig seyn, wie sie in der grössten Krise des Jahres 1812 ruhig und ergeben und unermüdet für das Wohl ihres bedrängten Vaterlandes thätig war, durch Beyspiel, Rath, durch Einfluss auf die zahlreiche Menge, die sie zu erheben und zu begeistern wusste, sie traf ein hartes Schicksal und verbitterte ihre Freude über die glücklichen und ruhmvollen Ereignisse der Zeit, die Vorsehung führte sie in das Ausland, sie war Zeuge und Theilnehmerin an den Vorgängen. Sie ergriff mit einer seltenen Lebendigkeit und Klarheit die Sachen und die Charaktere der Menschen, die sie in den Ländern traf, die sie besuchte, ihre Kenntnisse und Erfahrungen, um mit Weisheit und Wohlwollen in ihrem neuen Wirkungs Crayss zu übertragen ¹⁾, den ihr eine schützende und leitende Vorsehung als Gattin eines edlen und hochgeachteten Fürsten anliess. Diesem schönen Verhältniss ward sie schleunig entrückt, doch ihr Beyspiel, so sie gegeben, ihre Sehnsucht, so sie zurückgelassen, wird ferner wirken, und ihr liebender, edler, verklärter Geist wacht über die Schicksale der ihrigen, bis sie wieder mit ihnen vereint seyn wird, und wird Trost in die tief verwundeten Seelen ihrer Geliebten giessen. — Mögen Ihre Majestät ihn zugleich finden in dem glücklichen Erfolg ihres edlen Bestrebens, ihr Volk glücklich zu machen.

Stein an Solms-Laubach

Frankfurt, 3. April 1819

Archiv der Grafen zu Solms in Laubach. Nach dem Abdruck im „Türmer“ Jahrg. 29. S. 9 f. Dort vollständig

Die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde und die Sammlung der Quellschriftsteller. Die Gährung im Grossherzogtum Darmstadt. Die Ermordung Kotzebues.

Dank für einen Beitritt zum Verein für ältere deutsche Geschichtskunde.

Des H. G. H. v. Baden K. H. haben auf meinen Antrag H. Dümgé vom Archiv zu Carlsruhe nach Heidelberg versetzt ²⁾, um sich dem Geschäfte ausschliesslich widmen, die Bibliotheken benutzen und von der Beyhülfe der dortigen Gelehrten Gebrauch machen zu können . . .

¹⁾ So in der Vorlage.

²⁾ S. H. Bresslau a. a. O. S. 43.

Bodmans ¹⁾ Rheingauische Alterthümer . . . empfehle ich E. Hochgebohren Aufmerksamkeit wegen des Reichthums an angedruckten Urkunden — seine Privat Sammlung soll ganz vortrefflich seyn; man wirft ihm vor Spoliation der Maynzischen Archive — es wäre interessant, seine Sammlung und die des alten Kindlinger zu kaufen.

Ich gehe den 13. April nach Nassau und könnte alsdann das Cabinet ²⁾ abgeholt werden und zu Wasser nach Bonn gehen . . .

Im Darmstädtischen zeigt sich ein bössartiger jacobinischer Geist ³⁾ — es bilden sich Ausschüsse von Bauern in denen Aemtern, die, geleitet von Schwindelköpfen, untereinander correspondiren und mit der Regierung unterhandeln. Man theilte vor wenigen Tagen einen Catechismus aus, der die ganze Theorie des Jacobinismus enthielt, ich sah ein Exemplar ⁴⁾. Der Grossherzog hat um 70 Pferde den Marstall vermindert, um 30 Bataillone die Landwehr, die Tafel eingeschränkt u. s. w.

E. Hochgebohren habe ich die Ehre, in der Anlage ein Exemplar des Entwurfs ⁵⁾ u. s. w. mitzutheilen. — Könnte man ihn nicht in die Rheinische Juristische Blätter einrücken lassen?

Nachschrift. Empfiehlt Fichards ⁶⁾ Geschichte von Frankfurt.

Die Greuelthat des unglücklichen, fanatisirten Sand hat uns alle mit Abscheu erfüllt und bestätigt die Verderblichkeit der Bemühungen derjenigen, die die Jugend fanatisiren wollen, eines Jahn, Friese u. s. w. Lesen E. Hochgebohren eine Abhandlung des Professor Menzels ⁷⁾ in Breslau: „Ueber die Undeutschheit des neuen Deutschtums“. — In gleichem Sinn, aber in einem metaphysischen Kauderwelsch schreibt Steffens ⁸⁾.

¹⁾ S. oben S. 492, Anm. 2.

²⁾ Steins Mineralienkabinet, s. oben S. 482.

³⁾ In Hessen-Darmstadt verband sich die von Giessen ausgehende radikale studentische Bewegung (Follen) mit der unter der Landbevölkerung schwelenden Unzufriedenheit. S. Treitschke a. a. O. II. S. 440 f.

⁴⁾ „Frag- und Antwortbüchlein über allerlei, was im deutschen Vaterland besonders Not thut. Für den deutschen Bürgers- und Bauersmann. Deutschland 1819.“ Verfasst von dem Hessen-Darmstädtischen Leutnant Wilhelm Schulz.

⁵⁾ Zu den Statuten der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde? S. S. 548.

⁶⁾ Joh. Karl v. Fichard (1773—1829), frankfurter Historiker. Sein Hauptwerk, die „Entstehung der Reichsstadt Frankfurt a./M.“ war soeben erschienen.

⁷⁾ Karl Adolf Menzel (1784—1855), schlesischer Schulmann und Historiker. Er hatte 1813 während des Aufenthalts der königlichen Familie in Breslau die Prinzen Wilhelm und Karl in Geschichte unterrichtet und griff 1819 die burschenschaftliche und die Turn-Bewegung in der von Stein genannten Schrift an. 1824 wurde er als Konsistorial- und Schulrat Leiter des schlesischen höheren Schulwesens. Neben seiner Amtstätigkeit verfasste er eine Reihe landesgeschichtlicher und allgemeingeschichtlicher Werke, darunter die zu seiner Zeit viel gelesene, nicht unbedeutende „Neuere Geschichte der Deutschen von der Reformation bis zur Bundesakte (1826—1848)“. Erwähnenswert sind ausserdem nur noch seine „Zwanzig Jahre preussischer Geschichte 1786—1806“ (1849).

⁸⁾ Steffens (s. Bd. IV. S. 15) hatte 1817 zuerst in seinem Buche „Die gegenwärtige Zeit und wie sie geworden“ gegen die Ausartungen der Jahn'schen Bewegung angekämpft, er setzte diesen Angriff fort in seinen 1819 erschienenen „Karikaturen des Heiligsten“. Vgl. über den sogenannten „Breslauer Turnstreit“ Treitschke a. a. O. II. S. 393 f.

Stein an Gagern

Frankfurt, 9. April 1819

Nach Pertz, Stein V. S. 357 f.

Verabredung einer Zusammenkunft auf der Reise nach Nassau.

Um das vorgeschlagene Rendez-vous vorzubereiten, habe ich die Ehre, E. E. zu melden, dass ich den 13 April morgens um 6 Uhr von hier abgehen und um 10 in Wiesbaden auf der Post seyn werde, mich dorten, um zu frühstücken, aufhalte, und um 11 Uhr meine Reise fortsetze . . . Herr Professor Dümgé ist hier, und werden jetzt mancherley das litterarische Unternehmen betreffende Punkte besprochen werden.

Ihre Amerikanischen Bücher habe ich Herrn L.-R. Büchler geliehen. E. E. dagegen besitzen von ihm ein Buch über Englische Constitution — welches Sie gegen die erstern auswechseln können. Leben Sie bis zu unserer Zusammenkunft wohl.

Stein an Gagern

Frankfurt, 11. April 1819

Nach Pertz, Stein V. S. 358

Beileid zum Tod seiner jüngsten Tochter. Christliche Lebensauffassung Steins. Einladung nach Nassau.

An Ihren häuslichen Leiden nehme ich wahren und innigen Antheil; suchen Sie, mein lieber Freund, den Trost, wo er zu finden ist, in denen Aussichten, die uns Religion eröffnet, wohin uns das heutige Fest der Auferstehung hinweist, worüber es uns Festigkeit, Klarheit und Lebendigkeit der Ueberzeugung giebt.

Wie lieblich sagt Sailer¹⁾, ist der Tod des Christen im Auge des Christen! Geht doch nur das, was die Erde gab, in die Erde, und was der Himmel gab, sein Geist, zu Gott zurück. Ein solcher Tod ist ein Engel des Lebens für die zurückgebliebene Familie. Die Mutter findet neue Glaubensstärke, wenn sie ihre Tochter in der Ewigkeit aufsuchen muss, und der Vater findet sie in dem Chor der Unsterblichen, die Kinder eines Vaters, unsere rechten Brüder und Schwestern sind.

Die mir mitgetheilten Briefe sind höchst interessant; ich danke Ihnen dafür und schicke Ihnen sub lege silentii et remissionis Abschrift eines Briefes von Alexander Humboldt. ¹⁾

Kommen Sie zu mir nach Nassau — ich lasse Sie in Schwalbach abholen. Leben Sie wohl und finden Sie Trost und Hülfe bey Dem, auf Den alle unsere Hoffnungen gegründet sind.

Ich kann um 7 Uhr in Höchst seyn.

¹⁾ Vom 28. Februar 1818, s. oben S. 453 f.

Stein an Frau v. Berg ¹⁾

Preussische Staatsbibliothek Berlin

Nassau, 19. April 1819

Betr. die von ihr und Stein gemeinsam übernommene Bürgschaft für den jungen Herder über eine Summe von 6000 Thalern zum Ankauf des Gutes Stachesried. Fälligkeit der Bürgschaft infolge des Konkurses von Herder. Verhandlungen mit der Weimarer Regierung über eine möglichst günstige Bereinigung der Angelegenheit.

Stein an Gagern

Nach Gagern a. a. O. IV. S. 72 ff. Dort vollständig

Nassau, 22. April 1819

Religiöse Haltung Steins. Verachtung der über ihn umlaufenden Gerüchte.

Das kleine Buch „Ueber Religion“ ²⁾ habe ich mit grossem Interesse auf meiner Heimfahrt gelesen, es ist vereinigend und aussöhnend.

Ein unbeugsamer Nacken, ein stürmisches, unruhiges Gemüth, das findet nur einen Zaum und eine Befriedigung seiner Sehnsucht in den Lehren der Offenbarung, ihm ist die Heilige Schrift entweder nichts, oder eine **Z u s c h r i f t a u s d e r E w i g k e i t.**

„Der, der meinen Geist entzückt,

Den ich itzo noch nicht sehe,

Hat aus der gestirnten Höhe,

Mir die Zeilen zugeschickt.“

wie eine fromme, reine und edle Dichterin sich ausdrückt.

Herr [v. Wangenheim] hätte besser gethan, Ihnen von dem elenden Geschwätz³⁾ nichts zu sagen, es verliert sich schnell, lässt keinen Eindruck zurück, ist aber dem, auf den es sich bezieht, dennoch immer unangenehm, ein Nadelstich, wenn gleich keine Wunde.

Eine belehrende und berichtigende Anrede an die Jugend von einem erfahrenen und sachkundigen Manne wie E. E. wird freylich wohlthätigeren und gesunderen Saamen ausstreuen, als in denen metapolitischen Schriften unserer Pamphletisten und Journalisten enthalten ist.

Der Rest behandelt unbedeutende Privatangelegenheiten.

Stein an Spiegel

Nach Pertz, Stein V, S. 357

Nassau, 24. April 1819

Die Ermordung Kotzebues. Die Schuld der radikalen Professoren. Grenzen der akademischen Lehrfreiheit.

Betr. zunächst das cappenberger Tauschgeschäft

Sands Handlung ist eine Greuelthat, wozu politischer Fanatism einen sehr edlen, frommen, jungen Mann, welches er nach dem Zeugniß aller

¹⁾ Frau v. Berg lebte damals in England am Hof der Herzogin von Cumberland, geb. Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz, der Schwester der Königin Luise, s. Bd. III, S. 532. Vgl. Humboldts Briefe an Karoline v. Humboldt aus England aus diesen Monaten bei Sydow, a. a. O. VI.

²⁾ S. Gagern a. a. O. IV. S. 70.

³⁾ Betr. wohl Gerüchte über Steins Beteiligung an revolutionären Umtrieben.

ist, die ihn kennen, verleitet hat. Dieser politische Fanatismus ist aber erregt und irregeleitet durch die demokratischen Schwätzer, die den Catheder und die Pressfreyheit in Jena usw. missbrauchen. — Der Staatsrechtslehrer soll nicht Lehren vortragen, die den Staat auflösen, der zum Religionslehrer einer geoffenbarten Religion Berufene soll sie nicht hinweg exegitieren und an ihre Stelle einen hohlen Rationalismus setzen — thut er es, so mag er schreiben, er soll aber den Catheder verlassen und seine Stelle niederlegen. Wie kann es jedem Lehrer, er stehe auf der Canzel oder auf dem Catheder, erlaubt werden, ohne dass die heillooseste Verwirrung im Glauben und Leben entstehe, seine momentanen Meynungen und Ansichten vorzutragen.

E. W. haben gewiss die neuesten Schriften des Herrn Steffens und Professor Menzels über die Undeutschheit des neuen Deutschtums gelesen—dieses ist vortrefflich.

Wilhelm von Humboldt an Stein
St. A.

Frankfurt, 27. April 1819

Schlosser. Die Ermordung Kotzebues, Beckedorff. Der reaktionäre Kurs in der preussischen Kulturpolitik. Massregelung Arndts. Vinckes Vorschläge wegen Benutzung der westfälischen Archive. Rühs.

Meine Frau reist ganz gewiss am 1. Mai ab, sie müsste denn durch Krankheit abgehalten werden. . . ., wird aber sehr langsam reisen müssen, sie ist noch sehr schwach, und sie kann also über die Dauer der Reise noch nichts bestimmen. Ich erwarte sie doch erst gegen die Mitte des Junius. Machen Sie aber ja, dass sie Ew. Excellenz noch sieht. Sie würden ihr sonst eine ihrer grössten Freuden beim Wiedereintritt in Deutschland rauben.

Ueber H. Schlosser ¹⁾ habe ich dem Minister Ingersleben ²⁾ selbst geschrieben. Was Sie in Ihrem Briefe sagen, dass man ihn müsste frei walten lassen und sehen nach einigen Jahren, was er geleistet habe, hat mir Ingersleben selbst unaufgefordert bei meiner neulichen Anwesenheit in Coblenz gesagt und hinzugefügt, dass er darüber im Consistorium, das ihn sehr beschränken wolle, oft Streit habe Das in Berlin zu bewirken, kann ich nur mündlich zu machen suchen, und zugleich und mehr mit Nicolovius und Süvern als mit Altenstein. Allein Schlosser in's Consistorium zu stellen, müsste, wenn ich selbst Minister wäre, ich doch bedenklich halten. Ich liebe schon keine Abänderung eines Verhältnisses wegen eines Individuums. Solches ist fast immer schädlich. Ich werde indess hier doch dahin wirken (?), weil, da ich nicht Minister bin, ich nicht das Andere thun kann, was ich sonst, um Schlossern bei unveränderter Stellung Luft zu machen, thun würde . . . Nur setze ich voraus, dass Altenstein vermuthlich nicht darauf eingehen wird. Mir

¹⁾ S. oben S. 343 Anm. 6.

²⁾ S. oben S. 291 Anm. 6.

hat Schlosser auch geschrieben, hierüber nichts, nur Allgemeines, dass ihm seine Lage missfalle, dass er aber doch noch darin ausharren wolle . . . Ew. Excellenz sagen zwar sehr hübsch, dass man von dem gegebenen, nicht von dem zu construirenden Schlosser reden muss. Aber eine klarere und bestimmtere Sprache als dieser sein Brief an mich hat, dürfte man einem Jugendlicheren doch wünschen. Einfache Klarheit und Bestimmtheit ist eigentlich die beste Mitgift, die man der Jugend verleihen kann. Gefühl oder Genie müssen aus jedem selbst entspringen und alles übrige gibt sich.

Ueber Kotzebue haben Sie schon recht. Allein bei denen, die Sie nennen, ist darüber nichts zu erfahren. Ueberhaupt liegt die Sache so. Es ist nunmehr jetzt ausgemacht, dass Sand keine Mitwisser gehabt hat, und noch mehr, dass man keinem durch die Untersuchung auf die Spur kommen wird. Allein deshalb werden die Menschen nicht aufhören zu sagen, dass, wenn es auch keine Mitwissenschaft für diese einzelne That gibt, doch eine allgemeine in der Verbreitung der Gesinnungen liegt, welche sie hervorgebracht hat. In einer sonst gut gemeinten Schrift: „An die Deutsche Jugend“ von dem Beckedorff¹⁾, den man für mein Departement an den Herzog Carl²⁾ empfohlen, ist geradezu gesagt, dass sich die Deutsche Jugend von dieser That ausdrücklich lossagen und entschuldigen müsse. In einem ganz andern Sinn sind die hie öffentlich umlaufenden Betrachtungen bei dieser That. Sie sind gescheut geschrieben, allein in einer schon tadelnswürdigen Gesinnung. Man will sie dem hiesigen Prediger Friedrich³⁾ zuschreiben, doch bin ich weit entfernt, diesen mir unbekanntem Mann beschuldigen zu wollen. In Berlin fürchtete man — ob mit Grund? — Maasregeln über die Universitäten. Viel früher im Winter ist eine unmittelbare Cabinetsorder an alle Universitäten in der Art ergangen, dass Altenstein befehligt worden ist, ihnen bekannt zu machen, dass der König mit grösstem Missfallen eine politische Schrift eines akademischen Lehrers (Arndts Geist der Zeit, 4. Theil) gelesen habe und nicht wolle, dass solche Grundsätze verbreitet würden⁴⁾. Die Berliner Universität hat sich gegen Altenstein schriftlich beschwert, dass wegen der Schrift eines Mannes gewissermassen die Universitäten zurecht gewiesen würden. Auch bei Gelegenheit des Bonnichsen Lections Cataloges soll ein, besonders für

¹⁾ G. Phil. Ludolf Beckedorff (1778—1858) war von 1811—18 Erzieher des Prinzen von Anhalt-Bernburg gewesen, und trat 1819 mit der von Humboldt erwähnten Schrift „An die Deutsche Jugend. Ueber der Leiche Kotzebues.“ hervor. Auf Grund der darin vertretenen Gesinnung wurde er in das Oberzensurkollegium nach Berlin berufen und kam von hier aus dann ins Kultusministerium, wo er die Angelegenheiten der Volksschulen bearbeitete.

²⁾ S. Bd. III. S. 192. Anm. 3.

³⁾ „Betrachtungen veranlasst durch die Ermordung des Staatsrathes von Kotzebue. Deutschland im März 1819.“

⁴⁾ Vgl. dazu Max Lenz, Geschichte der Universität Berlin II, 1. S. 43 ff.

Arndt, unangenehmes Rescript . . . des Ministerii ergangen seyn, auf das Schlegel¹⁾ die Antwort des Senats gemacht haben soll. Dies alles ist mir kürzlich erzählt worden.

Wissen denn Ew. Excellenz, dass Vincke Vorschläge wegen Benutzung der Westphälischen Archive gemacht hat, die an die Academie der Wissenschaften geschickt worden sind und aus denen, wie es scheint, doch ein Resultat zur Welt kommen wird? Nun hat Vincke angezeigt, dass er gewünscht hätte, Kindlinger an die Spitze dieses Institutes zu setzen, dass dieser aber ihm auf mehrere Briefe gar nicht geantwortet habe. Indess ist die Sache noch in integro, und man würde gern Kindlinger benutzen. So sagt mir Prof. Rühs²⁾, der hier durch wegen seiner Gesundheit nach Italien geht, und es fragt sich nun, ob Ew. Excellenz nicht Kindlinger veranlassen wollten, Vincke oder besser geradezu Altenstein, oder auch an Savigny, der mit den Sachen bei der Academie zu thun hat, zu schreiben und sich bereit zu erklären, unter annehmbaren Bedingungen eines Auftrags sich zu unterziehen? Sey es nun, dass er Vinckes Brief nicht bekommen, oder dass er wegen der Fuldaischen Sache verdriesslich gewesen ist?

Der Prof. Rühs, für den ich nach seinen bisherigen Schriften gar nicht bin, und der mich auch persönlich (ich kannte ihn noch gar nicht) nicht sehr eingenommen hat, allein doch so viel von der Nothwendigkeit spricht, die alten Deutschen Gesetze zu kennen und die Quellen zu studieren, dass er mehr Gelehrsamkeit, als man so vermuthet, zu haben scheint, bedauert sehr, Ew. Excellenz hier nicht gefunden zu haben. Er wird Ihnen aber über Ihren Plan und über die Möglichkeit seiner Wirksamkeit dabei selbst noch von hier aus schreiben. Er hat einen dickleibigen Commentar . . . über Tacitus Germania gemacht, der jetzt gedruckt wird. . . .

Ob ich abgehen kann von hier hängt noch immer von einem Courier ab, der aus Italien erwartet wird. Dieser nun kann freilich lange ausbleiben. Käme er in den nächsten Tagen, so würden wir am 15. Mai ohne allen Zweifel fertig sein. Wenn es mir nun irgend möglich ist, besuche ich noch Ew. Excellenz.

¹⁾ August Wilhelm Schlegel, seit November 1818 Professor der Literatur und Kunstgeschichte in Bonn. — Ueber diese erwähnten Vorgänge findet sich nichts in den im Geheimen Staatsarchiv Berlin befindlichen Akten der Universität Bonn.

²⁾ S. Bd. III. S. 337, Anm. 3 u. 349, Anm. 4.

Wilhelm von Humboldt an Stein
St. A.

[Frankfurt], 29. April 1819

Die badischen Landtagsverhandlungen.

Ew. Excellenz schicke ich hier einen Brief des Prof. Rüks, von dem ich wünsche, dass er angenehmer als seine Person seyn möge. Ich habe ihn zum Essen bei mir gehabt, aber er gefällt mir gar nicht. — In Carlsruhe soll die Zweite Cammer gleich in der ersten Sitzung Beschwerde über das Gesetz wegen der Standesherren geführt haben und es antipolitisch und antisocial nennen ¹⁾. Die Herren kommen genau zwischen Thür und Angel. — Dagegen soll Bayern mit Berstetts Rede unzufrieden seyn ²⁾ und die Stelle, dass Baden nur eine kleine Familie vorstellen wolle, als Persiflage gegen sich ansehen. — Von Berlin ist immer tiefes Still-schweigen. Leben Sie herzlich wohl!

W. von Humboldt an Stein
St. A. Ra 3

Frankfurt, 14. Mai 1819

Rät davon ab, in der Frage der ständischen Rechte des Adels, insbesondere der Wiederherstellung der Fideicommiss im ehemals französischen Gebiet, jetzt Schritte zu unternehmen. Der Nutzen der Fideicommiss überhaupt. Fideicommiss und ständische Vertretung des Adels.

Ich habe E. E. freundschaftliches Schreiben vom 8 ten ³⁾ später beantworten müssen, weil ich doch gern mit vollständiger Kenntniss des Vorhandenen schreiben wollte und Mühe hatte, hier das Landrecht und besonders die weder in der Gesetzsammlung, noch in der Staatszeitung abgedruckte Bekanntmachung des Ministers Beyme ⁴⁾ zu finden. Jetzt schreibe ich Ihnen die Antwort auf Gr. Nesselrodes Schreiben. Ich glaube nicht, dass es gut wäre, einen Antrag jetzt zu machen ⁵⁾. Meine allgemeinen Gründe sehen E. E. im Briefe ⁶⁾. Besondere, die sich auf die Rheinprovinzen in specie beziehen, mochte ich nicht gegen Graf Nesselrode erwähnen. Sie schienen mir aber auch sehr wichtig. E. E. wissen schon, dass meine Meinung dahin geht, dass der Adel in den Rheinprovinzen erhalten oder vielmehr wieder hergestellt werden muss, allein doch mit Behutsamkeit. Ich weiss gar nicht, ob nicht gegen diese Idee bei Beyme, Daniels ⁷⁾, Savigny (lauter eigentlich Nicht-Adlichen) viel Geschrei wird erhoben werden. Schon darum ist es besser, dass die Herren warten, bis wenigstens ich gegen dies Geschrei arbeiten kann. Obgleich ich dann gewiss dies thun und hoffentlich mit Glück thun werde, so würde ich doch selbst nicht rathen, jetzt dem Adel jenseits des Rheins

¹⁾ Das war nicht gleich in der ersten Sitzung, sondern erst später geschehen. S. die Verhandlungen der Ständeversammlung des Grossherzogthums Baden, Protokolle der zweiten Kammer, 1. Heft, S. 100 f.

²⁾ Die Rede Berstetts ebd. S. 16ff., die angeführte Stelle. S. 24.

³⁾ Fehlt.

⁴⁾ Nicht ermittelt.

⁵⁾ Nämlich in der Frage der ständischen Rechte des Adels.

⁶⁾ Dem vorliegenden Brief, s. unten.

⁷⁾ S. oben S. 489, Anm. 1.

die Fideicommissie wiederzugeben und diese Maasregel so einzeln hinzustellen. Dass die Fideicommissie dort seit beinahe einem Menschenalter aufgehoben sind, dass der Adel in jenen Provinzen ungleich vertheilt ist, und dass man es als eine blossе Adelsbegünstigung ansehen wird, schienen mir wichtige Gründe, nicht mit dieser Maasregel gleich, und indem man die wichtigsten auf das ganze Volk sich beziehenden noch zurückhält, voranzugehen, wogegen die Möglichkeit, dass einige grosse Familien vielleicht indess sich theilen (was doch noch nicht untergehen heisst), nicht in die Wagschale gelegt werden kann. Fideicommissie und Landstandschaft hängen, meines Erachtens, so genau zusammen, dass man sie nicht trennen kann. Allein E. E. wissen, dass ich ja mit dem letztern nicht säumen will. Geschieht dennoch nichts, dann kann es freilich nothwendig werden, andere Dinge einzeln zu ordnen und so auch die Fideicommissie. Uebrigens muss ich gestehen, halte ich dieselben nicht für so unentbehrlich für den Adel als E. E. Dies kommt vermuthlich daher, dass Sie mehr den reichsunmittelbaren (der allerdings auch allein der eigentliche war) im Gedanken haben. Namentlich in Sachsen giebt es eine Menge alter und noch heute stiftsfähiger Familien ohne Primogenituren. Der Adel geht nicht unter, er wird nur ärmer. Allein selbst das ist nicht nothwendig der Fall, und die Lage der Dinge hat schon viel hierin verändert. Die Lage der jüngeren Söhne war ehemals viel vortheilhafter. Stifter, Ritterorden, selbst Klöster, boten anständige Beschäftigung, Unterhalt, Möglichkeit, selbst sich ohne Capitalfonds zu bereichern, dar. Jetzt ist das alles nicht, und der Majoratsherr selbst würde jetzt, da er doch für seine Brüder sorgen muss, es vielleicht für eine grössere Last halten, sie zu ernähren, als mit ihnen anfangs zu theilen. Kriegen die jüngeren Brüder auch wieder Capital, wie bei gleicher Theilung, in die Hände, so vererben sie natürlich leichter, und so bilden sich aus einem Geschlecht mehrere gleichnamige und erhalten es vielleicht besser als mit einem einzigen, doch auch manchmal in Verfall kommenden Hause. Dies ist notorisch auch ehemals bei manchen Majoraten der Fall gewesen, jetzt würde es denn leicht häufiger kommen, da die jüngeren Brüder den älteren nothwendig jetzt kostbarer werden müssen. Zu grosse Häufigkeit der Familienfideicommissie macht unleugbar eine zu grosse Masse von Gütern zu eisern, dem Einflusse der Industrie zu wenig zugänglich, was gewiss auch nicht ohne moralisch nachtheilige Folgen ist. Nehme ich alles hier nur flüchtig Gesagte zusammen, so würde ich mich meiner jetzigen Einsicht nach bei dieser Materie auf folgende Grundsätze beschränken.

Die Errichtung der Majorate und die dabei eintretenden Beschränkungen durch Gesetze müssen nur in Verbindung mit der Berechtigung zur Landstandschaft betrachtet werden;

in Rücksicht auf diese muss es eine der Grösse des Staats angemessene Anzahl Familien geben, in welchen ein reich begüterter Zustand erhalten wird, was nur durch Majorate geschehen kann;

ausser dieser Rücksicht würde ich die Errichtung von Majoraten nie als Vorrecht des Adels ansehen; dann, wenn es welche ausser den namentlich und erblich zur Landstandschaft berechtigten Familien geben soll, sie nach der Grösse des Vermögens bedingen und mehr erschweren, als das Landrecht thut;

um zu verhüten, dass adliche Familien nicht zu oft das väterliche Gut verkaufen müssen, müssen die Gesetze zu Hülfe kommen und dem testirenden Vater erlauben, den Sohn, welcher es annimmt, durch eigene ihm vorteilhafte Schätzung in die Möglichkeit zu setzen, es zu erhalten; die Neigung, dieses zu thun, muss durch die daran haftende Landstandschaft und das Interesse, das man für diese Zwecke erweckt, genährt werden.

Ich unterwerfe diese Ideen E. E. nachsichtsvollen Beurtheilung. Ich setze, wie Sie sehen, immer voraus, dass diese Materie in der ganzen Monarchie, in Verbindung mit der ständischen Verfassung neu bestimmt werde. Geschieht das nicht, so würde ich es allerdings für sehr ungerecht halten, dass der Adel am Rhein nicht dürfte, was dem in Schlesien erlaubt ist, und in dieser Gesinnung werde ich gewiss auch immer handeln. Sobald ich nach Berlin komme, hören Sie auch hierüber weiter von mir. Dies wird aber leider in diesem Monat nicht seyn, und am 1ten Junius geht der König nach Pommern. Es ist höchst fatal und unverzeihlich, mich hier vergleichsweise ohne allen Nutzen sitzen zu lassen. Nach Nassau hoffe ich, noch gewiss zu kommen, ehe Sie, wie ich höre, wieder hierher kommen. Am liebsten thäte ich es freilich, wenn wir hier so gut als fertig wären, da zwischen diesem Punkt und der Abreise immer 4—6 Tage vergehen; es wäre dies die sicherste und ungestörteste Zeit. Für die Partikel des Dortmundschen Stadtrechts bin ich E. E. sehr verbunden und bitte, bei ähnlichen Entdeckungen mich nicht zu vergessen. E. E. glauben überhaupt nicht, wie sehr ich Sie hier vermisse.

Stein an Gagern

Nassau, 15. März 1819

Nach Pertz, Stein V. S. 360 f. Dort vollständig¹⁾

Die nassauischen Landstände. Die Verhältnisse in Hessen-Darmstadt. Presseangriff gegen die Verfassungsdenkschrift der Jülich-Bergischen Stände. Rehbergs Arbeiten über den Code Napoléon und die französische Revolution.

Jagdangelegenheiten.

Man hört ganz sonderbare Dinge von dem Nassauer Landtage²⁾. Die zurückkehrende Landstände entschuldigen sich, dass sie es nicht anders hätten machen können, und Herr Ibell lobt sie, wie wir in der Zeitung

¹⁾ Pertz datiert „15. Mai“. Der Inhalt des Briefes, insbesondere die Erwähnung der am 7. März in den „Rheinischen Blättern“ enthaltenen Berichte, macht jedoch den 15. März wahrscheinlicher.

²⁾ Die zweite Ständeversammlung tagte seit dem 19. Februar 1819. S. Sauer a. a. O. S. 78 ff.

lesen ¹⁾; unterdessen zahlen wir 5 Simpel, mit denen Communal Lasten 6 ½, an einigen Orten 9, und schliessen dennoch mit einem Deficit, wie ich höre (denn noch habe ich die Protocolle nicht erhalten) von 110 000 Thlr. ab. — Jeder verständige Mann und viele gescheute Beamte sehen die Zerrüttung ein, welche aus Verschwendung, Neuerungssucht, Dünkel, Falschheit und Souverainitäts Manie entsteht.

Unterdessen höre ich ganz ausserordentliche Dinge von denen democratischen Umtrieben im Darmstädtischen ²⁾, wahrscheinlich sind sie E. E. bekannt, ich wünschte doch, Sie verfolgen die Sache — die Regierung erndtet nur die Früchte Ihres système populassier.

In Düsseldorf, wahrscheinlich von einem Professor Bromer der Physik, ist eine virulente

„Urkundliche Wiederlegung der Vorstellung des Jülich-Bergischen Adels“ an den Staatskanzler übergeben worden.

Sie ist höchst democratisch, lobt die napoleonisch-Französische Verfassung u. s. w. Man wird sie widerlegen müssen. — Merkwürdig ist die jetzt erschienene Rechtfertigung der prüfenden Bemerkungen über die Nassauischen Landstände ao. 1818 ³⁾. Sie enthält höchst phantastische, democratische Grundsätze, aber zugleich macht sie sehr gegründete Vorwürfe der Nassauischen Verfassung und Verwaltung.

Ich vernehme, dass bey denen diesjährigen Verhandlungen in Wiesbaden die Herrenbank sich verständig benommen. — Für die Mittheilung der Fr[anzösischen] Nachrichten danke ich E. E. und bitte damit fortzufahren. — Ich werde mich sehr freuen, Sie hier zu sehen. — Ich werde in denen ersten Tagen des Juny in Frankfurt seyn und dann nach Westphalen eilen.

Rehberg über den Code Napoléon ⁴⁾ ist ein sehr brauchbares Buch — so wie auch seine Untersuchungen über die Französische Revolution ⁵⁾, es sollte wieder der Aufmerksamkeit der Menschen empfohlen werden, unter denen die Democraten anfangen, die Panegyristen der Französischen Einrichtungen zu werden.

Stein an W. von Humboldt

[Nassau, 17. Mai 1819 ⁶⁾]

Nach Pertz, Stein V. S. 377 ff.

Dank für seine guten Ratschläge vom 14. Mai. Das adlige Erbrecht nach altdeutscher und französisch-napoleonischer Rechtsauffassung. Stein verlangt die Aufhebung des Code Napoléon wegen seiner Herkunft aus dem revolutionären und römischen Rechtsdenken. „Die Beybehaltung eines fremden, mit Gewalt der Waffen aufgedrungenen Gesetzbuchs bleibt immer eine Schmach für das Volk, und dieses Gesetzbuch widerspricht den Sitten und ursprünglichen häuslichen und öffentlichen Einrichtungen des Volks.“ Konservativer Charakter des allgemeinen Landrechts. Geringes Vertrauen

¹⁾ S. Rhein. Blätter 1819, S. 106 f.

²⁾ S. oben S. 555, Anm. 3.

³⁾ S. oben S. 486, Anm. 1.

⁴⁾ S. oben Steins Brief an Vincke vom 7. Juli 1814.

⁵⁾ S. Bd. I. S. 200, Anm. 1.

⁶⁾ Nach Humboldts Antwort vom 3. Juni 1819.

in die von Beyme geleitete Revisionskommission. Die Vorgänge in Hessen-Darmstadt. Selbstverwaltungseinrichtungen als bestes Schutzmittel gegen revolutionäre Umtriebe.

Der von E. E. dem Gr. Nesselrode gegebene Rath, mit allen Schriften über Adelsverhältnisse bis zu Ihrer Ankunft noch in Berlin Anstand zu nehmen, ist höchst zweckmässig, weil ihnen die Freunde der Französischen Gesetzgebung und Einrichtungen, verbunden mit denen Feinden des Adels, entgegenarbeiten und sie erfolgloos machen würden.

Ueber den Inhalt meines Schreibens dd. 8 ten m. c. muss ich mich noch etwas ausführlicher äussern, es enthielt den Antrag:

dem Rheinischen Adel (Berg, Cleve, Jülich, Erzstift Cöln und Trier) dasselbe Erbfolge Recht zu geben, welches der übrige Deutsche Adel überhaupt und der der Preussischen Monarchie insbesondere, besitzt.

Nun entsteht die Frage: Welches ist dieses Recht, und worin weicht es von der napoleonischen Gesetzgebung ab?

1) Das Deutsche Recht ertheilt allen Ständen das Recht, Erbschaftsverträge zu schliessen; Selchow ¹⁾, Elementa juris germ. § 623. 624. sq.

2) Es schliesst die Töchter zum Vortheil der Söhne aus; und bedarf es, nach der mir bekannten Observanz, selbst der Renuntiation der ersten nicht. Ibid. § 629. 630. In den ältesten Deutschen Gesetzen der Franken, Alemannen, ist dieser Satz schon gegründet und entstand aus der Wehrverfassung des Volkes.

3) Bey Lehen, deren der Deutsche Adel eine grosse Anzahl besitzt, bestimmt das Lehen Recht noch insbesondere die Erbfolge

4) und bey Fideicommissen der Inhalt des Fideicommisses, es sey nun errichtet worden durch einen Vertrag der dabey interessirten Persohnen, oder durch einen einseitigen Beschluss des Besitzers, den er zu fassen berechtigt ist, wenn zu der Zeit, wo er von ihm gefasst wird, keine Persohnen existiren, die ein Recht haben auf die Güter Masse, worüber er disponirt §. 625. 634.

Lehen und Familien Fideicommissie sind im ganzen Preussischen Staat vorhanden, und die letztern zwar nicht allein in Schlesien, sondern auch in Preussen, Westphalen, z. B. das Rombergische, Bodelschwingische in der Grafschaft Mark u. s. w.

Der Code Napoléon hebt Lehne und die alten Familien Fideicommissie auf und macht die Errichtung der letzteren von dem Willen des Regenten allein abhängig — nun hat man aber kürzlich Herrn v. Mirbach die Errichtung eines Fideicommisses, die er bey dem König in Aachen nachsuchte, verweigert und selbst ihm nicht einmal die napoleonische Begünstigung widerfahren lassen, und warum das?

Man will das Land Recht auf dem linken Rheinufer nicht eher einführen bis nach gescheneher näherer Prüfung seines Verhältnisses zum Code Napoléon, oder

¹⁾ S. Bd. I. S. 5, Anm. 1.

selbst bis nach einer vorgenommenen Umarbeitung des Land Rechts für die ganze Monarchie.

Die Beybehaltung eines fremden, mit Gewalt der Waffen aufgedrungenen Gesetzbuchs bleibt immer eine Schmach für das Volk, und dieses Gesetzbuch widerspricht den Sitten und ursprünglichen häuslichen und öffentlichen Einrichtungen des Volks,

es ist eine Cento aus der revolutionairen Gesetzgebung der Jahre 1790 sq., dem droit coutumier, dem Römischen Recht. — Lesen Sie Rehberg Abhandlung über den Code Napoléon 1814, es ist ein sehr lehrreiches Buch.

Das Land Recht sanctionirte und bildete aus das Bestehende in einem nicht revolutionirten Lande und scheute selbst Provinzial und Local Statuten, indem es zu deren Prüfung die Einleitung traf. Es ward entworfen von tüchtigen, erfahrenen Geschäftsmännern, die allen den Ernst, die Scheu vor Raschheit und Uebereilung besaßen, die Ehrfurcht für ihre Pflicht und ihre Verantwortlichkeit, die sich unter einem grossen kräftigen Regenten wie Friedrich der Grosse bey Staatsbeamten erzeugt und unter schwachen Regierungen verlohren geht. Die Revision des Land Rechts für die ganze Monarchie unter Leitung Herrn v. B[eyme], unter Einfluss der Herrn Daniels, Savigny u. s. w. und eines neuerungssüchtigen Zeitgeistes, halte ich für durchaus verderblich.

Herr v. Ingersleben besuchte mich bey seiner Durchreise und erzählte mir von den Darmstädtischen Angelegenheiten ¹⁾, sie sind das Resultat der Handlungsweise einer drückenden, verschwenderischen, die Rechte aller Stände kränkenden Regierung.

Man muss dem anarchischen Geist Institutionen entgegensetzen, die ihm widerstehen, der Regierung Unterstützung in den grossen Interessen des Grundeigenthums, der Corporationen verschaffen, sie steht jetzt isolirt, umgeben von einem Beamtenheer, das sie in Zeit der Gefahr verlässt.

Ich würde mich sehr freuen, E. E. hier zu sehen . . .

Sollte es E. E. nicht unterhalten, die Acten der Rheinischen Regierungen einzusehen über die Communal und Provinzial Verfassung aus dem Jahr 1817, 1818 und sie dem Ober Präsidenten abzufodern für nöthig finden?

Ueber die Frage, ob es rathsam sey, das alte Deutsche Erbfolgerecht überhaupt bey dem Adel abzuändern, behalte ich mir bevor, meine Meynung besonders zu äussern.

¹⁾ S. oben S. 555, Anm. 3.

Stein an Gagern

Nassau, 22. Mai 1819

Vollst. gedr. bei Gagern a. a. O. IV. S. 75

*Besuch Humboldts in Nassau. Einladung an Gagern, dorthin zu kommen.**Betr. zunächst Jagd- und Forstangelegenheiten.*

... Die verdammte Wölfe hausen leider in dem Revier, dessen Eintausch ich nachsuche, und hoffe ich, meine arme Hasen und Rehe zu schützen durch einen lebhaften Krieg, den ich diesen Bestien mache. Sie sehen, dass ich ganz dem Landleben und den sports of the country mich hingebe.

In diesem Augenblick ist Humbold bey mir, der Sie grüssen lässt, morgen kommt die Grossfürstin nach Ems. Wann werden Sie denn die Thäler der Lohagana besuchen? Sie würden deren Bewohner sehr erfreuen.

Stein an Spiegel

Nassau, 27. Mai 1819

Nachlass Spiegel. — Nach Pertz, Stein V. S. 372

*Der Fall Reisach.**Betr. zunächst die das cappenberger Tauschgeschäft.*

E. E. fragen mich, was ich vom Grafen Reisach ¹⁾ halte — ich halte ihn für das, was ihn die Gerichtshöfe seines Landes erklärt haben, für einen Kassendieb und Concussionair — sie haben ihn dafür erklärt, während die Landstände versammelt sind, nicht eine Stimme hat sich zu seinem Vortheil erhoben, und er selbst schweigt. — Herr v. Vincke hat Unrecht gehabt, diesen Nichtswürdigen zu schützen, und es wäre für den Dienst höchst schimpflich, wenn er ihn auf irgend eine Art anstellte. Sollte dieses gar die Anstellung eines tüchtigen Geschichtsforschers wie Wigand²⁾ hindern, so wäre das Betragen des Herrn v. Vincke noch tadelhafter. . . . Haben Sie die urkundliche Widerlegung der ao. 1817 übergebenen Vorstellung der Cleve-Märkisch-Jülich-Bergischen Ritterschaft ³⁾ gelesen, ein Gewebe von democratischen Sophismen, Bitterkeiten u. s. w.

¹⁾ S. Bd. IV, S. 280, Anm. 1.

²⁾ Westfälischer Historiker und Jurist (1786—1826). Er war in der königlich westfälischen Zeit Friedensrichter in Höxter, gab 1813 unter einem Pseudonym „Kriegslieder der Deutschen“ heraus und blieb dann auch unter der preussischen Herrschaft als Assessor in Höxter. Hier erschien Anfang 1819 sein Hauptwerk „Die Geschichte der Gefürsteten Reichsabtei Corvey“. Wigand wünschte um diese Zeit sehr lebhaft, seine richterliche Tätigkeit mit der eines Archivars oder Bibliothekars zu vertauschen, was ihm aber nicht gelang. Um die westfälische Geschichte hat er sich noch mehr als durch seine geschichtlichen und rechtsgeschichtlichen Untersuchungen verdient gemacht durch die 1826—1838 erscheinende „Zeitschrift des Vereins für westfälische Geschichte“, die er begründete, sowie durch die Stiftung des heute noch fortbestehenden „Vereins für vaterländische Geschichte und Altertumskunde Westfalens“. 1833 wurde er als Stadtgerichtsdirektor nach Wetzlar versetzt, wo er bis an sein Lebensende verblieb. — Vgl. zu vorliegendem Schreiben noch den Brief Steins an Spiegel vom 5. Mai 1819, gedr. Pertz, a. a. O. S. 371 f.

³⁾ S. oben S. 564.

Stein an Solms-Laubach

Nassau, 2. Juni 1819

Archiv des Grafen von Solms in Laubach. Nach dem im „Türmer“, Jahrgang 29, S. 11. Dort vollständig, hier mit einer unbedeutenden Kürzung im vorletzten Absatz

Stein und die politische Gährung in Deutschland. Ablehnung alles „democratischen Metapoliticismus“, ebenso aber auch der unter dem Vorwand der Abwehr demokratischer Bestrebungen sich ausdehnenden Reaktion. Einverständnis mit Görres' Beurteilung der Zeitverhältnisse. Die Schuld der rationalistischen Theologie. Arndts besonnene Haltung. Stein bringt den Erwerb der Urkundensammlung von Bodmann für die Universität Bonn in Anregung.

Es ist allerdings eine höchst wichtige und schwierige Aufgabe, dem verderblichen Schwindel Geist, der unsre Universitäten ergriffen, entgegen zu arbeiten; vieles ist (allerdings) geschehen, wenn die Professoren selbst kräftig auf diesen Zweck hinarbeiten und nicht wie die Herrn Luden, Oken, Friese ihm entgegenstreben, und insofern sind die Aeusserungen Euer Hochgebohren über den Geist der Bonn'schen Lehrer¹⁾ sehr erfreulich; keineswegs sind es aber die Nachrichten, welche man über das Betragen der dortigen Studenten hört; man erzählt von ihrer Zusammenkunft auf dem Kreuzberg, wo einige Apostel des democratischen Metapoliticismus einen engen Verein geschlossen, von einer darauf gefolgten Versammlung, in der man tolle Gesundheit, z. B. auf den Untergang des letzten Fürsten und letzten Pfaffen, ausgebracht. Man erzählt von der wenigen Achtung, in der die Lehrer bey den jungen Leuten stehen. — Ich will hoffen, dies alles sey übertrieben; aber etwas, und ich glaube vieles, ist an der Sache und genug, um sich über die rasche Verbreitung des unseeligen Schwindel Geistes unter unsrer Jugend zu betrüben, zu beunruhigen und zu wünschen, dass ihm Gränzen gesetzt werden mögen. Mit Recht sieht Görres den Mord Kotzebues als ein ominöses Wahnungs Zeichen des um sich her greifenden Gährungsstoffes an, den die Missgriffe der Regierungen und die verrückte und bey manchen verruchte Tendenz der Democratie befördern und verbreiten. Alle Grund Säulen des bürgerlichen Vereins werden untergraben, die äusseren kirchlichen Verhältnisse sind aufgelöst, nichts geschieht zu ihrem Wieder Aufbau; die Lehrer der Religion arbeiten auf Cathedern und Canzeln an ihrer Zerstörung die Regierung verliert durch ihren paralytischen Zustand allen Schein von Achtung.

Unser litterarisches Unternehmen schreitet, wenn gleich langsam, fort . . . Ich freue mich sehr, dass Arndt sich so besonnen und ruhig benimmt.

Nachschrift. — Ich erinnere mich nicht, ob ich E. Hochgebohren von der Bibliothek und Urkunden Sammlung des H. Professor Bodmann in Maynz geschrieben; die erstere enthält 24 000 Bände, die letzte einen Schatz von seltenen Urkunden, die er in denen Zeiten der Französischen Zerrüttung zu erhalten Gelegenheit hatte. Seine Absicht ist, alle diese Sammlungen nach seiner Vaterstadt Würzburg zu senden; man müsste

¹⁾ Liegen nicht vor.

aber versuchen, ihn zu bewegen, seine Meynung zu ändern und das Geschenk für die Universität Bonn zu bestimmen.

Stein an Gagern

Nassau, 2. Juni 1819

Nach Pertz. Stein V. S. 372 f.

Görres' Aufsatz über die Ermordung Kotzebues. Stein für eine starke preussische Armee.

Mit der Gewissheit des Erfolgs würde man sich für die Atzbacher verwenden können, wenn man der Coblenzer Regierung die Versicherung zu geben im Stande wäre, dass Hr. Gall ihnen die Ueberfahrt für 250 Franken verschaffen könnte. Hierüber ersuche ich E. E., ihn zu fragen, mir die Antwort mitzutheilen, und werde ich alsdann an Herrn Oberpr. v. Ingersleben schreiben. . . .

Görres Aufsatz ¹⁾ enthält eine strenge Rüge der Regierungen: — „und das Despotisiren revolutionärer Ideen von unten herauf, diesen unerquicklichen politischen Brownianismus, der sich leider unserer wackeren Jugend zu bemächtigen anfängt u. s. w. — — dies blödsinnige Verwerfen und Misskennen aller Geschichte“ u. s. w.

„Soll dies erbitternde Anfeinden, dies Verhetzen der Gemüther, dies feige, vergiftende Misstrauen zwischen Ständen, Classen, Ordnungen und Individuen nimmer zu Maas und Ziel gelangen?“

Es wird gefodert werden (das Blut) von jenen Liberalen, die — elende Nachäffer der Franzosen, — für alles Unheil, das sie angezündet, nichts als einige Abstraktionen und einige abgetragene Lumpen demagogischer Tiraden — zu geben wissen.“ — Mich deucht, dies sind goldne Worte, ich könnte noch mehrere vortreffliche Stellen daraus anführen.

Die Diskussionen in München über das Militär ²⁾ werden in Berlin viele Aufmerksamkeit erregen, diess ist eine empfindliche Stelle — unterdessen lässt sich vieles zu Gunsten starker Anspannung der Kräfte in Preussen sagen, was in Bayern nicht geltend gemacht werden kann.

W. von Humboldt an Stein

Frankfurt, 3. Juni 1819

St. A. Ra 3

Reise und Krankheit seiner Frau. Die Territorialverhandlungen in Frankfurt. Hardenbergs Verfassungsplan. Unfall des Königs.

Ich habe E. E. nicht bisher geschrieben und Ihnen nicht früher für die schönen Tage in Nassau noch einmal gedankt, weil ich abwarten wollte, ob nicht etwas vorfiele, das ich Ihnen zugleich melden könnte. Leider ist dies wenigstens nichts Günstiges. Mit meiner Frau scheint es recht

¹⁾ „Kotzebue und was ihn gemordet“ in der Zeitschrift „Die Wage“ 1819. S. 243 ff.

²⁾ S. die Protokolle der Verhandlungen der zweiten Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Bayern, VII. S. 133, 293 ff., 358 ff. (Sitzung vom 21. Mai 1819) und VIII. S. 261 ff., 337 ff., 349 ff. (Sitzung vom 25. Mai 1819).

schlimm zu gehen; in einem Brief vom 18ten aus Florenz sagt sie mir, dass sie seit ihrer Ankunft dort krank gewesen ist, dass sie an Brustkrampf und Gliederschmerzen zugleich leidet und die letzten auch den linken Arm und die Hand ergriffen haben, und dass sie hat ihre Reise aufschieben müssen. Sie wollte nun am 29sten Mai von dort abgehen. Nach einem Briefe vom 21sten befindet sie sich zwar etwas besser, allein ein Unterschied in so wenigen Tagen will nichts sagen. Ich gestehe E. E., dass mich dies Befinden sehr bedenklich macht, und das unangenehme meiner Lage in hohem Grade vermehrt. — In unserem Geschäft ¹⁾ ist nicht das Mindeste vorgegangen. Bayern scheint sich an die vier Höfe einzeln zu wenden, da es bei der Commission nichts hat ausrichten können. Dies ist wieder ein blosses Hinziehen, wenn man es aber, wie ich fürchten muss, abwartet, so vergehen wieder Monate damit. — Meine Frau, dies vergass ich so eben zu sagen, dachte noch immer den 20sten Junius hier zu seyn; es scheint mit aber völlig unmöglich; ich erwarte sie frühestens am 1sten Julius; in dem Zustande, in welchem sie ist, wünschte ich freilich, sie selbst lieber noch hier zu sehen. — Von Berlin aus heisst es nun mit mehr Bestimmtheit als bisher, dass der Staatskanzler doch eine Constitution gemacht und eben dem Könige vorgelegt habe ²⁾. Eigentlich glauben thue ich es noch nicht, die innere Wahrscheinlichkeit ist, wie Sie sehr oft richtig bemerkt haben, gar nicht dafür da. Gewiss ist bloss, dass der Staatsrath bestimmt am 1sten Sept. wieder seine Sitzungen anfangen soll. Einigen Mitgliedern, die einen Urlaub zur Badereise gefordert haben, ist dies bestimmt gesagt und ihnen aufgegeben worden, zu dieser Zeit wieder in Berlin zu seyn. — Den Unfall des Königs ³⁾ werden E. E. kennen. Es ist ein grosses Glück, dass er nicht so arg gewesen ist, als er hätte werden können. Er wird den König aber doch zwingen, drei bis vier Wochen das Zimmer zu hüten. — Ihren ausführlichen Brief vom 17ten pr. habe ich hier gefunden und mit vielem Interesse gelesen ⁴⁾. Ueber den Inhalt haben wir theils schon gesprochen, theils sprechen wir uns bald wieder. Denn es bleibt doch dabei, dass E. E. zum 11ten herkommen? Mich finden Sie gewiss, ich müsste denn auch noch nach Jülich gehen sollen. Bis jetzt habe ich keine Silbe weiter in der Sache gehört. Ich freue mich herzlich im Voraus, Sie zu sehen, und bitte Sie, mir Ihr Andenken und Ihre Freundschaft zu erhalten. Haben Sie den Bericht der Commission über die Fallehen gelesen? ⁵⁾ W[angenheims?] Antwort ist merkwürdig. So dreist ist schwerlich je eine Regierung mit der Behauptung des bedenklichen jus eminens (sonst

¹⁾ Bei der Territorialausgleichskommission s. oben S. 522, Anm. 5.

²⁾ Hardenbergs „Ideen zu einer landständischen Verfassung in Preussen“, gedruckt bei Treitschke a. a. O. II. S. 637 ff.

³⁾ Vgl. Cohnfeld, Friedr. Wilh. III. Bd. 3. S. 310.

⁴⁾ S. oben S. 564, Anm. 1.

⁵⁾ Vgl. die Protokolle der Deutschen Bundesversammlung 1819, S. 285 ff. und S. 299 ff.

nannte man es dominium eminens) vorgegangen. Ein sehr wunderbarer Fall ereignet sich aber nun, der erst beweist, wie schlimm es ist, dass beim Bunde nur halbe Gerechtigkeit herrscht. Wenn ein Mediatisirter ein Fall-Lehen besitzt, so schützt der Bund sein Eigenthum; hat es ein anderer, so überlässt er ihn den Landesgesetzen.

Solms-Laubach an Stein

Cöln, 9. Juni 1819

St. A.

Die Bonner Studenten. Solms gegen eine reaktionäre und kleinliche Universitäts-polizei. Die Ständeversammlungen in den süddeutschen Staaten. Die geplante Berufung Bodmanns nach Bonn.

Ew. Excellenz verehrliches Schreiben vom 2. d. hat mir einen neuen erfreulichen Beweis von Ihrer Theilnahme an unserer Rheinischen Universität gegeben, indem ich dadurch Nachrichten von falschen Gerüchten erhalten habe, welche der Neid und die Verleumdungssucht über Bonn auszustreuen sich bemühen. Gleich nach dessen Empfang nahm ich Veranlassung das, was darin von der üblen Stimmung der Studenten enthalten ist, dem Rektor vertraulich mitzutheilen und ihn aufzufordern, sich darüber ebenso ausführlich als gründlich zu äussern. Was er darauf geantwortet hat, erschen Ew. Excellenz aus der Original Anlage ¹⁾. So wenig die Einwohner von Bonn als die umliegender Gegend werden durch die Bonn'schen Studenten beunruhigt, und wenn nicht manchmal eine singende Gesellschaft durch die Strassen zöge oder der abentheuerliche Anzug der jungen Leute an ihren Stand erinnerte, so wüsste man nicht, dass Bonn ein Universitäts Ort ist. Aus welcher Quelle die nachtheiligen Gerüchte geflossen sind, werden Ew. Excellenz wohl leicht erfahren können, und wenn dies der Fall ist, so hoffe ich, dass sie solche zu verstopfen wissen und auch mir vertraulich darüber einige Nachrichten geben werden, auf dass wir unsere Freunde kennen lernen. Ohne Zweifel geschieht dies alles mit der übelsten Absicht. Man will Eltern und Vormünder durch solche Gerüchte abhalten, ihre Söhne nach Bonn zu schicken. Hoffentlich wird aber die Tatsache, dass in so langer Zeit noch nicht ein einziges Duell vorgefallen ist, diesen Künsten ihre Kräfte benehmen. Der unruhige Geist, der überhaupt in der Jugend herrscht, kann freilich so leicht nicht wieder herausgebracht werden. Es ist hier kein anderes Mittel anzuwenden, als Strenge gegen Handlungen zu beweisen, welche aus ihm hervorgegangen sind. Ein . . . ²⁾, eine Universitäts Polizei werde ich unterdessen nie weder dulden, noch einführen; denn wer bliebe wohl sonst in einem Alter undenuncirt, wo der Wein oft stärker ist als die Gedanken, und wo überhaupt alle Ideen noch chaotisch untereinander liegen? Könnte man nur mit den anderen

¹⁾ Der im „Türmer“ (Jahrgang 29), S. 12 f. abgedruckte Bericht vom 7. Juni 1819.

²⁾ Unleserliches Wort.

Mängeln so gut fertig werden, als bei einem consequenten Benehmen zu hoffen steht, dass man mit der studierenden Jugend fertig werden wird. Hier ist aber leider! mehr zu wünschen als zu hoffen und noch nirgends Aussicht vorhanden, dass etwas aus einem Stück fertig werde. Erbärmliche Resultate liefern bis jetzt die Stände Versammlungen, und das demokratische Prinzip scheint dort überall die Oberhand gewinnen zu wollen. Hauptsächlich, um nicht von diesen Volksmännern in Anspruch genommen zu werden, wenn die Ständeversammlung in dem Grossherzogtum Hessen zustande kommt, und dann auch, weil man mir sehr vortheilhafte Anträge gemacht hat, habe ich vorbehaltlich der Fortsetzung der Hauptverhandlungen über die standesherrschaftlichen Rechte im ganzen gegen Entsagung auf die ohnehin nutzlose 2. Instanz über die Privat-Verhältnisse der Grafschaft Laubach einen Vertrag abgeschlossen, welcher in diesem Augenblick dem dortigen Ministerio zur Confirmation vorliegt . . .

Sobald Kreis Direktor Rehfuës ¹⁾ reisen kann, . . . sende ich ihn nach Mainz zu Bodmann ²⁾, um zu versuchen, ob dem Rhein erhalten werden könne, was dieser Mann dem Main zuweisen will ³⁾. Man muss sehen, ob kein äusserer Vortheil, keine Auszeichnung ihn nach Bonn ziehen könnte, und vielleicht verstünde er sich dazu, unter Benutzung seiner Urkunden Diplomatie zu lesen. Dann hätten wir in Bonn einen zweiten Gatterer ⁴⁾. Es freut mich sehr, Hoffnung zu haben, Ew. Excellenz wieder hier zu sehen. Wenn nur nicht abermals ein fatales Schicksal mich nötigt, von hier abwesend zu seyn, indem am 24. d. der Prinz Wilhelm (Sohn des Königs) nach Wesel und am 30. hierher kommt, wo er bis zum 3. bleibt.

Stein an Büchler

Nassau, 14. Juni 1819

Archiv der Monumenta Germaniae Historica.

*Steigendes Interesse unter den Gelehrten für die Ausgabe der Quellschriftsteller.
Günstige Entwicklung des Vereins für ältere deutsche Geschichtskunde.*

Nach dem Schreiben des Herrn Dr. Pertz lässt die Theilnahme der Münchener Gelehrten und ihr ausgesprochenes lebhaftes Interesse an dem Unternehmen das beste hoffen, und scheint das Ganze täglich mehr Haltung und Fortgang zu gewinnen, wozu wir den göttlichen Segen hoffen wollen.

Die Bildung der Special Vereine halte ich für sehr wesentlich, wir dürfen hoffen, dass ein solcher unter Oesterreichischen und Bayrischen Gelehrten für die Hohenstaufensche Periode, bis zu dem Tode Rudolfs I. gerechnet, zu Stande kommen werde. . . Zu unseren Arbeiten bedürfen

¹⁾ S. unten S. 609, Anm. 1.

²⁾ S. oben S. 492, Anm. 2.

³⁾ Seine Urkundensammlung, s. oben S. 568.

⁴⁾ S. Bd. I. S. 14, Anm. 1.

wir gründliche, mit dem Studium der Geschichts Quellen und denen hierzu erforderlichen Hülfsmitteln vertraute, junge Gelehrte, für Rom wären besonders junge catholische Geistliche geeignet.

Stein an Solms-Laubach
Archiv der Grafen zu Solms in Laubach

Nassau, 18. Juni 1819

Die politischen Aufgaben der Universitäten. „Nichts ist niederschlagender als die Quellen des Guten und die Jugend, die Hoffnung der Nation, verpestet zu sehen durch den Missbrauch der Lehrstühle.“ — Beklagt die Versäumnis der Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Preussen. Sailer. Die süddeutschen Landtage.

E. Hochgebohren sehr verehrliches Schreiben dd. 9. c.¹⁾ hat mir grosse Freude gemacht; denn nichts ist doch niederschlagender, als die Quellen des Guten und die Jugend, die Hoffnung der Nation, verpestet zu sehen durch den Missbrauch der Lehrstühle. Wird hier Wahrheit, religiöse Sittlichkeit von gründlichen, tüchtigen Männern vorgetragen, so muss der Einfluss der Lehranstalt seegenvoll seyn für einen Theil von Deutschland, der von einem lebendigen, bildsamen und gutmütigen Volksstamm bewohnt wird, wo aber Revolution und das Franzosenthum noch tiefe (Spur) Eindrücke, besonders in den grossen Städten, zurückgelassen hat. — Traurig ist es auch, dass die kirchlichen Anstalten, Episcopat, Capitel, Seminarien, Verbesserung der Pfarreyen nicht der ernsthafteste Gegenstand der Aufmerksamkeit und Thätigkeit des geistlichen Ministeriums sind, und dass diese grossen Mittel der Volksveredlung ganz vernachlässigt bleiben.

Wie wohlthätig, erbauend, mildernd, bildend würde nicht der vortreffliche Sailer als Bischof auf das dortige Volk gewürkt haben! nun ist abermals ein Jahr verflossen, und es ist nichts geschehen.

Wegen der Stände Versammlungen bin ich nicht der Meynung E. Hochgebohren; gewaffnet, wie Minerva aus Jupiters Kopf emporstieg, können sie sich, aus dem Chaos, worin sie bisher lagen, nicht erheben; aber sie haben doch bereits vieles gewürkt — selbst die Nassauischen Stände, so unvollkommen sie sind, haben bereits manchen Verschwendungen abgewehrt und uns gegen eine Armen Steuer und Haus Steuer sicher gestellt; in Bayern ist der Schwätzer Hornthal durchgefallen, Behr wird vernünftiger und brauchbarer, und die Discussion wegen der Armee beruht auf richtigen Gründen. — In Carlsruhe herrscht ein guter Geist, und das Treiben der Democraten, die von H. Varnhagen auf eine empörende Art impulsirt sind, wird (fast) wahrscheinlich keine ernstliche Folgen haben. Der K. von Württemberg hat eine Assemblée constituante zusammenberufen, wenn hier nur die Mediatisirten nicht wie ao. 1817 sich mit den Democraten verbinden²⁾.

¹⁾ S. oben S. 524, Anm. 2.

²⁾ S. oben S. 364, Anm. 2. — Die Stände waren am 10. Juni auf den 13. Juli einberufen worden, s. unten S. 595, Anm. 1.

Ich werde den 23., spätestens den 24. m. c. oder den 25. des Morgens in Cöln seyn und hoffe, E. Hochgebohren dorten zu sehen und Ihnen die Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft u. s. w. vorlegen zu können, die interessant zu werden anfangen.

Stein an Spiegel

Nassau, 18. Juni ¹⁾ 1819

Nachlass Spiegel. — Gedr. Pertz, Stein V. S. 382 f.

Konfirmation seiner Tochter Therese. Reisepläne. Vorschlag einer Zusammenkunft mit Spiegel und Münster.

E. E. erhalten noch so spät aus Nassau von mir einen Brief, weil mein Aufenthalt verlängert wurde durch eine Reise, die ich nach Frankfurt zu machen veranlasst wurde, um der Confirmation meiner jüngsten Tochter beyzuwohnen, einer für Eltern höchst wichtigen und rührenden Feyerlichkeit.

Meine Abreise von hier ist auf den 24. m. c. festgesetzt, ich gehe über Bonn, Cöln, und hoffe, ohnerachtet des dadurch entstehenden Aufenthalts, den 28sten Juny in Cappenberg zu seyn, von wo ich nach Münster eilen werde, um vor Ihrer Abreise einzutreffen. Hier werde ich auch die Ehre haben, E. E. die ferneren Verhandlungen der historischen Gesellschaft mitzuthemen, mit deren Fortschritte Sie gewiss zufrieden seyn werden.

Wilhelm v. Humboldt an Stein

Frankfurt, 22. Juni 1819

St. A.

Die Reise der Frau v. Humboldt nach Deutschland. Humboldts Verhältnis zu Hardenberg. Sein Brief an Sommer.

Ich hatte gestern Briefe meiner Frau, von welchen sie den einen in Mailand zurückgelassen hatte, um nach ihrer Abreise auf die Post gegeben zu werden. Sie war also abgereist, und denkt, am 28. hier zu sein. Ob sie gleich so um einige Tage früher eintrifft, muss ich doch fürchten, dass sie Ew. Excellenz nicht mehr sehen wird. Ein paar Tage hier ausruhen, muss sie nothwendig. Sie sagt mir schon wiederholt, wie sehr es sie schmerzt, Sie zu verfehlen . . . Ausserdem wird es hier sehr unruhig. Prinzen in der Nähe und Prinzen hier. Doch freue ich mich, den Kronprinzen zu sehen. Er hat mich sehr gnädig durch Hedemann ²⁾ grüssen lassen. Der Staatskanzler schreibt mir bei einer unbedeutenden Gelegenheit: „Uebrigens gebe ich die Hoffnung nicht auf, das Vergnügen zu haben, Exc. bald hier zu sehen.“ Er meint es wohl im Sinne des Schillerschen Liedes: „Zwei Blumen blühen hier an unserer Seite, sie heissen Hoffnung und Genuss. Wer dieser Blüthen eine brach, begehrte die andere Schwester nicht“. — Der Brief an Sommer ³⁾ macht

¹⁾ Nicht 15. Juni wie Pertz (a. a. O.) angibt.

²⁾ Humboldts Schwiegersohn (vgl. S. 596), der ihn in Frankfurt besuchte.

³⁾ Der Brief Humboldts an Sommer (vgl. oben S. 550, Anm. 3) vom 21. März 1819, indem Humboldt Sommer für die Uebersendung seiner Schrift über die Verfassung Westfalens dankt

den Rumor, der sich voraussehen liess. Die Speyersche Zeitung hat ihn sehr zynisch [?] behandelt, das Journal des Débats¹⁾ mit Lob. Sollten Sie den Sommer sehen, so waschen Sie ihm den Kopf²⁾, doch nicht in meinem Namen, da der Brief indess einmal gedruckt ist, schadet es nichts, und man kann auch Nutzen daraus ziehen, wie ich schon gelegentlich thun werde. Ich bin von jeher sehr optimistisch gesinnt gewesen. — Den Rehdiger und den Pfuel'schen Aufsatz³⁾ schicken Sie mir doch wieder? *Bittet um Besorgung von Zimmern in Ems.*

Bemerkungen Steins zu Rehdigers Denkschrift „Ueber die Repräsentation in den Preussischen Staaten“
Nassau, 22. Juni 1819

St. A. Konzept

Billigt die Grundtendenz der Denkschrift von Rehdiger. Kritische Betrachtung einiger Einzelfragen. Stein für Zulassung der Beamten zu den Landständen, aber gegen eine gesonderte Repräsentation der Beamtenschaft. Die Frage der Absetzbarkeit der Beamten. Stein gegen Politisierung der Armee durch Zulassung ihrer Angehörigen zum aktiven oder passiven Wahlrecht. Kritik des überkomplizierten Aufbaus der ständischen Verfassung und des von Rehdiger vorgeschlagenen Wahlverfahrens.

Vermerk Steins: „P. M. — Dieser Aufsatz war von Herrn Staatsrath v. Rehdiger aus Schlesien verfasst, einem rein buchgelehrten, unpraktischen, übrigens sehr schätzbaren Mann.“

Der mir mitgetheilte Aufsatz des Herrn von Rehdiger über die Repräsentation im Preussischen Staat ist mit seltener Sachkenntniss und Scharfsinn verfasst, enthält einen grossen Reichtum von Ideen, Vorschlägen usw. und erfordert zu seiner Würdigung und Prüfung mehrere Zeit, als mir gestattet worden, indem ich aufgefordert bin, ihn vor meiner Abreise zurückzugeben.

Da dieser Aufsatz lithographirt zu sein scheint, so wünschte ich, wo möglich ein anderes Exemplar zu erhalten, um ihn mit grösserer Aufmerksamkeit durchgehen zu können und beschränke mich gegenwärtig nur auf die Bemerkungen über einige seiner Hauptmomente, und zwar

- 1) die Zulassung der Beamten und des Militairs in die Repräsentation;
- 2) die Art der Wahlen.

Der Eintritt der Staatsbeamten in die repräsentative Versammlung würde wohlthätige Folgen haben und ihr die zu ihrer Leitung auf der neu betretenen Bahn unentbehrliche Geschäftskennntniss und Erfahrung verschaffen, man müsste daher selbst diesen Eintritt auf manche Art be-

und sich in diesem Zusammenhang auch über die preussische Verfassungsfrage geäussert hatte. Der Brief ist auch gedruckt im „Deutschen Beobachter“ vom 4. Juni 1819, Nr. 740.

¹⁾ Vom 17. Juni 1819.

²⁾ Weil er den Brief in die Oeffentlichkeit gebracht hatte.

³⁾ Beide nicht im Nachlass Steins. Den ersteren, den Stein nachstehend bespricht, hat er Humboldt vermutlich zurückgegeben, den letzteren fordert dieser später noch einmal an. S. unten S. 581.

günstigen. Ihnen aber als einer Genossenschaft, als Stand, Anspruch auf ein Wahl und Vertretungs Recht einzuräumen, das widerspricht der Stellung, die ihnen im Staat zusteht, der von Dienern, von Verwaltern, und vermehrt ohnverhältnismässig ihre ohnehin schon zu sehr angewachsene Macht im Staat, da sie bereits seit einigen Generationen in ausschliessendem Besitz sind zu regiren und alle übrige Stände zu beherrschen.

Ist ferner die Amovibilität der Beamten eingeführt, so sind sie zu abhängig vom Regenten, eine allgemeine Inamovibilität, die sich über den ganzen Stand ausdehnt, löst die Bande der Zucht und des Gehorsams, sie ist entbehrlich, sobald durch Verfassungen Leben und Eigenthum gegen Willkühr geschützt werden und ist nur anwendbar für den Stand des Richters, um ihn gegen jeden Einfluss zu schützen.

Ein wählendes, an politischen Verhandlungen teilnehmendes Heer ist eine gefährliche Erscheinung und den Geist des Gehorsams auflösend; eine solche Anstalt verwandelt das Heer in ein Agregat politischer Clubs und macht die Beschlüsse der Volksversammlung von dem Paradeplatz abhängig.

In einem Staat wie der Preussische, wo die Dienstpflicht allgemein ist, wo die Landwehr Anstalt besteht, da ist der Zutritt der Volksversammlung ohnehin einer grossen Anzahl von einzelnen Mitgliedern des Heeres offen, die aber hier ausser aller Verbindung mit ihm erscheinen.

Die Reihenfolge der Wahlverhandlungen ist zu mannigfaltig, zu zusammengesetzt und concentrirt das Wahlrecht in eine viel zu geringe Zahl Wähler, als dass es mit Vertrauen vom Volk könnte angesehen und mit Selbständigkeit und Freyheit von Einfluss könnte ausgeübt werden, und alle Gründe gegen die Ausschliessung der Wahlberechtigten von unmittelbarer Theilnahme an der Wahl finden bei dem vorgeschlagenen Verfahren ihre Anwendung.

Es werden nach pag. 124 sq. p. 1. § 13a die Crayssverordneten und Crayssvertraute

- 1) der Städte von den Stadtverordneten gewählt;
- 2) die Gutsherrn wählen die ihrigen viritim (§ 10) und
- 3) der Bauern, indem sie
 - a) zuerst zwölf Landgemeinvertreter und einen Landgemein Vertrauten wählen, und durch
 - b) diese aus ihrer Mitte die für den Bauernstand nöthige Zahl Crayss Verordnete und Crayss Vertraute ernennen lassen.

p. 9. § 21. Bey der Bildung der Departements Standschaft sollte folgendermassen verfahren werden:

§ 24. Sie besteht in den grossen Departements aus 64, in den mittleren aus 48 und in den kleinern aus 32 Mitgliedern, wovon die Städte mit $\frac{4}{16}$, die Gutsherrn mit $\frac{4}{16}$, die Bauern mit $\frac{6}{16}$ Antheil nehmen.

§ 34. Die Wahl der Departements Standschaft geschieht in der Art, dass

die Crayss Verordneten und Vertrauten aus allen Crayssen des Departements sich versammeln in drey Abtheilungen, der Städte, Gutsherrn und Bauernstand, und die Wahl vornehmen, jede Abtheilung ihre Abgeordneten aus ihrer Mitte, die sich als Standschaft des Departements vereinigen. Diese besteht aus einem Plenum und aus einem engern Ausschuss.

§ 41. Die Provinzial Standschaft besteht aus der Vereinigung der engern Ausschüsse der Departements Standschaften, zu denen einige Standesherrn, der catholische Bischof und der protestantische General Superintendent und der Oberbürgermeister der Hauptstadt hinzutreten.

p. 16. § 46. Die allgemeinen Stände bestehen
aus dem allgemeinen landständischen Rath
und dem landständischen Senat.

Jener wird von den Departements Standschaften ernannt, nach dem sie sich durch einen dreyfachen ständischen Zuzug zu Wahlcollegien erweitert haben.

Sie wählen öffentlich aus denen von der Regierung ihnen zugefertigten Präsentationslisten

- a) der Gewerbetreibenden,
- b) der Geistlichen, Gelehrten und Künstler,
- c) Militairs und Staatsbeamten

eine Anzahl Mitwähler

§ 53. Diese Wähler ernennen wieder öffentlich und gemeinschaftlich die Abgeordneten des Departements in den allgemeinen ständischen Rath.

§ 58. Jährlich scheiden die Abgeordneten zweyer Provinzen aus der allgemeinen Versammlung aus, so dass sie sich in fünf Jahr erneuert.

p. 135. Der allgemeine ständische Rath würde aus 192 Mitgliedern bestehen, der landständische Senat aus

a) den Prinzen vom Hause	4
b) Präsidenten der Provinzialstandschaften. . .	10
c) Standesherrn.	15
d) Adels Senioren	10
e) Bischöfen	4
f) Gelehrten Corporations Vorstehern	3
g) vom höhern Handelsstand.	2
h) obersten Staatsbeamten	3
i) Militär.	3
k) Ritter Orden.	1
l) Hofstaat.	1
	56

56

Die Zahl der Mitglieder des allgemeinen ständischen Rathes steht im Missverhältniss mit der Total Summe der Bevölkerung, es fallen auf 51 435 Einwohner nur ein Stellvertreter; es müsste wenigstens jeder Crayss einen solchen haben.

Auch ist die Zahl der Mitglieder des Oberhauses zu gering, man wird eine grössere Anzahl adlicher Familien darein aufnehmen müssen, um Ansprüche, so auf Geschlecht, Güterbesitz, Verdienst um den Staat u. s. w. beruhen, befriedigen zu können.

Mir bleibt noch der Wunsch übrig, die Abhandlung über die ständischen Attributionen mitgetheilt zu erhalten, und dass der Herr Verfasser der vorliegenden Abhandlung, der durch langjährige Verwendung seiner Talente, seines Fleisses und seiner Zeit auf das Studium der constitutionellen Untersuchungen . . . bey denen nunmehr veranstaltet werdenden Arbeiten über diesen Gegenstand gebraucht werde.

Cabinets Order an Stein
St. A.

Berlin, 24. Juni 1819

Dank des Königs für die Ueberlassung seines Mineralienkabinetts an die Universität Bonn.

Aus einer Mir zugekommenen Anzeige ersehe Ich, dass Sie Ihre bisher in Nassau befindlich gewesene Mineralien Sammlung ¹⁾ der Universität Bonn geschenkt haben. Sie haben hierdurch einen neuen Beweis Ihrer patriotischen Gesinnung gegeben, wofür Ich Ihnen gern Dank sage. Ich versichere Sie zugleich Meines unveränderten Wohlwollens.

Stein an Spiegel

Cappenberg, 29. Juni 1819

Nachlass Spiegel. — Nach Pertz, Stein V. S. 408

Kündigt seinen bevorstehenden Besuch in Münster an. Enttäuschung über die Knauerei Fürstenbergs. Aufgabe des Adels.

Der Auffoderung E. E. gemäss, melde ich meine Ankunft und den Vorsatz, Sonnabend den 3ten nach Münster zu kommen und mich im domdechentlichen Pallast niederzulassen . . .

Es ist traurig, dass ein Haupt der reichsten Westphälischen Familie von einem so engherzigen Krämergeist beseelt ist und nicht begreift, dass in unserem democratischen Zeitalter der Adel sich allein durch edle, tüchtige, in das Leben gebrachte Gesinnungen halten und erhalten kann.

Humboldt an Stein

Ems, 4. Juli 1819

St. A. Ra 3

Ankunft der Frau v. Humboldt, ihr Gesundheitszustand. Unbestimmte Dauer von Humboldts Aufenthalt in Frankfurt. Sein Verhältnis zu Hardenberg. Das Attentat Lönings.

Sie werden, theure Excellenz, aus meinem letzten Brief gesehen haben, dass meine Frau am Ende des vorigen Monats ankommen wollte, und sie hat wirklich Wort gehalten. Am 28sten haben wir uns zwischen Heidelberg und Bruchsal zusammengetroffen, und seit vorgestern sind

¹⁾ S. oben S. 482.

wir hier. Es hat uns beide, und vorzüglich meine Frau, da sie Sie so lange nicht gesehen, sehr geschmerzt, dass Ihre Abreise gerade um so wenige Tage vor unserer Ankunft erfolgt war. Meine Frau lässt Ihnen alles Freundschaftlichste und Herzlichste sagen und trägt mir besonders auf, Ihnen, liebe Excellenz, auszudrücken, wie unendlich sie wünschte, dass die Umstände sich so fügen möchten, dass Sie vor ihrer Abreise wieder, wäre es auch nur kurz, in die hiesige Gegend kämen. Meine Frau ist bis zum 15ten August gewiss hier, da sie eine längere Cur als gewöhnlich gebrauchen soll. Ihr Aussehen ist gut, und ihr Zustand auch nicht, wie ich früher fürchtete, für den Augenblick bedenklich. Weigel¹⁾, der mit uns hier ist, hat vielmehr die Hoffnung, dass sie durch aufmerksame Behandlung und eigne Sorgfalt, die man leider noch wird ein halbes oder ganzes Jahr fortsetzen müssen, vollkommen wird hergestellt werden können. Wie sehr mich diese Hoffnung tröstet und erheitert, brauche ich E. E. nicht zu sagen. Der Umgang mit meiner Frau ist immer in mein ganzes Leben verwebt; er hat (das habe ich selbst in den Zeiten gefunden, wo ich ihn nur schriftlich haben konnte) den entschiedensten Einfluss auf meine Art zu denken und zu handeln, auch in öffentlichen Geschäften. Ich liebe nicht, gerade in den letztern alles zu sagen und im Einzelnen Rath zu fragen; denn ihre Ansichten, ihre Grundsätze, ihre Gesinnungen leiten, stärken, befestigen, ermuntern im Ganzen; man sieht das Ziel, wohin man gelangen soll, reiner und klarer und lässt sich durch Schwierigkeiten und Zufälligkeiten der Ausführung weniger auf Abwege bringen; auch berechnet ein Mann für sich allein weniger die ächte Reinheit der Mittel, ohne die doch das wahrhaft Gute niemals gedeihen kann. Meine Abreise von Frankfurt ist noch immer gleich unbestimmt. Gewiss bleibt nur, dass, so wie ich weggehen kann, ich es ohne Rücksicht auf die Anwesenheit meiner Frau thue. Es wäre mir vielmehr, auch in Rücksicht auf sie, lieber, vor ihr zu gehen, um eine Wohnung für sie wenigstens einigermassen einrichten zu können. Unser Hinderniss ist wie natürlich immer nur, dass Wessenberg noch nicht autorisirt ist, zu unterschreiben. Ich gehe morgen nach der Stadt zurück und werde sehen, ob etwas angekommen ist. Doch zweifle ich daran. Allein von Berlin aus hat sich neulich eine sonderbare Erscheinung gezeigt. Ich habe auf einmal ein kleines eigenhändiges Briefchen vom Staatskanzler bekommen mit cher Humboldt, und ganz in dem ehemaligen Ton, als wenn auch nicht das Mindeste zwischen uns vorgefallen wäre. Der Zweck

¹⁾ Carl Christian Lebrecht Weigel (1769—1845), ein Mann, der merkwürdige politische Schicksale erlitten hatte. Als junger Arzt hatte er sich einige Zeit in Wien aufgehalten und von hier aus 1794 an den Versuchen, den in Olmütz gefangen gehaltenen Lafayette zu befreien, teilgenommen. Er wurde deshalb aus Oesterreich ausgewiesen. Von 1801—1813 praktizierte er in Dresden und wurde dort wegen des Vorschubs, den er im Frühjahr 1813 kriegsgefangenen kranken russischen Offizieren geleistet hatte, von Napoleon in Erfurt eingekerkert, nach der Schlacht von Leipzig ausgewechselt. In den Jahren 1817/18 unternahm er eine Italienreise und blieb von 1819 ab in Dresden bis zu seinem Tode.

des Schreibens war bloss, mich zu bitten, ihm einen Wagen in Offenbach zu bestellen, er handelte also auch nur von diesem Wagen. Bloss im Anfang stand, da mein Geschäft nun bald geendigt seyn werde, so wende er sich an mich und so fort, und am Ende: „Venez le plutôt possible et dès que vous aurez terminé“. Es ging gegen meine Gesinnung, auf dieselbe Weise, als wäre der Brief vor drittelhalb Jahren geschrieben, zu antworten, ich habe doch aber auch den Mann weder reizen, noch sein Misstrauen vermehren mögen. Ich habe daher ihm sehr freundlich auf die Commission, die ich besorgt, geantwortet, dann mich kälter gehalten und nur in Mon Prince und V. A. geantwortet. Die Schlussphrase habe ich ergriffen und ihm gesagt, dass es keinem Zweifel unterworfen sey, dass ich sogleich kommen werde, als mein Geschäft es erlaube. Allein dies könne noch eine geraume Zeit dauern, da er den kenne, von dem es jetzt abhängt. Ich müsste ihn also darauf aufmerksam machen, dass alles, was in meinem Geschäft Preussen betreffe, fertig und paraphirt sey, dass in der Badenschen Sache doch Wessenberg und Anstett das Hauptsächlichste thäten, dass ich wichtige Geschäfte in Berlin habe und hier auf absolutes Nichtsthun reducirt sey; ich könne ihm daher nicht anders rathen, als dem König sogleich, d. i. vor seiner Reise ins Bad (denn es heisst, dass der König die Böhmisches Bäder besuchen wird) vorzuschlagen, mich zurückzurufen und mein Geschäft Gr. Goltz zu übertragen¹⁾. Ich bin begierig, was er mir immer antworten wird. Bei dem sonderbaren Charakter des Mannes wäre es allenfalls möglich, dass sein ganzes Schreiben bloss die Commission zur Veranlassung gehabt hätte. Allein wahrscheinlich ist mir dies keineswegs, und man muss eher denken, dass die Commission nur der Vorwand und der Zweck einer Annäherung zu mir gewesen ist. Es ist möglich, dass die Meinung, dass ich nunmehr doch endlich nach Berlin kommen würde, den Wunsch zu einer solchen in ihm jetzt mehr rege gemacht hat.

E.E. werden schon wissen, dass ein Apotheker Löning aus Idstein einen fehlgeschlagenen Versuch gemacht hat, den Präsidenten Ibell gerade so zu ermorden, wie Kotzebue ermordet worden ist²⁾, dass man ihn aber verhaftet hat und Ibell unverwundet geblieben ist. Minister Marschall sagte mir im Vertrauen, dass dieser Löning schon als ein Mensch bekannt gewesen sey, der mit den geheimen Verbindungen zusammenhing, die man in Giessen und Wetzlar entdeckt haben will. Es sind scheussliche Vorfälle, die das Gute in Deutschland, und namentlich bei uns, wieder zurückbringen. — Für E. E. letzten Brief und Ihre Bemerkungen über Rehdigers Entwurf danke ich Ihnen herzlich. Ich bin in diesen Tagen so zerstreut gewesen, dass ich nicht habe ordentlich daran gehen können. Allein im Ganzen scheint mir, was

¹⁾ S. Kachler a. a. O. S. 405 f.

²⁾ Am 1. Juli 1819. S. Sauer a. a. O. S. 100.

E. E. in dem Aufsatz loben und tadeln, vollkommen richtig. Ich höre auch, dass Rehdiger ausser den Grundeigenthümern und Städten will den Adel persönlich, ohne dass er Grundeigenthum hat, und die Gelehrten wählen lassen. Dies würde ich nicht billigen. Das Wahlrecht muss auf etwas fest an dem Lande Haftenden beruhen. Gewählt kann ja doch jeder ohne Rücksicht auf Stand werden, und so braucht man für Intelligenz, wie man gewöhnlich sagt, in der Versammlung nicht bange zu seyn. — Den Pfuel'schen Aufsatz ¹⁾ haben mir E. E. nicht wieder geschickt. Es hat indess auch Zeit damit, wenn ich ihn auch erst in Berlin wieder erhalte. Ob ich gleich gewünscht hätte, der Brief an Sommer ²⁾ wäre nicht gedruckt, so sehe ich doch aus mehreren Briefen, dass er in vielen Orten auch einen sehr guten und mir günstigen Eindruck gemacht hat. Benzenberg hat vor dem Druck den Brief in Abschrift nach Coblenz gebracht, wo man ihn gemissbilligt, allein Görres gelobt haben soll. Der arme Sommer ist also an dem Druck wenigstens unschuldig, wie es scheint. Nun leben Sie wohl, liebste Excellenz, und wenn es Ihnen möglich ist, so machen Sie, dass wir Sie noch sehen.

Nachschrift der Frau von Humboldt. — Ich kann nicht umhin, als mich selbst Ihrem theuren Andenken zu empfehlen, verehrtester Freund. Wie traurig war es mir letzthin in Nassau, so freundlich von den Ihrigen aufgenommen, Sie allein nicht zu finden. Meine Gesundheit und zusammen-treffende Umstände machten es mir unmöglich, schneller zu reisen. Ich habe die Freude, dass mein Mann mich besser findet, als er es erwartete, und, es komme nun auch, woher es wolle, ich scheine meine allerkränkste Periode in Florenz gehabt zu haben. Dem sey wie ihm wolle, meiner innern Heiterkeit hat mein Uebelbefinden noch nie in die Dauer geschadet, und ich bin voll guter Hoffnung, dass Ems mir aufhelfen wird. Geben Sie mir die Freude, Sie persönlich zu sehen.

Stein an Friedrich Wilhelm III.

Cappenberg, 12. Juli 1819

St. A. Konzept

Dank für die Kabinettsorder vom 24. Juni.

Für die kleine Gabe an die Universität zu Bonn finde ich mich reichlich belohnt durch die gnädigen Gesinnungen, welche E. K. M. in dero Schreiben auszudrücken geruhen, und die ich mich stets bestreben werde, mir zu erhalten durch Treue und ehrfurchtsvolle Anhänglichkeit an Allerhöchstdero Persohn.

¹⁾ S. oben S. 575, Anm. 2.

²⁾ S. oben S. 574, Anm. 3.

Humboldt an Stein

Ems, 15. und 18. Juli 1819

St. A. Ra 3

Humboldts bevorstehende Abreise nach Berlin. Abschluss der Territorialverhandlungen in Frankfurt. Die Verfassungsfrage. Besorgnisse vor einer vorgreifenden Regelung Hardenbergs. Die Stimmung und die Angelegenheiten der Rheinprovinz, insbesondere die Petition des koblenzer Stadtrats. Die Demagogenverfolgungen. Arndt und die Gebrüder Welker. — Frau v. Humboldt. Plan einer Zusammenkunft Humboldts mit Stein.

Endlich, theure Excellenz, hat sich der Zauber gelöst, der mich an Frankfurt fesselte. Ich werde noch am Ende dieses Monats in Berlin seyn. Es ist wirklich höchst sonderbar damit gegangen. Ich schrieb Ihnen neulich, wie mir der Staatskanzler geschrieben und wie ich ihm geantwortet hatte. Den nächsten Dienstag darauf, am 6ten, erhielt ich nichts von ihm und erfuhr von Anstett, dass Wessenberg noch immer nichts bekommen habe. Ich setzte mich hin und schrieb Bernstorff viele Tiraden über diese ewigen Zögerungen des Oesterreichischen Cabinets. Ehe ich noch endigte, meldete mir Wessenberg, dass er eben die Ermächtigung zum Unterzeichnen bekommen habe. Ich schrieb dies gleich nach Berlin, letzten Dienstag, am 13ten bekam ich abermals einen eigenhändigen Brief des Staatskanzlers. Er sagte mir, dass er vom König die Erlaubniss ausgewirkt habe, dass ich, mit Uebertragung meines Geschäfts an Goltz, augenblicklich zurückkommen könne, dass aber die plötzliche neue Wendung des Geschäfts diese Maasregel nunmehr unnütz mache. — Den sogenannten Befreiungsvertrag mit Baden haben wir am vergangenen 10ten unterzeichnet, und den Endrecess unterzeichnen wir am 20sten, dann gehe ich am 22sten nach Berlin, halte mich nur in Erfurt und Weimar auf, und bin am 27sten oder 28sten in Berlin. — Der Brief des Staatskanzler ist, obgleich ich ihm kälter geantwortet hatte, in gleich freundschaftlichem Ton. Ich werde den Mittelweg zu halten suchen, den meine Lage und das bisher Vorgegangene fordern. Dass er nicht zu viel Misstrauen hegt und wir nicht in offenbarer Spannung sind, ist immer gut, obgleich der wahre Kampf um die Sache ¹⁾ nicht zu vermeiden seyn wird und nicht vermieden werden darf. Dass aber dieses Wiederanknüpfen einen besonderen Grund hat, bin ich überzeugt. Man spricht immer noch von der in Berlin vollendeten und vom Könige unterzeichneten Verfassung. Ein Brief von dem, der E. E. nicht geantwortet hatte²⁾, soll bestimmt sagen, dass die Unterzeichnung vom König geschehen sey, nachdem der Entwurf Sr. Majestät zwei Monate vorgelegen habe. Wenn ich schreiben soll, so thue ich es nur, weil ich den Brief nicht gesehen habe. Denn sonst ist mir die Nachricht auf durchaus zuverlässigem

¹⁾ Nämlich der Kampf um die Verteilung der Verantwortung und der Kompetenzen zwischen dem Staatskanzler und den einzelnen Ministern. Vgl. darüber Gebhardt II. S. 340 ff.

²⁾ Altenstein?

Wege zukommen. Mir ist sie wahrscheinlich, denn ich glaube nicht, dass ohne dies Ereigniss der Staatskanzler bereitwillig gewesen seyn würde, mich jetzt (auch wenn ich nicht geendigt hätte) zurückkommen zu lassen. Sein ganzes Wiederanknüpfen des Briefwechsels scheint mir damit zusammen zu hängen, dass er nun mit dem fertig war, was er zu vollenden sich vorgesetzt hatte. Was ich Ihnen neulich schrieb, dass nämlich das Comité beim Staatsrath wieder würde zur Berathung über die Verfassung zusammenberufen werden, kann dennoch zugleich wahr seyn. Denn vielleicht hat man nur einen Entwurf gemacht, der die obersten und hauptsächlichsten Grundsätze der neuen Verfassung anstellt und durch die königliche Unterzeichnung unumstösslich aufstellt, und will nun das Comité das Detail dazu hinzufügen lassen. Bei dieser Voraussetzung würde es sich denn auch erklären, wie der Staatskanzler hätte, trotz der grossen Schwierigkeiten, mit der Arbeit zu Stande kommen können. In einigen Wochen werde ich unstreitig klar darüber sehen. Von hier aus habe ich zwei Tage in Coblenz zugebracht, wohin auch Solms auf meine Bitte gekommen ist. Ich habe mich ausschliesslich mit ihm, Ingersleben, Hake ¹⁾, Schmitz-Grollenburg ²⁾ mit den Angelegenheiten der Provinz beschäftigt. Das Verfahren und Nicht-Verfahren im Ministerium übersteigt allen Glauben. In allen wichtigen Dingen fehlt es an der entscheidenden Festsetzung, und ich habe mich in der Ueberzeugung bestätigt, dass ohne Einführung wenigstens für's Erste einer Provinzial-Versammlung fast nichts zu machen ist, allein mit dieser die Sache gar nicht schwer seyn wird. Unzufriedenheit ist allerdings jetzt sehr viel in der Provinz, sie ist wohl aber ziemlich gleich gross in allen übrigen, und der Sinn des grössten Theils des Volks in unsern Rheinprovinzen ist gewiss kein schlimmer. Die Civil- und Militärbehörden bezeugen einstimmig, dass man des Gehorsams gewiss seyn könne, sobald man nur bestimmt und im Namen eines Gesetzes spreche. Nur das Schwankende und Willkührliche sey verhasst. Was kann man mehr und Besseres verlangen? In Absicht der Zusammenziehung der Landwehr ist General Hake, der sich aber auch dabei recht sehr gut zu benehmen scheint, sehr mit der Bereitwilligkeit der Menschen dazu zufrieden und hat mir mehrere Beispiele angeführt, wo sie aus eigener Lust, und sogar unaufgefordert, dazu mitwirken. Beim Staatskanzler liegen fast über alle wichtigen Fragen Gutachten aller Regierungen aufgethürmt. Allein keine dieser Sachen ist oder wird erledigt, und wenn ich es dahin bringen will, werde ich viele Schwierigkeiten zu überwinden haben. E. E. werden die Vorstellung des Coblenzer Stadtraths gegen die neue Tranksteuer ³⁾

¹⁾ Hake war Gneisenaus Nachfolger in Koblenz geworden. Ende 1819 wurde er an Stelle Boyens Kriegsminister, s. unten S. 610 f.

²⁾ S. oben S. 489, Anm. 3.

³⁾ Vom 27. Juni 1819. Der wesentliche Inhalt erschien abgedr. in den Rhein. Blättern vom 10. Juli 1819 (Nr. 109).

gelesen haben. Sie ist sehr tadelnswerth, weil der Stadtrath ganz aus seiner Sphäre hinausgeht und über eine Sache Klage führt, die seine Stadt fast gar nicht, allein das Land allerdings sehr drückt, weil er nicht einmal viel von einem solchen Druck, sondern hauptsächlich von dem Rechte spricht, mit zur Berathung über Steuern zugezogen zu werden, und weil er seiner Vorstellung Publicität gegeben hat, ehe noch die Behörde, an die sie gerichtet war, sie empfangen konnte. Die Regierung, welcher der Stadtrath die Vorstellung zuschickte, hat ihm auch ihre Missbilligung ausdrücklich zu erkennen gegeben. Davon, dass Görres Antheil an der Vorstellung hätte, ist keine Spur, ich bin vielmehr vom Gegentheile überzeugt. Auch Grebel ¹⁾ hat sie nicht verfasst. Der Concipient ist keiner, der sich in öffentliche Schriftstellerei mischt, und soll sonst ein achtbarer Mann seyn. Es scheint mir nur nicht vorsichtig, seinen Namen in einem Briefe zu nennen. — Diese Zeilen sind bis heut 18ten liegen geblieben. Seitdem ist die fatale Geschichte zu unserer Kenntniss gekommen, dass man Arndts, der beiden Welcker ²⁾ und eines gewissen Mühlenfels, der in Cöln bei dem Gerichte angestellt ist, Papiere in Beschlag genommen hat. Ich fürchte, dass man nicht gehörige Anzeigen hatte, solche Maasregel zu begründen. Ich kann nicht glauben, dass Arndt sich in verdächtige Verbindungen eingelassen haben sollte. Von dem Bibliothekar Welker wollte ich das Gegentheile fest verbürgen. Er hat nicht einmal die Neigung, sich in politische Dinge zu mengen. Den Bruder kenne ich nicht. Hat die Maasregel keinen Erfolg, so wird sie ein unseliges Geschrei erregen und der jungen aufblühenden Anstalt unwiederbringlichen Schaden zufügen. — Meine Frau ist viel wohler, als ich sie bei ihrer Ankunft fand, und ich nähre die besten Hoffnungen für sie. Sie ist aber unwiderruflich verdammt, bis zum 31sten August hier zu bleiben. Da ich höre, dass es zweifelhaft ist, ob E. E. Familie nach Capenberg kommt und Fräulein Henriette eine längere Kur gebrauchen soll, so kommen Sie vielleicht selbst in dieser Zeit noch her. Wäre das nicht, so ist meine Frau nicht ohne alle Hoffnung, dass Sie ihr vielleicht ein Rendez-vous in Cöln gäben. Denn wenn das Bad meiner Frau den erwünschten Erfolg macht, so denkt sie, von hier über Coblenz nach Cöln zu gehen, dort zwei Tage zu bleiben und dann über Frankfurt nach Berlin zurückzureisen. Sie, theure Excellenz, hätten dann vielleicht die Freundschaft, mit ihr in Cöln zusammenzutreffen. Zwischen dem 15ten und 20sten August schickt sie Ihnen das Nähere und Bestimmte über ihre Reise, bis dahin grüsst sie Sie auf das Freundschaftlichste. — Ihre Familie habe ich leider nur immer bei der Durchreise durch Nassau und hier auf Momente gesehen. Da meine Frau Nachmittags baden muss, so bleibt ihr gar keine Zeit für eine Fahrt nach Nassau, und da ich sie wieder auf wenigstens zwei Monate verlassen muss, trenne ich mich nicht gern von

¹⁾ M. I. Grebel, Rechtsanwalt in Koblenz.

²⁾ Die Haussuchungen bei Arndt und den Gebrüdern Welcker fanden am 5. Juli statt.

ihr. — Leben Sie nun herzlich und innig wohl, beste Excellenz, und erhalten Sie mir Ihr Andenken und Ihre Freundschaft.

Stein an Görres

Cappenberg, 26. Juli 1819

Nach Pertz. Stein V. S. 398

Kritik der nassauischen Innenpolitik. Schärfste Verurteilung aller demagogischen Umtriebe, welche zu den Attentaten Sands und Lönings geführt hatten. Arndt.

Die Regierungen hätten freylich seit 1814 vieles anders machen können, insbesondere auch die Nassauische, gute Absicht kann man ihr nicht absprechen, aber ihre Coryphäen sind besessen von einer Organisations und Neuerungs Sucht, die sich auf Eitelkeit und seichte Selbstgefälligkeit gründet und sich in Anstalten und Einrichtungen ausspricht, die dem Lande sehr kostbar und lästig sind, die auf das Centralisiren und das Paralysiren im Einzelnen, auf eine Schein und Papier Thätigkeit hinausgehen. Hiermit verbindet sie die Pfiffigkeit, die unlautere Absichten beweist, und die sich in ihren liberalen Phrasen, in ihrem Eingreifen in die Wahlen, in der ängstlichen Tutel der ständischen Versammlungen, in dem Gebrauch ihres Hofpommers, wie ihn jemand nannte, des Herrn Weitzel ¹⁾ zeigt, und die mit sehr gewalthätigen Maasregeln, z. B. gegen Professor Snell zu Dorpat ²⁾, gegen Herrn Bergmann verbunden ist. So manche Nachtheile daraus entstehen, so sind sie doch erträglicher als die Ausführung der Pläne unserer gelehrten und turnenden Jacobiner. Was diese Schule für Früchte bringt, das lässt sich ja deutlich aus den Verirrungen zweyer unglücklich missleiteter, guter junger Männer erkennen, und es ist die Pflicht jedes religieus sittlichen Mannes, dahin zu wirken, dass diese verruchte Sekte bestraft und ein Gegenstand des öffentlichen Abscheues werde.

Arndt kenne ich seit 1812; ich halte ihn für einen braven, christlichen, milden, verständigen, Welterfahrung und Menschenkenntniss besitzenden

¹⁾ S. oben S. 481.

²⁾ Wilhelm Snell (1789—1851), Jurist, seit 1816 Untersuchungsrichter in Dillenburg. Er hatte schon 1814, einer Anregung Arndts folgend, an verschiedenen Orten seiner nassauischen Heimat „Deutsche Gesellschaften“ gegründet, die 1815 von der Regierung aufgelöst wurden. Noch im selben Jahr gründete er zusammen mit dem Justizrat Hoffmann aus Rödelsheim einen Geheimbund, welcher eine Einigung Deutschlands unter preussischer Führung anstrebte (s. Meinecke, „Der Hoffmannsche Bund“). Auch dieser musste, ohne grössere Wirksamkeit erlangt zu haben, aufgelöst werden. Snell beteiligte sich dann an den innenpolitischen Kämpfen Nassaus und entwarf im Jahre 1818 die sogenannte „Dillenburgische Petition“ (s. Sauer, a. a. O. S. 55 ff.). Später geriet er in den Verdacht, die „Prüfenden Bemerkungen“ (s. oben S. 486 Anm. 1) verfasst zu haben. Er war schon wegen der Dillenburgischen Petition seines Amtes enthoben worden. Durch Vermittlung Steins erhielt er eine Professur an der Universität Dorpat, hatte sie jedoch kaum angetreten, als Preussen auf Betreiben der nass. Regierung seine Auslieferung forderte, da er angeblich an dem Attentat auf Lönning beteiligt gewesen sein sollte. Snell wurde aus Russland ausgewiesen und ging in die Schweiz, wo er dann als Staatsrechtler in Basel, Zürich und Bern gewirkt hat, überall als Führer radikal-demokratischer Bestrebungen in politische Kämpfe, Umtriebe und Fährlichkeiten verwickelt.

Mann, den ich so lange liebe und achte, bis man mir so klar wie das Sonnenlicht beweist, dass ich mich irre.

In der Anlage erhalten E. W. eine Ankündigung ¹⁾ u. s. w., vielleicht nehmen Sie durch Beyträge daran Theil. Die Ausgabe der Deutschen Quellen Schriftsteller hat einen guten vorbereitenden Fortgang.

Nachschrift. E. W. haben gewiss die Nassauischen Landtags Acten von 1818 und 1819, so bey Schellenberg in Wiesbaden gedruckt, gelesen.

Stein an Büchler

Cappenberg, 26. Juli 1819

Archiv der Monumenta Germaniae Historica. Vollständig bei Pertz, Stein V. S. 412 f.

Pertz.

Nach dem sehr geehrten Schreiben E. H. d. d. Frankfurt den 18 ten July sind nunmehr durch Ihre lebhafte und kräftige Betriebsamkeit alle vorbereitende Anstalten ihrer Vollendung nahe.

Herr Dr. Pertz hat sich bereits als einen gründlichen Geschichtsforscher, besonders der merowingischen und carolingischen Zeit bewährt, sein Anerbiethen ist also sehr erwünscht, nach meinem Ermessen sollte man ihm eine Abschrift des von mir angefertigten Verzeichnisses der carolingischen Quellen zur Prüfung und Beurtheilung zufertigen und ihn von denen in Paris und Wien getroffenen Einleitungen zur Benutzung der dortigen Manuscripte benachrichtigen, und ersuche ich E. H. hierauf bey denen Herren Directoren anzutragen. . . .

¹⁾ G. H. Pertz (1795—1876) hatte in Göttingen Geschichte studiert und dort 1816 promoviert. 1819 erschien seine „Geschichte der merowingischen Hausmeier“, auf Grund deren er zur Mitarbeit an den Monumenten herangezogen wurde. Man sandte ihn zunächst nach Wien, um die dortigen Handschriftenbestände zu durchforschen, von hier aus später nach Italien. Ausgedehnte Forschungsreisen nach Frankreich und England schlossen sich später an. Die hervorragenden Ergebnisse seiner gründlichen und gewissenhaften Arbeitsweise verschafften Pertz bald eine führende Stelle in dem ganzen Unternehmen, dessen Leitung er zusammen mit Böhmer nach dem Tode Steins im Jahre 1831 übernahm. Er war seit 1821 in Hannover als Archivar und Bibliothekar angestellt, trat seine Stelle jedoch erst nach Beendigung eines längeren Urlaubs für die Arbeit an den Monumenten 1823 an. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit ist er auch politisch hervorgetreten als Mitglied der 2. Kammer der hannoverschen Stände (1832) und Begründer der Hannoverschen Zeitung. 1842 wurde er als Oberbibliothekar nach Berlin berufen. Hier veröffentlichte er von 1849—55 seine grosse Stein-Biographie, eine Mischung von Briefpublikation und Lebensbeschreibung, welche unsere Publikation zu ersetzen unternommen hat. Später folgte eine Biographie Gneisenaus in ähnlichem Stil, von der Pertz selbst aber nur 3 Bände vollendete, und die dann Delbrück zu Ende führte. Daneben ging die Arbeit an den Monumenten weiter, die Pertz seit Böhmers Tod allein leitete. Vgl. ihn über H. Bresslau a. a. O. S. 91 ff.

Stein an Gagern

Cappenberg, 5. August 1819

Nach Gagern a. a. O. IV. S. 76 ff. Dort vollständig

Gründe für die Wahl seines Aufenthalts in Cappenberg. Verbundenheit mit Westfalen und Preussen, „der Monarchie, von der das Wohl von Deutschland abhängt“. Die Verhältnisse in Nassau, der Anschlag auf Ibell. Amerika. Wilhelm v. Humboldt Die Sammlung der Quellenschriftsteller.

Es ist wohl ein wenig E. E. eigne Schuld, dass Sie nicht nach Nassau kamen während meiner zweymonatlichen Anwesenheit und es besuchen, nachdem ich seit vier Wochen abgereist war.

Mich bewegen viele Gründe, den hiesigen Aufenthalt dem im Herzogthum vorzuziehen, langjährige Dienstverhältnisse, Verbindungen, so sich zwischen mir, den Einwohnern und dem Lande angeknüpft haben, Interesse, so ich an der Monarchie seit 40 Jahren nehme, von der das Wohl von Deutschland abhängt, Bedeutendheit der Besitzungen, Fähigkeit, vervollkommnet zu werden, alles dieses vereinigt sich, mich hier festzuhalten. Das Nassauische bleibt mir immer fremd, nach denen Grundsätzen der dem Reich unmittelbar Angehörigen, sie standen sogar in einer misstrauenden Spannung gegen die Fürsten. Die gegenwärtigen Machthaber haben gegen mich und gegen die ganze Klasse, zu der ich gehöre, einen hohen Grad von Ingrimm, der sich in hundert kleinen Zügen äussert; sie fühlen sich beleidigt, dass man ihr Machwerk nicht vergöttert, ihrer Pfiffigkeit und Unwahrheit nicht traut.

Allen diesen Neckereyen entgehe ich in dem Land, an das mich alle Ereignisse meines Lebens angeknüpft haben.

Es ist traurig zu sehen, in welchem Grade der gute junge Mann, der Herzog, über sich, seine Geschäftsleute und seine Geschäftsführung verblendet ist, zu glauben, dass die Privilegirten die erste Schuld haben an dem Mordanschlag gegen Herrn Ibell¹⁾. — Abgesehen, dass dieser Mann doch wirklich nicht so wichtig ist, um der Gegenstand einer Verschwörung zu seyn, dass dieses auch hiesse, eine Bombe nach einem Sperling zu werfen, so finden sich hinlänglich deutlich ausgesprochene Aeusserungen von Missvergnügen in denen Vorstellungen so vieler Gemeinden, in denen Verhandlungen der Deputirten, Kammer u. s. w.

Die Nachrichten über Amerika sind äusserst interessant, wäre ich zwanzig Jahre jünger, so unternähme ich selbst dort eine Ansiedlung.

Auf die Erscheinung des IV. Bandes Ihrer Resultate²⁾ bin ich sehr begierig.

Von Humboldts Einwirkung auf die Geschäfte erwarte ich mir sehr vieles; er hat hinlängliche Beharrlichkeit und Gewandtheit, um Hindernisse zu beseitigen.

1) Schon Gagern bemerkt dazu, es sei ihm nicht bekannt, dass irgend jemand dieses Attentat „den Privilegierten als Anstifter beigemessen habe“.

2) „Resultate der Sittengeschichte“. Der erste Band war 1808 erschienen, der zweite 1812, der dritte („Demokratie“) 1816, der vierte („Politik oder der StaatenVerfassung“) folgte 1819.

Ich hoffe, die Herren Directoren des Deutschen Geschichtsvereins werden E. E. von der Lage der Sache unterrichtet, Ihnen ein Diplom als Mitglied zugesandt haben u. s. w.

Stein an Capodistria
St. A. Konzept

Cappenberg, 9. August 1819

Die politischen Attentate in Deutschland „produits par une application perverse des principes les plus nobles et les plus respectables“. Verurteilung der aus den Ideen von 1789 herkommenden umstürzlerischen Bestrebungen. Sieht in einer auf historisch-organischen Grundlagen aufgebauten Verfassung das beste Mittel, um die gährende Unruhe in fruchtbare Bahnen zu lenken. Hoffte, dass Preussen bei allem berechtigten Vorgehen gegen alle wirklichen Unruhestifter doch nicht der Reaktion verfallen werde. Grosse Erwartungen von der Wirksamkeit Humboldts.

... Depuis le moment, de notre séparation l'automne passée haben verschiedene Erscheinungen statt gehabt, die alle Freunde der Ordnung und Gesetzlichkeit betrüben.

Des assassinats élevés au rang d'actions patriotiques, le crime produit par une application perverse des principes les plus nobles et les plus respectables, une exaltation héroïque égarée au point pour commettre une action de la perfidie la plus atroce — une association d'instituteurs de la jeunesse pour leur enseigner des principes désorganiseurs de l'ordre moral religieux et social et leur apprendre à les appliquer par les moyens les plus détestables, tout serait désespérant pour ceux qui désirent sincèrement le bonheur de l'humanité autant qu'il est possible de l'atteindre dans cette vie présente.

Il faut cependant observer que les causes mêmes auxquelles le mal s'est porté si rapidement en a hâté la découverte, l'emploi des moyens de répression et la possibilité d'en arrêter les progrès — qu'il a inspiré généralement de l'horreur et que même beaucoup de gens de lettres tels que Mess. Steffens à Halle ¹⁾, Menzel à Breslau ²⁾, l'ont dénoncé et attaqué les principes sur lesquels il est basé — que l'opinion des hommes a été effrayée de l'abîme dans laquelle ils ont vu qu'une faction voulait les entraîner — qu'on commence à se persuader que les principes constitutionnels de l'année 1789 qui veulent tout créer à neuf sont faux, et qu'il faut partir d'un point historique et amender, perfectionner, mais ne point bouleverser.

Une constitution qui est basée sur ce principe, qui rétablit ce qui a été en l'améliorant, en le ramenant au véritable esprit originaire de l'institution, satisfera la grande majorité, raffermira le trône en ralliant autour de lui les grands intérêts de la propriété et des vrais citoyens, elle leur confiera la discussion des lois en partie, leur exécution, et assignera à cette inquiétude vague qui s'est emparée des esprits agités et exaspérés un cercle d'activité déterminé et circonscrit.

¹⁾ S. oben S. 555, Anm. 8.

²⁾ S. oben S. 555, Anm. 7.

Rien ne prouve mieux l'influence bienfaisante des institutions de ce genre en Allemagne que la marche de celles qui ont été formées en Bavière, à Carlsruhe, où nous avons vu que, malgré la nouveauté des rapports, la tenue générale a été bonne, et les résultats ou directement bienfaisants ou indiquants un mieux futur. Ces institutions, mieux que la police secrète la mieux organisée et la surveillance la plus active, la plus sévère, détruisent l'influence des agitateurs qu'ils soient pamphlétistes avides de gains, savants phantasmaques et vaniteux, ou scélérats espérant de gagner par les bouleversements.

J'espère donc bien que le gouvernement prussien, tout en faisant usage de moyens répressifs et conformes aux lois, ne rétrogradera point et satisfera les vœux d'une nation qui a prouvé pour son souverain le fidèle dévouement sans bornes dans le malheur général, quoique celui ait été causé par les conseils des ministres légers et sans principes. La nomination de Mr. de Humboldt a inspiré beaucoup de confiance, on en connaît les principes, il a beaucoup médité les matières constitutionnelles, les résultats auxquels il est parvenu sont justes et, mis en exécution, seront bienfaisants, pourvu que l'orgueil impotent des uns, la timidité ou l'exagération des autres, n'arrête et ne paralyse tout.

Stein an Humboldt

Cappenberg, 24. August 1819

St. A. Ra 3. Konzept

Hoffnung auf eine erspriessliche Tätigkeit Humboldts in der Verfassungsfrage. Vertrauen zum gesunden politischen Urteil Friedrich Wilhelms III. über den wahren Umfang der demokratischen Umtriebe und zu seiner loyalen Haltung in der Verfassungsfrage. Die literarische Diskussion des Verfassungsproblems. Staatspolitische Notwendigkeit einer Verfassung. Die Stellung des Adels in den neuen süddeutschen Landesverfassungen und in der neuzubildenden preussischen Verfassung. Historisch-organische Begründung seiner Rechte unter Widerlegung der Ausführungen Benzenbergs.

Ihr Brief, theuere Excellenz, d. d. 15ten m. pr., blieb so lange unbeantwortet, weil ich eine sichere Gelegenheit abwarten wollte . . .

Der Nebel, in dem alle Ihre Verhältnisse lagen, ist nun zerstreut, alles liegt klar vor Ihnen, es beziehe sich auf Ihre Person oder auf Ihren Wirkungs-Crayss und auf das Geschäft, was uns alle so sehr interessirt, an das sich alles knüpft, was für den Menschen Werth hat. Wir dürfen hoffen, dass noch nichts verdorben, wenigstens unwiderbringlich verdorben ist, dass der ernste reine Wille des Königs sich nicht durch einzelne Erscheinungen erschüttern lässt, dass er noch auf die Gesinnungen eines braven im Glück und Unglück bewährten Volks vertraut, und nicht durch das fratzenhafte Treiben mehrerer Halb-Gelehrten und verführter Jünglinge irre gemacht wird. Dass es strafbar und verderblich ist, dass man es ahnden und zerstören müsse, ist augenfällig, dagegen muss man das gegebene Wort redlich lösen, die hiedurch und durch die grossen Ereignisse erregten Erwartungen und Forderungen der verständigen Mehrzahl erfüllen.

Die Ideen der Menschen über Verfassung scheinen reifer und gemässiger zu werden, sehr verständige Schriften wollen sie aus der Geschichte entwickelt, sie wollen die Gliederung in der Gesellschaft beybehalten wissen, z. B. Arndt, Steffens, Perthes in seiner Correspondenz mit Fouqué ¹⁾, Sommer ²⁾ — nicht ohne Werth ist auch Benzenberg ³⁾ — die demokratische Partey hat sich in der öffentlichen Meynung geschadet durch Uebertreibung und deren Folgen, den Gebrauch verbrecherischer Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke, Verführung der Jugend, anarchische Grundsätze, Meuchelmord, Selbstmord, diesen lehrt ja Friese, Welcker. Den Fürsten muss es klar werden, dass ihr Thron allein Festigkeit erlangen könne, wenn man das Interesse der Begüterten daran knüpft, deren Daseyn selbst von Erhaltung gesetzlicher Ordnung abhängt.

So lange keine verfassungsmässigen Organe da sind, um das Interesse der Gemeinde, Craysse, Provinzen, des Staats zu vertreten, so geschieht es durch unberufene Pamphletisten, durch selbstgebildete Repräsentanten wie ao. 1817, durch Stadträthe, die die Grenzen ihres Wirkungs Crayses überschreiten — das Benehmen des Stadtraths in Coblenz ⁴⁾ ist allerdings unförmlich, er würde geschwiegen haben, wenn eine andere Sprechanstalt wäre getroffen worden.

In der Bayrischen Verfassung fand ich es höchst weise, den Adel, oder was wohl dort praktisch dasselbe ist, die Besitzer mit Gerichtsbarkeit versehener Güter, besonders wählen zu lassen und seinen Deputirten eine Stelle in der Deputirtenkammer anzuweisen⁵⁾. — Der ganze Adel erhält auf diese Art seine Corporations Verfassung, wodurch wieder die alten Rechte und die alten Ansprüche mehr geschont werden, welche, wenn man sich beschränkt, einzelne Familien in das Oberhaus zu setzen, mehr gekränkt werden, und er erlangt durch die Stelle, so er in der Deputirten Cammer einnimmt, einen mildernden und die verschiedenen Bürger Classen sich annähernden Einfluss, da sie sonst, wie es sich jetzt in den Badenschen Stände Verhandlungen und auch in den Nassauischen zeigte, starr gegen einander stehen.

Da wir mit einem bestehenden Zustand und nicht mit einer neuen Schöpfung zu thun haben, so scheint mir eine Einrichtung, die sich möglichst genau an das erste anschmiegt, schon deshalb vorzuziehen. Im Preussischen Staat sollen 4000 adeliche Familien vorhanden und, wir wollen

¹⁾ Der bekannte Buchhändler Friedr. Perthes (1772—1843) gab zusammen mit Fouqué einen Briefwechsel heraus unter dem Titel „Etwas über den deutschen Adel, über Rittersinn und Militärehre nebst Beilagen aus Möasers, Hallers und Rehbergs Schriften“, Hamburg 1819.

²⁾ S. oben S. 550, Anm. 3.

³⁾ Johann Friedrich Benzenberg (1777—1846), eigentlich Physiker und Astronom, vor allem aber bekannt als der erste bedeutende Führer des rheinischen Liberalismus und dessen bester publizistischer Vertreter. Vgl. Heyderhoff, Joh. Friedr. Benzenberg, der erste Rheinische Liberale.

⁴⁾ S. oben S. 585, Anm. 3.

⁵⁾ S. oben S. 503.

annehmen, angesessen seyn. Hebt man aus ihnen 2—300 für das Oberhaus als erbliche Mitglieder aus, so werden 3700 Familien ihrer Corporations Vorzüge beraubt, also gekränkt, lässt man diese einen aliquoten Theil der Mitglieder in das Oberhaus wählen wie im Badenschen und Nassauschen, so verlieren sie allen Einfluss auf die Deputirten Cammer, der erhalten wird, wenn man sie als Corporation an den Wahlen zur Deputirten Cammer Antheil nehmen lässt.

Diejenigen unter denen Adels Gegnern, welche bey der Bildung der Verfassung die Geschichte zu Grunde legen wollen, z. B. Benzenberg, raisonniren folgendermassen:

Ursprünglich, in der alt Sässischen Zeit, war der ganze Bauern Stand frey, im Lauf der Zeit aus bekannten geschichtlichen Gründen sank der freye Bauer zum Zins und hörigen Bauer herab, begab sich in die Abhängigkeit von einzelnen grössern Gutsbesitzern, diese erlangten allmählig ausschliesslich Provinzial Standschaft u. s. w. Daraus folgern sie, dass die Gesunkenen gehoben, die Gestiegenen gesenkt werden müssen.

Wenn ich ihnen auch die geschichtliche Grundlage einräume, die doch nur, wie ich leicht beweisen kann, zum Theil und unter vielen Einschränkungen wahr ist, so folgt doch wahrhaftig gar nicht daraus, dass wir den Stand, der gewisse Vorzüge seit mehreren Jahrhunderten besitzt, herunterdrücken müssen, sondern nur, dass wir mit Schonung und gesetzgeberischer Klugheit die verschiedenen Elemente der Gesellschaft nach ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit harmonisch anerkennen müssen. Warum soll denn Herr Benzenbergs, Besitzers eines Bauernguthes in Brügggen, Schaale steigen und die seines Nachbarn, des Grafen Schaesberg, seine sinken? Stammt denn Herr Benzenberg in linea recta von dem alten ripuarischen Franken, der ao. 800 vor Brügggen von Carl dem Grossen zum Herbann aufgefodert wurde, ab, ist es denn so ausgemacht, dass dieser Franke ein ingenuus war, könnte er nicht auch, um in der unrichtigen damaligen Sprache zu reden, ein mancipium seyn, oder gar ein villicus eines benachbarten Gutsbesitzers, das heisst, ein Verwalter, denn es ist bekannt, dass die Schulzen in Westphalen nur villici waren, wollte man nun jetzt alle diese Schultenhöfe einziehen und dem Bauern sein Erbrecht nehmen?

Stein an Gagern

Cappenberg, 30. August 1819

Nach Pertz, Stein V. S. 424 ff.

Empörung und Zorn über die in Wiesbaden und Frankfurt über ihn umlaufenden Gerüchte. Ablehnung aller radikal-burschenschaftlichen Tendenzen, insbesondere Jahns und Frieses. — Rotteck. Die Auflösung des badischen Landtags.

Da ich ausser der Berliner und Hamburger Zeitung keine lese, so weiss ich nicht, was in den anderen erzählt worden; ihre Schreiber handeln im Geist ihres Handwerks, wenn sie alles auffassen, verbreiten und auch erfinden, was den Pöbel ihrer Leser anziehen kann. Auch wundere ich

mich nicht, dass in einem Krähwinkel wie Wiesbaden dergleichen Dinge geglaubt, besprochen worden, besonders da Viele dort geneigt sind, von mir das Schlimmste zu denken — wenn aber in Frankfurt, und zwar nicht in Fusel Kapellen, denn diese besuchen E. E. nicht, sondern in den guten Gesellschaften, wahrscheinlich auch von den Diplomaten, dergleichen Dinge von einem Manne gesagt werden, der vier Jahre unter ihnen lebt, dessen ganzes früheres Leben und dessen äussere Verhältnisse hinlänglich bekannt sind, wenn man von ihm dergleichen Dinge nur erwähnen kann, als einer Theilnahme an einer — im Fall sie existirt — eben so verruchten als aberwitzigen Verschwörung, dann gestehe ich vox faucibus haeret über eine solche viehische Dummheit, oder eine solche teuflische Bosheit, oder einen solchen nichtswürdigen und aus einem durchaus verfaulten Herzen entstehenden Leichtsinne¹⁾.

Dieses bitte ich, denen vorzulesen, die von meiner Theilnahme an Verschwörung, von Surveillance etc. nur im halben Ernst gesprochen haben. Ueber Jahn und Consorten werden uns die Resultate der Untersuchung zu seiner Zeit bekannt werden — ich hielt ihn immer für einen fratzenhaften dückelvollen Narren — unterdessen halte ich es für nöthig, dass unsere Professoren in Ordnung gehalten werden; ein hoffärtiger, unruhiger und seichter Geist beseelt sie, sie verbreiten verderbliche Grundsätze unter die Jugend; lehrt nicht der Professor der Moral, Herr Fries, in seiner Ethik den Selbstmord, er findet einen Vertheidiger an Herrn Welcker in Bonn, der die übertriebensten und verrücktesten Dinge den unbärtigen Jünglingen vorträgt. Die Canzel und der Lehrstuhl müssen keine Giftbude seyn.

Herr v. Rotteck, ein sonst verständiger Mann, greift die Gültigkeit des 14ten Artikels der Bundesakte²⁾ an, spricht von Unveräusserlichkeit der vom Volk dem Fürsten übertragenen Regierungsrechte³⁾ — waren denn die Mediatisirten Theile des Badenschen Volkes, beruht nicht das Recht des Regenten auf Friedensschlüssen und der Bundesakte.

Unterdessen scheint mir die Entlassung der Stände eine sehr übereilte Maasregel⁴⁾ — ihre Erinnerungen über den Ausgabe Entwurf waren doch kleinlich, und die Prüfung der Ausgaben schien mir oberflächlich — so wie ich denn auch in denen Bayrischen Stände Verhandlungen Gründlichkeit vermisse. —

Vor Ende September verlasse ich Cappenberg nicht.

¹⁾ Der Brief Gagerns, der diesen Zornesausbruch Steins verursachte, ist nicht erhalten.

²⁾ Der Artikel 14 der Bundesakte behandelt die Rechte der ehemals Reichsunmittelbaren unter den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen. — In der badischen Kammer war seit April 1818 ein heftiger Streit über die Stellung der Mediatisirten im Gange, vgl. dazu Treitschke a. a. O. II. S. 514 ff.

³⁾ Die Rede Rottecks ist gedruckt in den Verhandlungen der Stände des Grossherzogtums Baden, Protokolle der ersten Kammer, 4. Heft, S. 527 ff.

⁴⁾ Die Ständeversammlung war am 28. Juli vertagt worden. S. Treitschke, a. a. O. II. S. 518.

STEIN

Tonbüste um 1819

Stein an Marianne v. Stein
St. A.

Cappenberg, 11. September 1819

Sorge um das Ergehen seiner Frau. Hoffnung auf baldige Besserung.

Ich erhalte in diesem Augenblicke Henriettens Briefe vom 3ten und 4ten und den Deinigen, meine liebe Marianne, vom 6ten September, der unendlich beruhigend ist, und dessen unmittelbar statthabende Begleitung der beiden ersteren mir alle Hoffnung zur baldigen Genesung giebt ¹⁾. Nächst der ärztlichen Hülfe und göttlichem Segen rechne ich auf die sehr schöne und milde Witterung, auf eine Luft, die so stärkend und heilbringend ist. Ich hoffe, von Dir und den guten Kindern posttäglich Nachrichten von dem Fortgang der Besserung zu erhalten. Du würdest, meine liebe Marianne, mich sehr erfreuen, wenn Du mich abwarten könntest . . ., nichts drängt Dich zur Rückkehr, es kann in Deiner Lage doch ziemlich gleichgültig seyn, ob Du zehn Tage früher oder später zu Homburg bist. Ich hoffe, bis Ende September hier alles zu endigen und in den ersten Tagen vom Oktober in Nassau einzutreffen.

Stein an Frau von Berg
Preuss. Staatsbibliothek Berlin

Nassau, 21. September 1819

Dank für ihre Teilnahme am Tod seiner Frau.

Dank für die Beileidsbezeugungen. Bitte um Fortdauer ihrer freundschaftlichen Zuneigung.

. . . Je finis ces peu de mots en vous demandant, Madame, la continuation de votre bienveillance pour le peu d'instant que je dois encore errer dans cette vallée de misère. Il paraît que le sort se plaît à nous rapprocher à des catastrophes sinistres.

Stein an Pfarrer Stein
St. A.

Nassau, 23. September 1819

Der Tod der Frau vom Stein. Fromme und gottergebene Haltung Steins.

Freylich steht der trostloos am Grabe, das seine Geliebte umschliesst, der nicht an Unsterblichkeit glaubt. Dank meinen frommen Eltern, und besonders meiner vortrefflichen Mutter, deren Andenken noch immer in der hiesigen Umgegend segensvoll, auch bey ihren entfernter wohnenden Freunden hochgeehrt lebt, ward mir frühe Liebe und Achtung für die Lehren und das Leben unsers Heilands eingeflösst; haben gleich Leidenschaften, Zerstreungen, Ueberladung von Geschäften diese Gesinnungen öfters verdunkelt, bisweilen vergessen machen, so blieb ihr Keim, nie

¹⁾ Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Frau vom Stein starb am 15. September 1819 im Alter von 47 Jahren. Stein schrieb ihr einen ausführlichen tief empfundenen Nachruf, in dem er ihrer treuen Kameradschaft in den vielen Fährlichkeiten seines bewegten Lebens gedachte. Diesen Nachruf versandte er gedruckt an alle seine Freunde. Er ist wieder abgedruckt bei Pertz, Stein V. S. 427 ff.

ward er durch Verachtung oder Spott unterdrückt, und er erwachte und entwickelte sich wieder im Leiden und in den trüben Stunden, die den Abend meines Lebens begleiteten. — Der Tod der liebevollen Mutter und treuen Gattin, die meine Kinder und ich beweinen, hat uns alle tief gebeugt. An sie schloss sich unser ganzes häusliches Leben, auf sie bezog es sich, von ihr ging es aus, mit ihr verliehrt es Haltung, Festigkeit, denn wer vermag den Töchtern die sorgfältige, verständige, treue Mutter zu ersetzen, und doch bedürfen beyde sie so sehr, Henriette einer sanften, theilnehmenden, zarten Freundin, Therese einer weisen, liebenden und leitenden Mutter; arme Therese, im 16ten Jahre mütterlos! — Und doch erkenne ich und bete ich in diesem Todesfall die Hand der Vorsehung an; diese wollte die Verklärte abberufen, alle Umstände mussten sich unaufhaltsam und unabänderlich so gestalten, dass sie in unsern engen Thälern während der brennenden Hitze, während des hier überall sich entwickelnden Krankheitsstoffes festgehalten wurde, nicht die reinere, gesündere Luft ihres andern Landsitzes einathmen konnte, wo man von Epidemien nichts wusste.

Auch dürfen wir hoffen, wieder mit ihr vereint zu werden, versichert diese Wiedervereinigung doch Jesus seinen Jüngern, warum dürften wir sie nicht hoffen; die Liebe stirbt nicht, wie sollte sie aber leben ohne Wiedervereinigung? — Geh. R. Diel, der Arzt unsrer Familie, verordnete Henriette eine Traubenkur im Rheingau, sie war bereits von der Verewigten beschlossen; wir haben in Winkel das Brabeck'sche oder jetzt Stolberg'sche Haus gefunden, das wir in den letzten Tagen des Monats auf 3 Wochen beziehen werden. — Leben Sie wohl, mein würdiger, viel geehrter Freund, Sie zu sehen, wäre uns tröstend und beruhigend.

Prinzessin Luise Radziwill an Stein
St. A.

Posen, 28. September 1819

Beileid zum Tod der Frau vom Stein.

Stein an Gagern
Nach Gagern a. a. O. IV. S. 79 f.

Nassau, 29. September 1819

Die wiener Konferenzen. Die politische Aufgabe der deutschen Regierungen. — Kur in Winkel — Die württembergische Verfassung.

Ich bin E. E. die Beantwortung mehrerer Briefe schuldig. Etwas Befriedigendes und Tüchtiges erwarte ich mir nicht von der Zusammenkunft und denen Berathungen mittelmässiger und oberflächlicher Menschen ¹⁾).

¹⁾ Im Spätjahr 1819 versammelte Metternich die Staatsmänner der engeren Bundesversammlung in Wien, um das Werk von Karlsbad abzuschliessen. Die Beratungen begannen am 25. November und dauerten bis zum Ende Mai 1820. Ihr Ergebnis war die Wiener Schlussakte, die am 8. Juni 1820 von der Bundesversammlung in Frankfurt als Grundgesetz des Bundes anerkannt wurde. S. H. v. Srbik, Metternich I. S. 596 u. Treitschke a. a. O. III. S. 3 ff.

Das Wichtigste was zur Ruhehaltung in Deutschland geschehen kann, ist, dem Reich der Willkühr ein Ende zu machen und das einer gesetzlichen Verfassung zu gründen und zu beginnen — an die Stelle der Buralisten und der demokratischen Pamphletisten, von denen die erstern das Volk durch viel und schlecht Regieren drücken, die andern es reitzen und verwirren, aber den Einfluss und die Einwirkung der Eigentümer zu setzen.
Hormayrs Zusage seiner Mitarbeit an den Monumenten.

Herr Diel hat meiner ältesten Tochter die Traubenkur verordnet; da mein Haus in Lorch nicht bewohnbar ist, ich den Aufenthalt in dem dortigen, sonst guten Wirtshaus zu lärmend und unser aller Stimmung zu wenig angemessen finde, so habe ich das Brabek'sche Haus in Winkel genommen und beziehe es mit meinen beyden Töchtern den 30 sten September oder Freytag. Hier werde ich mit ihnen, die den unersetzlichen Verlust einer liebevollen Mutter tief fühlen, vierzehn Tage in grosser Abgeschiedenheit und Zurückgezogenheit leben und dann wieder nach Nassau zurück kehren.

Die Reinheit, religiöse Sittlichkeit, Wahrheit und treue Anhänglichkeit meiner Kinder bewährt sich jetzt in allen ihren Handlungen und Aeusserungen, es sind die Früchte der Pflege und zarten Sorgfalt der verewigten Mutter.

Es ist sehr erfreulich, dass mit der Beendigung der Württembergischen Angelegenheiten ¹⁾ das ganze südliche Deutschland eine repräsentative Verfassung erhalten habe.

Karoline von Humboldt an Stein
St. A.

Tegel, 30. September 1819

Beileid zum Tod der Frau vom Stein. Ihre eigene Gesundheit. Bevorstehende Uebersiedelung nach Berlin.

Die Nachricht, die ich, theurer und innigst verehrter Freund, vorgestern durch Ihren Trauerbrief empfing, und von der ich seit einigen Tagen eine dunkle Ahndung mit mir herumtrug, weil Fräulein Henriette mir auf meine inständige Bitte um Nachricht, wie es gehe, von Frankfurt aus nicht geantwortet hatte, hat mich und alle die Meinigen sehr tief erschüttert. Ich will Ihnen nicht unseren Antheil, wie treu und innig er ist, ausdrücken, denn ich weiss, dass Sie nicht daran zweifeln. Man ermisst das Herz der andern in seinem eigenen. Aber recht von Herzen will ich Sie bitten, uns durch eine Ihrer Töchter, wenn Sie selbst nicht können, einige Nachricht über Ihre eigene theure Gesundheit und über die der lieben Ihrigen zu geben.

¹⁾ In Württemberg hatte die Sorge vor der immer weiter ausgreifenden Reaktion, insbesondere vor den Karlsbader Beschlüssen, Regierung und Stände zu einer nach den Vorgängen der Jahre 1816/17 überraschend schnellen Einigung in der Verfassungsfrage geführt. Am 25. September wurde die neue Verfassung verkündet. Verfassungsurkunde für das Kgr. Württemberg. Staats- u. Reg.-Blatt 1819. Nr. 65. S. 633 ff.

Wohl ist das alles sehr hart, und tausendmal musste ich schon daran denken, wie sonderbar es doch ist, dass ich Ihnen, theuerster Freund, den 3. September in Cöln so gute Nachricht von Ihrer Familie geben zu können glaubte, ach! und den 10. erfuhr ich in Frankfurt, dass Ihre Gemahlin den 3. und 4. so sehr krank gewesen sey, sie, die ich den 27. August wohler aussehend wie je verlassen hatte! — Mein innigstes Gebet zu Gott ist, dass er Ihr Leben und Gesundheit stärken, Sie noch lange erhalten und Ihnen in würdigen Schwiegersöhnen die herrlichste Stütze und Freude Ihres Alters schenken möge.

Von mir kann ich Ihnen noch nichts Erfreuliches in Hinsicht meiner Gesundheit sagen. Seit ich Ems verlassen habe, hat der Husten und die Abnahme an Stimme, die Sie schon in Köln bemerkten, ins unerträgliche zugenommen. Ich bin seit dem 18. hier, weil die Wohnung in der Stadt erst morgen bezogen werden kann. Dass die im Körper herumziehende Gichtmaterie mir auf die Brust gefallen ist, scheint keinem Zweifel ausgesetzt, und von übermorgen an werde ich mich wohl einer strengen, sie von da wieder ableitenden Cur unterwerfen müssen. H[umboldt] ist 2 oder 3 mal einen Abend herausgefahren gekommen und kehrt dann sehr früh am Morgen in die Stadt zurück, da er ungemein viel zu thun hat. Sonst habe ich nur einige ältere Freunde gesehen, und schwerlich wird meine Gesundheit mir erlauben, das eigentlich winterliche Stadtleben mitzumachen. Unsere Wohnung ist nur auf ein Jahr gemiethet, ist klein, eine Etage ist bis auf die Betten und alles Geschirr meubliert, die andere nicht, und doch zahlen wir 2 000 Rt., um nur unterzukommen. Die grösste Annehmlichkeit, die sie für mich hat, ist, dass sie Sonne hat und meiner Tochter Hedemann ¹⁾ gegenüberliegt.

H[umboldt] wird Ihnen, theuerster Freund, ehestens schreiben. Er und meine Töchter empfehlen sich mit mir den theuren Ihrigen und mit wiederholter Bitte um Nachricht von Ihrem und der lieben Töchter Ergehen bin ich mit der treuesten Anhänglichkeit und Ergebenheit . . .

Humboldt an Stein

Berlin, 10. Oktober 1819

St. A. Ra 3

Beileid zum Tod der Frau vom Stein. Die Demagogenverfolgungen. Humboldt missbilligt die völlige Unterwerfung Preussens unter die österreichische Reaktionspolitik. Unzulänglichkeit aller bloss polizeilichen Massnahmen. Der Kampf mit Hardenberg um die Reorganisation der obersten Staatsverwaltung und um die karlsbader Politik des Staatskanzlers. Die Verfassungskommission.

Als ich E. E. freundschaftlichen Brief durch General Thielmann erhielt, ahndete ich nicht, auf welche traurige Weise ich ihn würde beantworten müssen. Ich fühle Ihren Schmerz ganz, ich empfinde, wie öde und ver-

¹⁾ Adelheid v. Humboldt (1800—1856), verh. Hedemann. Vgl. Bd. III. S. 409, Anm. 2.

lassen es Ihnen vorkommen muss, mit Ihren beiden armen Töchtern allein dazustehen, ich bin um so mehr von diesem Gefühle durchdrungen, als ich einen ähnlichen Schlag schon ein paarmal habe selbst befürchten müssen. Ich wünsche von Herzen, dass Ihnen der Himmel die Stärke verleihen möge, recht bald die Ruhe und Heiterkeit wieder zu gewinnen, deren Sie auch für die Ihrigen bedürfen, und den harten Unglücksfall, den Sie erfahren, in der Verbindung der Gegenwart mit der Vergangenheit und Zukunft zu betrachten, die, wenn sie auch über das ganze menschliche Daseyn einen wehmüthigen Ernst verbreitet, dennoch die Schläge der Gegenwart mildert und erleichtert.

Familienunglücksfälle nehmen einen noch eigenthümlicheren Charakter an, wenn sie sich in Zeiten ereignen, in denen man öffentliche und allgemeine zu betrauern hat. Man wird dann noch mächtiger zu demjenigen zurückgedrängt, was vom äussern Ereignisse unabhängig und der Vergänglichkeit und dem Wechsel nicht unterworfen ist. So ist es aber wirklich im gegenwärtigen Moment; ja es ist um so schlimmer, als es kein vom Himmel geschicktes Uebel, kein einzelnes Missgeschick ist, mit dem man zu kämpfen hat, sondern eine Art der Verblendung und des Irrwahns, die im Schwange gehen und denen man durch neue Missgriffe Mittel entgegensetzt, die, wenn mich, wie ich herzlich wünschen will, nicht Alles trügt, das Uebel nur vermehren müssen. Ich kann die Art, wie man die hochverrätherischen Umtriebe behandelt, nicht billigen. Rein inquisitorisch (was ich nicht einmal hier im schlimmen oder prägnanten Sinne nehme) zu verfahren, die Idee der Gefahr auf das äusserste zu steigern und was nun eigentlich das Gefährliche ist, in tiefes (zum grössten Theil auch uns im Staatsministerium nicht enthülltes) Geheimniss zu hüllen, sich, nachdem man sich fast über nichts hat einigen können, darüber am Bundestag zu verbinden; und dieser, so wie Sie sie kennen, beschaffenen Versammlung eine solche Gewalt beizulegen, die Souverainitätsrechte der Einzelnen, namentlich Preussens, in einigen Dingen für immer so zu beschränken, und in andern wenigstens ein Beispiel zu geben, wie sie beschränkt werden können — heisst, meines Erachtens, ganz über dasjenige hinausgehen, was hier nothwendig und was heilsam war. Alles bloss polizeiliche Treiben verfehlt allemal seinen Zweck, es macht das Uebel in seiner Wurzel immer schlimmer und kommt nie dahin, alle Ausbrüche zu hemmen, ja nur zu entdecken. Meines Erachtens musste man polizeilich bloss aufmerken, aber gerichtlich und gesetzlich strafen, disciplinarisch mit Strenge und erster Thätigkeit verfahren, Vertrauen der Regierungen auf ihre Autorität und auf die Stimmung und Gesinnung der grossen Masse zeigen, Verfassungen nicht, wie man immer sagt, liberal, aber ehrlich und vernünftig gründen und die möglichste Ordnung, Sparsamkeit und Gerechtigkeitsliebe in die Verwaltungen bringen. Auf diesem Wege handelte jede Regierung in dem Sinne, der ihrer Würde entspricht, sie hielt auch das kleinste

Symptom von Widersetzlichkeit nicht für geringfügig, denn sie crachtete selbst sehr strafbare Absichten als ihr drohende Gefahren.

Ich musste hiervon zuerst reden, ehe ich Ihnen von meiner Lage und meinem Thun hier, an dem Sie, theuerste Excellenz, einen so gütigen und warmen Antheil nehmen, etwas Bestimmtes sagen konnte. Denn was man bereits für den Bundestag gethan hat und was vielleicht ferner auf dem neuen Congress in Wien (zu dem übrigens, was Sie wundern wird, aber ein Geheimniss bleiben muss, Metternich schlechterdings hat mich haben wollen), geschehen wird, steht mit den wichtigsten mir anvertrauten Angelegenheiten in der engsten Verbindung.

Die guten Erwartungen, die ich Ihnen nach meiner Ankunft äusserte, kann ich Ihnen jetzt nicht auf die gleiche Weise bestätigen. Ich verliere indess den Muth nicht, ich arbeite mit Ernst und Anstrengung, ich denke auch mit Consequenz, und die Schwierigkeiten heben mich mehr, als sie mich niederschlagen.

Mit dem König, so sehr ich es wünsche, und so sehr Sie meine gewiss unveränderlichen Gesinnungen gegen ihn kennen, bin ich in gar keinem persönlichen Verhältniss. Ich habe ihn seit meiner Ankunft nicht gesehen. Es ist darin auch nichts zu ändern. Einzeln ist es unthunlich, nur zu versuchen, das Verhältniss zu ändern; was das ganze Ministerium betrifft, so sind Schritte geschehen, allein bis jetzt haben sie keinen Erfolg gehabt ¹⁾.

Mit dem Staatskanzler habe ich aus den Gründen, die wir oft mit einander durchgesprochen haben, das freundschaftliche Verhältniss nicht wieder angeknüpft. Da er mich bei unserer ersten Zusammenkunft dazu einlud, habe ich ihm meine Meynung unverholen gesagt. Wir sehen uns nur, wenn er mich mit den übrigen Ministern zum Tisch einladen lässt. Alsdann sind wir natürlich kalt miteinander, obgleich in allgemeiner Freundlichkeit, wie er denn überhaupt immer thut, als wäre nichts zwischen uns, und sich auch gegen Andere so äussert.

Ins Gesamtministerium kommt er jetzt gar nicht. Dagegen hat dieses in Ordnung, Thätigkeit und Consequenz im Geschäftsgange gewonnen ²⁾. Es werden regelmässige Protocolle gemacht und dem Könige jedesmal unmittelbar eingeschickt. In einem eignen Berichte hat das Ministerium, wie ich erst berührte, dem Könige die Unzulänglichkeit seiner Stellung und die Unmöglichkeit einer Verantwortlichkeit, wenn der Staatskanzler eine abgesonderte Behörde ausmachte, vorgestellt ³⁾; darauf ist noch keine Antwort erfolgt ⁴⁾. Wenn sie je erfolgt und das Wesentliche nicht darin umgangen wird, muss sie entscheidend seyn. Ueber die neuesten

¹⁾ S. Kähler a. a. O. S. 369 ff.

²⁾ Vgl. dazu Gebhardt a. a. O. II. S. 369 ff.

³⁾ Immediatbericht des Staatsministeriums an den König vom 26. August 1819. Excerptiert bei Gebhardt a. a. O. II. S. 371 ff.

⁴⁾ Sie erfolgte unter dem 21. Oktober 1819, s. Gebhardt a. a. O. II. S. 383 ff.

Ereignisse ist das Ministerium ein paarmal veranlasst worden, sich zu äussern. Es hat es immer in seiner Mehrheit auf eine demjenigen, was ich im Eingang dieses Briefes sagte, ähnliche Weise gethan¹⁾. Natürlich aber hat solch schriftliches Vorstellen, so unvermeidlich es war, die wahre Wirkung nie hervorbringen können. Es muss sogar missfallen haben.

Es heisst, dass Daniels in diesen Tagen ankomme und dann unmittelbar die Verfassungs Commission anheben soll²⁾. Was nun in dieser vorgehen, welche Wendung die Sache nehmen, wie gearbeitet werden wird, darüber bin ich noch auf keiner Weise mit mir selbst klar. Meine Ideen, wie es werden muss, um gut zu werden, kennen Sie, ich halte sie fest³⁾ und werde natürlich die Sache, wie sie anheben mag, nach ihnen zu stellen suchen. In der Commission darf ich Uebereinstimmung mit meinen Ansichten bei Ancillon und bei vielen auch mit Eichhorn und Daniels erwarten. Dass die Commission eine gegebene Basis erhalten sollte⁴⁾, scheint bis jetzt nicht. Für mich mit dem Communalwesen vorzugehen, muss ich doch erst die Feststellung der allgemeinsten Grundsätze abwarten. Auch wünschte ich, einige Hülfe mehr zu haben, und hoffe, sie in Rehdiger zu finden, der bald hier seyn muss.

Die eigentlich laufenden Sachen meines Departements beschäftigen mich um so mehr, als das Ministerium schwach besetzt ist. Hierin bereite ich eben jetzt Aenderungen vor, die mir, hoffe ich, Hülfe gewähren sollen, und die ich in wenigen Wochen zu Stande zu bringen hoffe.

So arbeite ich mit Resignation, mit Eifer, und ich kann sagen selbst mit Heiterkeit. Allein ich kann, wenn es nicht besser geht und ich keine Aenderung bewirke, es nur höchstens bis zum Frühjahr fortsetzen. Dann sinkt auch das Vertrauen, das man jetzt noch zu mir hegt, und ohne Vertrauen macht man im Verwalten nichts. Erhalten Sie mir Ihr Andenken, Ihre Freundschaft, Ihre Theilnahme.

¹⁾ So z. B. in dem Immediatbericht vom 16. Juli 1819 und in dem Bericht an Hardenberg vom 30. Juli 1819. S. Gebhardt a. a. O. II. S. 396 ff. — Humboldts Denkschrift gegen die Karlsbader Politik Hardenbergs, vorgelegt in der Sitzung des Staatsministeriums vom 5. Oktober 1819, s. Gebhardt, a. a. O. II. S. 400 ff.

²⁾ Die Sitzungen der Verfassungskommission begannen am 12. Oktober 1819. Schon die 2. Sitzung vom 28. Oktober sollte die letzte sein. Der Kampf zwischen Hardenberg und Humboldt um die Reorganisation der obersten Staatsverwaltung in Preussen machte den Verfassungsberatungen ein vorzeitiges Ende.

³⁾ Der von Humboldt wahrscheinlich in diesen Tagen ausgearbeitete Entwurf fehlt. Vgl. Gebhardt a. a. O. II. S. 393 f.

⁴⁾ Als Basis der Verhandlungen diente Hardenbergs Verfassungsentwurf, s. oben S. 570 Anm. 2.

Altenstein an Stein
St. A.

Berlin, 10. Oktober 1819

Regelung der kirchlichen Verhältnisse Cappenberg's. Die Differenzen mit den geistlichen Behörden in Münster, Hoffnung auf deren baldige Beilegung. Unsichere und hilflose Haltung Altensteins gegenüber den Zeitströmungen.

Ew. Excellenz verehrliches Schreiben vom 6ten v. M. die Kirchenangelegenheit zu Cappenberg betreffend hat mich veranlasst, an die Königliche Regierung zu Münster diejenige Verfügung zu erlassen, deren Abschrift ich gehorsamst beyfüge ¹⁾.

Ew. Excellenz werden daraus zu ersehen geruhen, dass von mir verfügt worden ist, was für den Augenblick möglich war. Die Spannung zwischen der geistlichen und weltlichen Provinzial Behörde ²⁾ ist ein grosses Uebel, welches nur durch die Entfernung des General Vikars gehoben werden kann. Bei der Verwirrung, worin sich die Angelegenheiten der katholischen Kirche noch, leider, befinden, habe ich einen Gewaltschritt, dessen Folgen unter diesen Umständen schwer zu berechnen sind, vermieden und von einem Tage zum andern der Ordnung jener Verhältnisse wenigstens in dem Bisthum Münster entgegen gesehen. Endlich hoffe ich, dieses Ziel demnächst zu erreichen, da in diesem Augenblick noch die letzten Schwierigkeiten beseitigt werden, welche der Einsetzung des Bischofs ³⁾ im Wege gestanden haben.

Ew. Excellenz bitte ich, sich versichert zu halten, dass ich die Angelegenheit des Pfarrers zu Cappenberg meiner besonderen Aufmerksamkeit werde empfohlen seyn lassen . . .

P. S. — E. E. bitte ich, gütigst zu entschuldigen, dass ich Ihnen in Vorstehendem nicht eigenhändig geschrieben habe. Bey dem unglaublichen Drang von Geschäften, in welchen ich lebe, komme ich nie zu eigenhändigen Briefen, und es lasten in dieser Beziehung eine Menge höchst schmerzlicher Sünden auf mir. Inzwischen kann ich doch unmöglich Vorstehendes abgehen lassen, ohne einige Zeilen selbst beyzufügen.

Ich wünschte sehr, E. E. über so Manches zu sprechen, über welches sich nicht schreiben lässt. Noch immer behalte ich Muth, wo viele ihn verlihren, ungeachtet die Zeit und ihre Gestaltung gerade auf meinem Departement schwer lastet. Noch muss ich Schlimmeres erwarten. Es wäre mir sehr wichtig, über Vieles E. E. ernste, kräftige und unbefangene Stimme zu hören. Die Zeit schwankt in Extremen. Es ist gefährlich, sich diesen hinzugeben und misslich, das Höhere, was sie beyde vereinigt, erfassen zu wollen. Man läuft Gefahr, das Mittelmässige zu

¹⁾ Fehlt bei Steins Akten. Dem Zusammenhang konnte hier nicht weiter nachgegangen werden.

²⁾ S. oben S. 392, Anm. 3.

³⁾ Ferdinand von Lünig (1755—1825), seit 1795 Fürstbischof von Corvey, 1817 vom König zum Bischof von Münster ernannt, aber erst 1820 vom Papst bestätigt.

ergreifen, und in diesem geht man unter. Ich kämpfe dagegen und biete alles auf, in meinem Innern nicht unterzugehen. Vieles muss man aber in solcher Zeit der höheren Einwirkung anheim geben, welche zum Heil der Welt weder Bahnen zulässt, die über das Weltgebäude hinausschweifen, noch auch Bahnen duldet, welche rückwärts in beschränkte Kreise sich ziehen.

Stein an Gagern

Langenwinkel, 19. Oktober 1819

Nach Gagern a. a. O. IV. S. 81 f.

Uebersendet seinen Nachruf auf Frau vom Stein. Die Zusammenkunft von Pillnitz. Wünscht Gagern als Nachfolger Hendrichs am Bundestag.

... Der kleine Aufsatz, der die Hauptmomente des Lebens einer sehr edlen nun verklärten Frau enthält ¹⁾, war bald nach Ihrem Hinscheiden geschrieben, für mich, meine Nachkommen und meine Freunde, vieles ist nur angedeutet, vieles ist übergangen, das Gesagte ist reine Wahrheit.

In Pillnitz war der vorige König, der Kronprinz und der General Bischoffswerder. Das auswärtige Departement hatte damals der General Graf Schulenburg ²⁾.

Der Aufsatz in den Rheinischen Blättern ³⁾ scheint mir von Hardenberg selbst zu seyn — seicht, sophistisch, übelgelaunt, erbärmlich.

Der Zufluss der Emigranten, worunter doch vieles Gesindel ist, mag wohl zu stark gewesen seyn. Morgen kehre ich nach Nassau zurück. Da Hendrich ⁴⁾ todt ist, so wird man ein älteres Projekt, das Ihnen bekannt ist, wohl zur Ausführung bringen. Ich wünsche es.

Stein an Prinzessin Wilhelm

Nassau, 23. Oktober 1819

Hess. Staatsarchiv Darmstadt. Fischbacher Archiv, Kasten 22, Fasc. 9

Dank für ihre Teilnahme am Tod der Frau vom Stein.

Seitdem ich das Glück hatte, durch die Ereignisse des Jahres 1807 u. s. w. mit Eurer Königlichen Hoheit in näherer Beziehung zu stehen, bewiesen mir Höchstdieselbe in allen Verhältnissen meines Lebens Ihre gnädigen wohlwollenden Gesinnungen, die Sie auch gegenwärtig durch Ihre so tröstende und beruhigende Theilnahme äussern, wo der Verlust einer treuen Gattin und liebevollen Mutter uns tief betrübt. Mich trennt nur ein kleiner Raum vom Grab, eine kurze Zeit von der Verewigten,

¹⁾ S. oben S. 56, Anm. 1.

²⁾ Den Anlass zu diesen Angaben Steins bilden offenbar einige Fragen Gagerns, über die dieser selbst aber in seiner Ausgabe der Briefe Steins keine Auskunft mehr zu geben vermag, vgl. Gagern a. a. O. IV. S. 81.

³⁾ Gemeint sind wohl die Ausführungen in Nr. 161 der Rheinischen Blätter (Jahrg. 1819) über die Verfassungsfrage in Preussen.

⁴⁾ Vgl. Gagern a. a. O. IV. S. 81.

wer kann aber den zurückgelassenen Kindern eine mütterliche Freundin ersetzen, die sie mit inniger Liebe umfasste, mit unermüdeter Sorgfalt für sie wachte und lebte?

Stein an Frau von Berg

Nassau, 29. Oktober 1819

Preuss. Staatsbibliothek Berlin

(Die Bürgschaft für den jungen Herder.) Vereitelte Hoffnungen auf ein Wiedersehen mit ihr.

... Unsere Hoffnung, Sie bey Ihrer Rückreise aus England ¹⁾ an den Ufern des Rheins oder der Lahn zu sehen, ist leider unerfüllt und eine günstigere Aussicht nur ungewiss und entfernt.

Stein an Gagern

Nassau, 7. November 1819

Nach Gagern a. a. O. IV S. 83 f.

Der Kampf um die Ausführung des Artikels 13 der Bundesakte. Steins Reisepläne. Reaktion in Hannover.

Die Epistel an Plessen wird ihm hoffentlich vor seiner Abreise nach Wien zukommen und überhaupt der Art. 13 unangetastet bleiben — denn ein Glaucoma wird den Unwillen nur noch steigern, und wenn geradezu apodictisch das Rechte verweigert wird, so giebt man den Schwindlern, Erbitterten und Bösen die Waffen in die Hand.

E. E. wünschen zu wissen, wann ich nach Frankfurt reise, es geschieht den 9ten m. c. und hoffe ich, dort Abends um 7 Uhr einzutreffen, und da Sie den 20sten hinkommen, so behalte ich mir die Beantwortung der Fragen, so Sie in Ihrem Brief machen, bis dahin vor.

Nachschrift. Was sagen Sie zur Republication der Censur Edicte Anno 1731 im Hannöverischen, wonach man sogar Hochzeits Carmina und Leichenpredigten bey dem königlichen Consistorio einreichen soll!!

Stein an Hövel

Frankfurt, 16. November 1819

St. A. Abschrift

Missbilligung der Karlsbader Beschlüsse bei aller Ablehnung der demokratischen Elemente der politischen Gährung. Die wahre Ursache der herrschenden Unruhe: die Hilflosigkeit und Unehrlichkeit der Regierungen in der Verfassungsfrage. Vertrauen in den trotz aller Umtriebe und Enttäuschungen gesunden politischen Charakter des Volkes. Schädliche Rückwirkungen der Karlsbader Beschlüsse auf die Stellung des Adels im Volksganzen. Politischer Pessimismus Steins. Hoffnung auf ein gedeihliches Arbeiten des Verfassungsausschusses in Berlin.

Entschuldigen E. H. mein langes Stillschweigen auf Ihren freundschaftlichen Brief d. d. 19ten October mit der Trägheit und Langsamkeit des Alters und der Veränderung meines Aufenthaltes, da ich den 9ten m. c. herreiste und dadurch mancherley Störungen verursacht wurden. Ich gestehe Ihnen offenherzig, dass mir die Karlsbader Maasregeln miss-

¹⁾ S. oben S. 557, Anm. 1.

²⁾ Gedr. bei Gagern a. a. O. IV. S. 358 ff.

fallen — dem fratzenhaften und zum Theil auch verbrecherischen, im allgemeinen aber verwirrenden Treiben mehrerer dünkeltoller Gelehrten und vieler missleiteter junger Leute musste ein Ende gemacht werden, hiezu reichte polyzeyliche Aufsicht, richterliche Untersuchung und Erkenntniss zu, u. bedarf es keiner so auffallenden, in sich selbst so fehlerhaft verfassten Einrichtung wie der in Mainz angeordneten Behörde.

Am verwerflichsten halte ich aber die Absicht, den Art. 13. hinweg zu sophistiziren unter dem Vorwand, eine auf ganz Deutschland passende constitutionelle Formel zu ersinnen.

Eben dieses lange Vorenthalten eines Rechtszustandes, der an die Stelle der Willkühr, so Napoleon einführte, trat, und der centralisirenden Bureaukratie hat die Erbitterung hervorgebracht, die nun eine verbrecherische Richtung bey einzelnen genommen, welche aber die Masse des Volks verabscheut, und nichts desto weniger soll diese ihrer rechtlichen Ansprüche auf eine gesetzliche Ordnung beraubt werden. Man treibt ein böses Spiel, und ich besorge, es wird alle die Wirkungen hervorbringen, welche allgemeiner Unwille erzeugt.

Unter andern schlimmen Folgen, welche die Carlsbader Maasregeln hervorbringen, ist der vermehrte Hass unter den verschiedenen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft. — Jene Maasregeln sollen das Resultat einer Adels Verschwörung gegen die Volksfreyheit seyn, lehren die Demagogen; so unsinnig diese Behauptung ist, so macht sie Eindruck und erbittert. Unsinnig ist sie, denn ich mögte wissen, was der Adel, der auch gar keine Privilegien mehr besitzt, bey dem gegenwärtigen Zustand der Willkühr und bey der Regierung durch ein kostbares drückendes Beamtenheer gewinnt? ob er nicht vielmehr über gänzlichen Mangel von Einfluss und über Zurücksetzung gegen seine Mitbürger zu klagen hat, er also mehr wie irgend ein anderer Stand eine gesetzliche Verfassung zu wünschen Ursache hat.

Wir müssen bey diesem wilden verworrenen Treiben unser Vertrauen auf die Vorsehung setzen, sie hat das fremde Joch zertrümmert, sie wird unser Inneres ordnen und bilden.

Ueberhaupt gestehe ich Ihnen, das Resultat meiner Lebens Erfahrung ist die Nichtigkeit des menschlichen Wissens und Treibens, besonders des politischen, da die Leitung des letzteren gewöhnlich in Händen zu seyn pflegt, die keinen Anspruch auf das öffentliche Vertrauen haben, auf diese Art die Verhältnisse so verwickelt, so mannigfaltig sind, dass sie der geistvollste Mensch kaum ahnden, geschweige fassen kann.

Die Commission zur Bearbeitung des Verfassungs Entwurfs in Berlin ist gut zusammengesetzt, man darf von ihr etwas verständiges, tüchtiges erwarten ¹⁾, wenn nur bey den Verhandlungen, so darüber angestellt

¹⁾ Die Verfassungskommission des Staatsrats bestand aus Hardenberg, Humboldt, Schuckmann, Ancillon Daniels und Eichhorn. Vgl. oben S. 599.

werden, nicht menschliche Leidenschaften ihren verderblichen Saamen wieder aussäen.

Es wird gewiss nützlich seyn, wenn ein paar verständige Männer wie E. H. und Herr v. Romberg nach Berlin gehen, ihre Gegenwart kann nicht anders als einen wohlthätigen, belehrenden, Vertrauen erzeugenden Einfluss haben — und wünsche ich daher, dass Sie beyde diese Reise unternähmen . . .

Stein an Gagern

Frankfurt, 23. November 1819

Nach Gagern a. a. O. IV. S. 85

Günstige Beurteilung von Gagerns neuester Schrift und der darin ausgesprochenen politischen Grundsätze. Erhofft davon eine Belehrung des Publikums über die Unzulänglichkeit „demokratischer und metaphysischer Formeln“ im praktischen politischen Leben. Ablehnung von Gagerns rationalistischen Religionsbetrachtungen.

Ihre *Politica* ¹⁾ habe ich mit grossem Interesse zweymal gelesen, sie enthält einen grossen Reichthum politischer Wahrheiten, Resultate der Erfahrung eines thätigen mannichfaltig bewegten Lebens, des ernstesten Studiums der Geschichte und des Umgangs mit Staatsmännern — sie beweist eine genaue Kenntniss der guten Schriftsteller.

Ich glaube, das Buch wird auf den unbefangenen Theil des Publikums wohlthätig und belehrend wirken, ihn mit den richtigen Grundsätzen der Staatsverfassungen bekannt machen, ihm zeigen, dass man mit einigen demokratischen und metaphysischen Formeln nicht ausreicht bey Anordnung einer so zusammengesetzten, aus so wunderbaren Elementen bestehenden Maschine als einem Staatskörper.

Mir gefällt nicht die Ansicht der Taufe als einer Reinlichkeits Anstalt und eben so wenig die überflüssigen und in den Text eingeschalteten Uebersetzungen.

Hoffentlich wird dieses Buch auch jetzt in Berlin, wo der Staatsrath versammelt ist, und in Wien, wo unsere Amphictionen zusammen kommen, gelesen.

Stein an Ouwaroff ²⁾

Frankfurt, 30. November 1819

St. A. Ra 3. Konzept

Steins Stellung zu den Karlsbader Beschlüssen. Fordert Untersuchung und Bestrafung der wirklich demokratischen Drahtzieher, verurteilt aber aufs Schärfste die Uebertriebung einer berechtigten Abwehr der demokratischen Bewegungen durch eine hemmungslose Reaktion, insbesondere die Massnahmen gegen die Universitäten. Verurteilt ausserdem die Ausnutzung der demokratischen Umtriebe zu einer sophistischen Auslegung der Artikels 13 der Bundesakte. Verlangt Vertrauen zum gesunden Sinn des deutschen Volkes, Sammlung der wirklich nationalen aufbauenden Kräfte um die Regierung durch zweckmässig gebildete Verfassungseinrichtungen.

Les malheurs domestiques deviennent plus accablants, quand les affaires générales de la patrie n'offrent que des motifs d'inquiétude et d'affliction.

¹⁾ Resultate der Sittengeschichte Theil 4, Politik, oder der Staaten Verfassungen.

²⁾ S. Bd. IV, S. 626. Anm. 2.

L'irritation des esprits, produite par les événements pendant une époque de 27 ans, se manifestait sans doute d'une manière qui interpelait l'attention des gouvernements, il existait parmi plusieurs de nos savants une tendance révolutionnaire et démocratique, ils abusaient l'autorité et les moyens d'influence que leur donnaient leurs places pour répandre des principes pervers parmi la jeunesse, et formaient des intrigues sourdes pour établir des associations nuisibles et illégales. Ceux qui se rendent coupables de ces tentatifs désorganisateur devaient donc être surveillés par les agents du gouvernement, punis légalement par les autorités judiciaires, mais pourquoi commencer par proclamer et exagérer le danger, pourquoi ne point indiquer les délits, les coupables, les mettre en jugement, pourquoi recourir à des moyens extraordinaires, tels que le tribunal inquisitorial de Maience, qui, cependant, d'après les derniers éclaircissements, semi-officiels du Oesterreichische Beobachter ne doit point enquérir, ne doit point juger — c'est donc convenir de son irrégularité et de son inutilité.

On soumet nos universités au régime despotique d'un commissaire local muni d'une autorité si illimitée qu'il doit lui-même s'avouer son incapacité à l'exécuter, on soumet à son inspection et les étudiants et les professeurs, on prive les uns et les autres d'une indépendance nécessaire pour le développement du caractère des premiers et la recherche de la vérité, on abolit la juridiction paternelle du sénat académique pour y substituer la forme raide et sèche des procédures d'un homme du barreau, et tous ces changements dans les institutions littéraires s'opèrent, des classes nombreuses des gens de lettres, de jeunes gens, sont soumis au régime réglementaire, parce qu'il y a des individus les uns coupables, les autres imprudents ou exagérés — qu'on punisse les uns, qu'on ramène les autres et qu'on écarte les incurables et les rende non nuisibles.

En même temps on tâche par des sophismes de changer l'art. 13 en mystification, article qui donne à l'Allemagne l'assurance de remplacer l'ancienne constitution ou de l'empire ou provincial, par un système représentatif modifié d'après la situation présente de la société, on annonça à Carlsbad l'intention de convenir sur une détermination du sens de l'art. 13 qui soit applicable à tous les différents états de l'Allemagne, or qui pourra croire que l'Autriche voudra et pourra se donner des états ayant les attributions essentielles au système représentatif, le consentement aux impôts et aux lois.

La presque totalité de la nation veut la tranquillité, l'ordre, la conservation des anciennes dynasties, mais en même temps par des institutions représentatifs une garantie contre l'abus du pouvoir. Il faudrait montrer de la confiance dans le bon esprit de la nation, affirmer les gouvernements en ralliant autour d'eux tous les intérêts nationaux, surveiller les agitateurs, écarter les mauvaises têtes, punir les coupables — mais

que produiront des moyens répressifs, vexatoires, et la continuation d'un système bureaucratique réglementaire qui reçoit son impulsion par un homme frivole, ignorant, inventeur et ne doutant point de ses talents¹⁾, et d'un vieillard léger, libertin, arrogant, faux et craignant de perdre sa place²⁾.

Stein an Dahlmann

[Frankfurt, Dezember 1819]

Nach Pertz, Stein V. S. 471

Sucht, ihn zu bewegen, seine als Protest gegen die Karlsbader Beschlüsse ausgesprochene Weigerung, an der Herausgabe der Quellenschriftsteller mitzuarbeiten, wieder rückgängig zu machen, da dieses Werk mit dem Bundestag nichts zu tun habe, trotz der Teilnahme einzelner Bundestagsgesandter.

Herr Legationsrath Büchler theilt mir E. W. an ihn gerichtetes Schreiben d. d. Kiel den 6ten November 1819 mit, das Ihre Erklärung des Rücktritts von der übernommenen Bearbeitung des Adamus Bremensis u. s. w. und Ihre diesen veranlassende Bewegungsgründe enthält.

Den Werth der Beschlüsse des Bundestages und der Carlsbader Conferenz lasse ich hier unerörtert; wären sie aber durchaus verderblich, so kann unser litterarisches Unternehmen, ohne von ihnen gestört und gehindert zu werden, seinen Fortgang haben, da es mit der Gegenwart in keiner unmittelbaren Berührung steht, da die Theilnahme einzelner Bundesgesandten an der Direction theils etwas Zufälliges, theils die Sache fördernd ist, die Gesinnung dieser gewiss sehr achtungswerth bleibt, indem ich doch sonst gleich anfänglich, so gut wir E. W. jetzt, Anstand würde genommen haben, mich mit ihnen in Verbindung zu setzen und darin zu bleiben.

Wollten wir auch nur das Schlimmste und Verderblichste annehmen, sollen wir darum verzweifeln, die Hand vom Pflug abziehen, uns dem Missmuth und denen Gefühlen eines unmännlichen Grams überlassen, alles Vertrauen auf die Vorsehung verlihren? Diese Handlungsweise ist eines kräftigen, tüchtigen, frommen Mannes unwürdig. Nehmen Sie also einen Entschluss zurück, den der Unwille über ein unserem Unternehmen ganz fremdes Ereigniss erzeugt hat, und beharren Sie in dem edlen guten Vorsatz, das Gute, was durch Verbreitung der geschichtlichen Denkmähler des Vaterlandes bewürkt werden kann, zu gründen und zu befördern.

Dahlmann an Stein

Kiel, 18. Dezember 1819

Nach Pertz, Stein V, S. 472 f.

Glaubt, um der Ehre der deutschen Wissenschaft und des deutschen Professorentums willen bei seinem Beschluss beharren zu müssen, jede Teilnahme an einem öffentlichen wissenschaftlichen Unternehmen unter der Herrschaft der Karlsbader Beschlüsse abzulehnen.

Hätte mich in jenem Briefe an den Herrn Legationsrath B[üchler] der Unmuth übernommen, so dürfte ich vielleicht deshalb auf einige Nach-

¹⁾ Metternich.

²⁾ Hardenberg.

sicht hoffen. Nach fünfzig Jahren von Pressfreiheit ist uns hier die Censur ungefähr was den Strassburgern die Messe, als ihnen das berücksichtigte Interim sie nach langen Jahren wieder aufdrang. Wir wissen uns in die längst vergessenen seltsamen Gebräuche und in unsere Verketzerung gar nicht zu finden.

Gleichwohl würde ich es mir nie verzeihen, aus blossem Unmuthe einer dankbar und mit wahrer Neigung übernommenen Verpflichtung entsagt zu haben, noch weniger möchte ich dabei beharren gegen das Urtheil E. E., welches gewiss von niemandem wärmer verehrt wird als von mir.

Allein, dass ich es nur unumwunden bekenne, die Sache liegt vor meinen Augen viel anders. Wir academischen Lehrer müssen denjenigen Staatsmännern, die jetzt an der Universitäten Untergange arbeiten, ihre Würden und Ehren schon lassen, ihre Macht uns zu schaden, uns vor der Welt als Verbrecher herabzuwürdigen und das vertrauende Verhältniss, das den Studirenden an den Lehrer binden soll, zu zerstören. Alles das bleibt ihnen billig; allein dass wir sie dafür hochhielten, oder auch nur den Schein davon annähmen und freiwillig in irgend eine Gemeinschaft mit denen träten, die falsches Zeugniss über uns abgegeben haben, dazu können sie uns nicht zwingen und dürfen es nicht. Oder wir hätten alle jene Beschuldigungen anerkannt und zugleich der Scham entsagt. Was mich persönlich angeht, so halte ich es für eine Ehrensache, zu denjenigen academischen Lehrern nicht gezählt zu werden, welche sich als durch besondere Vergünstigung von der allgemeinen Verdammung ausgenommen vielleicht bezeichnen möchten. Unsere Verhältnisse dürfen, so viel ich sehe, nicht diplomatisch zerstückelt, sie müssen bürgerlich ehrlich und offen seyn, und wüssten wir es nicht sonst, so haben es die letzten Ereignisse gelehrt, dass uns unser guter Name noch mehr werth seyn müsse als ein wissenschaftliches Unternehmen. Vielleicht wird ja Raum für ein öffentliches Gegenwort; sonst lehrt es wohl die Zeit, dass die Deutschen Universitäten zwar nicht ausgenommen von der allgemeinen Schwankung, aber in ihren Bestrebungen auf einer rechtlichen und lautern Bahn geblieben sind, dass auch, was da zu bessern war, auf ehrlichem Wege hätte erreicht werden können.

Höchst schmerzlich ist es mir dabei, dass diese Verhältnisse gerade in Hinsicht dieser vortrefflichen Unternehmung so störend für mich eintreten. Wie sehr wünschte ich, dass E. E. gleichwohl nicht meine Gesinnungen, am wenigsten aber das Gefühl der hohen Verehrung, verkennen möchte, womit ich lebenslänglich verharre . . .

Stein an Hövel

Frankfurt, 20. Dezember 1819

St. A. Abschrift.

Der Tod Rombergs. Hoffnung auf günstige Entwicklung der Verfassungsberatungen in Berlin. Die geplante Deputation des westfälischen Adels nach Berlin. Verurteilung der Karlsbader Beschlüsse, insbesondere der Knebelung der Universitäten.

Mit Erstaunen und Betrübniß erfahre ich . . . den Tod Rombergs, noch kann ich nicht an die Wahrheit dieses Ereignisses glauben . . .

Es war in Anregung gekommen, Romberg und Spee zu einer Reise nach Berlin zu veranlassen, um einiges bey den gegenwärtigen Verhandlungen bewürken zu können. — Letzterer war bereit, findet aber und mit Recht in dem Tod seines Gefährten ein grosses Hinderniss — was wäre aber zu thun, hierüber erbitte ich mir Ihre Meynung.

Die Partey der Exagerirten ist zwar durch die Carlsbader Beschlüsse zum Stillschweigen gebracht, sie ist sehr vielen vernünftigen Männern, die ihre Uebertreibungen als die Veranlassungen zu den Carlsbader Maasregeln ansehen, verhasst geworden, die Gesinnungen und Ansichten verschiedener an dem Verfassungswerke theilnehmender Männer sind uns bekannt und beruhigend. Die Gegenwart ein paar verständiger, gemässigter, Vertrauen einflössender Männer aus der Provinz wäre aber doch höchst wohlthätig, und aller Augen richten sich auf E. H., wengleich die Grösse des Opfers, welches Sie durch Ihre Entfernung von Haus bringen würden, bekannt ist.

Der grosse Lärm über Verschwörung und Verschwörer, die Errichtung einer Inquisition in Maynz hat bisher noch wenig bewürkt, man spricht von den Catilinas Jahn, Follen¹⁾ und Mühlenfels²⁾, der erste ein fratzenhafter Büchermacher, dem man die Leitung der Turn Anstalt nicht hätte überlassen sollen wegen seiner Excentricität, die er offen genug zur Schau trug, die beyden andern höchst obscure Menschen — reichte denn das Ansehen der Gerichte und Polyzeybehörden nicht hin, um diese Menschen und ihre Anhänger unschädlich zu machen und verbrecherische Beginnen zu bestrafen? Warum beraubt man unsere Universitäten ihrer

¹⁾ Die Brüder Carl und Adolf Ludwig Follen, der Erstere (1795—1839) der Führer der giessener Unbedingten, wirkte dort als Privatdozent in der Juristischen Fakultät und zog mit radikaler Konsequenz die Folgerungen aus den demokratischen Ideen der französischen Revolution. Er hat, wie sein Bruder Adolf, einige Lieder für die radikal-demokratische Freiheitsbewegung gedichtet, so vor allem das „Grosse Lied“ mit dem Kehrreim: „Volk ins Gewehr“. Nach der Ermordung Kotzebues in Untersuchung genommen (vgl. Treitschke V, S. 746 ff.), wurde er nach kurzer Haft wieder freigelassen und floh Anfang 1820 nach Frankreich. Von hier aus ging er in die Schweiz, später als die deutschen Grossmächte seine Auslieferung wegen neuer politischer Umtriebe forderten, nach Amerika, wo er ein tragisches Ende auf einem im Eriesee brennenden Schiff gefunden hat. — Sein Bruder Adolf (1794—1855), der Schöpfer eines ganz an französischen Vorbildern orientierten Reichsverfassungsentwurfs, wurde von 1819—21 in Untersuchungshaft gehalten, dann aber freigelassen, und ging in die Schweiz. — Neben diesen beiden hat der dritte der Brüder, Paul Follen, eine mehr untergeordnete Rolle gespielt.

²⁾ S. oben S. 584.

seit Jahrhunderten besessenen Privilegien, unter deren Schutz sich ein achtungswerther Geist entwickelte? wird denn Herr Rehfues ¹⁾, der Regierungs Commissar in Bonn, wirksamer und zweckmässiger eingreifen als Herr Graf von Solms, der Ober Präsident und Curator.

Stein an Gagern

Frankfurt, 23. Dezember 1819

Gedr. bei Gagern a. a. O. IV, S 86

*Die Wiener Konferenzen. Der Verein für ältere deutsche Geschichtskunde. Ab-
sage Dahlmans und Falks. „Es ist ein reizbares, unvernünftiges Volk, das
gelehrt Volk.“*

Alexander I. an Stein

Petersburg, 23. Dezember 1819

Zentralarchiv Moskau. Konzept

Beileid zum Tod der Frau vom Stein.

Stein an Hövel

Frankfurt, 26. Dezember 1819

St. A. Abschrift

*Der Tod Rombergs. Die Verfassungsverhandlungen in Berlin und die wiener Kon-
ferenzen. Wünscht, eine Selbsterneuerung des Adels durch Aufnahme neuer Mit-
glieder in die Korporation.*

Der Tod Rombergs. Es gehört mit zu denen empfindlichsten Uebeln des Alters, seine Freunde um sich hinscheiden zu sehen und mitten in einem neuen Geschlechte allein zu stehen, mit dessen Geschichte, Gesinnungen, Ansichten man ganz fremd ist. . . .

Ueber den Gang der ständischen Angelegenheiten in Berlin vermag ich nichts Bestimmtes zu sagen, vieles wird von den Verhandlungen in Wien abhängen, deren Inhalt wir gegen Ende des nächsten Monats erfahren werden. — Die Erscheinung der Hannövrischen Verfassung ²⁾, so stümperhaft in Redaction und Idee sie auch seyn mag, ist ein Schritt weiter, den das repräsentative System macht — und wodurch die Zurückbleibenden fortzuschreiten gedrängt werden.

Da nach denen Aeusserungen des Grafen Spee die Verhandlungen über Verfassung in Berlin sich sehr verzögern, so ist die Absendung von Deputationen nicht so dringend, und halte ich es überhaupt für besser, niemand abzuschicken als Untaugliche, die Sache und die Körperschaft schlecht vertretende. . . .

¹⁾ Phil. Jos. v. Rehfues (1779—1843). Er hatte von 1801—1813 als Hauslehrer und freier Schriftsteller in Italien gelebt, 1813, von der vaterländischen Bewegung ergriffen, viel beachtete „Reden an das deutsche Volk“ herausgegeben und dadurch Steins Aufmerksamkeit erregt. Dieser stellte ihn in der Zentralverwaltung als Kreisdirektor in Bonn an, von hier aus trat Rehfues dann in einer besonderen kleinen Schrift für die Errichtung der damals geplanten Rheinischen Universität in Bonn ein. 1819 wurde er deren Kurator, ein Amt, das er bis 1842 bekleidete.

²⁾ Gemeint ist wohl die durch das Patent vom 7. Dezember 1819 vorgenommene Verfassungsänderung. S. Treitschke a. a. O. III. S. 553.

Es wäre sehr zu wünschen, dass der Märkische Adel sich in sich selbst erfrischte und erneuerte. — Könnte man es nicht einleiten, dass der junge Bodelschwingh von Bodelschwingh, der junge Bodelschwingh von Velmede und der Landes Direktor von Holzbrinck aufgenommen und zu den ständischen Verhandlungen zugezogen würden; den beyden ersteren könnten die Aeltern, nur unter selbstgefälligen Bedingungen, ein Gut übertragen, der letztere müsste extraordinario modo aufgenommen werden, so wie es einstens mit Herrn v. Dankelmann geschah. — Ueberlegen E. H. dieses — um einer Corporation Achtung zu verschaffen, muss sie aus tüchtigen Mitgliedern bestehen.

... Da die Frau v. Hövel gestorben, so wäre es doch gut, dass der Vormund dafür Sorge, dass die Kinder ihrem Vaterlande nicht durch die Erziehung im Auslande ganz entfremdet würden ...

Pertz an Stein

Hannover, 27. Dezember 1819

Archiv der Monumenta Germaniae Historica

Erklärt seine freudige Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Herausgabe der Monumenta.

Bei E. E. so lebhaftem und unablässigem Bestreben, Ihr grosses Werk Ihrer und der Deutschen Nation würdig zur möglichsten Vollendung hindurchzuführen, werden Sie leicht erachten, mit wie freudiger Dankbarkeit mich Ihr ehrenvolles Vertrauen erfüllt hat. Ohne einen Augenblick Bedenken gebe ich mich mit voller Liebe einer Bestimmung, welche in jeder Hinsicht dazu geeignet ist, meinen Arbeiten für Deutsche Geschichte überhaupt und für die des carolingischen Zeitalters insbesondere eine festere Begründung und weiterer Ausdehnung zu geben. Diese Rücksicht allein bestimmt über meine Entschlüsse, und E. E. dürfen meine Thätigkeit für jeden Zweck in Anspruch nehmen, der sich hiermit vereinigen lässt ...

Stein an Gagern

Frankfurt, 4. Januar 1820

St. A. Konzept

Die wiener Konferenzen. Rücktritt Boyens und Grolmanns. Die Zentraluntersuchungskommission in Mainz.

Der Bote E. E. meldet sich um einen Brief — der Meinige wird aber keine grosse Ausbeute enthalten.

In Wien soll man sich wegen der Punkte zum Festungsbau nicht vereinigen können — auch nicht wegen des 13. Artikels ¹⁾.

In Berlin ist eine Ministerial Veränderung vorgegangen. General Boyen hat das Kriegsministerium niedergelegt, General Grolmann hat seinen Abschied gefodert und erhalten ²⁾. Wegen Ersetzung des Ersteren

¹⁾ Vgl. dazu Treitschke a. a. O. III. S. 17 ff. und H. v. Srbik, a. a. O. I. S. 596 f.

²⁾ S. Meinecke, Boyen II. S. 371 ff.

sind zwey Versionen, die eine nennt Hake¹⁾ einen guten, fleissigen aber beschränkten, kleinlichen Mann, die andere General Witzleben²⁾, bisherigen General Adjutanten — ein in aller Hinsicht tüchtiger Mann.

In Maynz sind die Commissarien in Verzweiflung über ihre Geschäftslosigkeit. Darmstadt will seine Demagogen selbst, ohne fremde Dazwischenkunft richten und bestrafen — diese ganze Inquisitions Behörde ist höchst lächerlich und erfolglos, eine wahre Anstalt, um mit Windmühlen zu fechten.

Unser litterarisches Unternehmen bewegt sich vorwärts, das 2te und 3te Heft³⁾ wird ganz interessant.

Karoline von Humboldt an Stein

Berlin, 8. Januar 1820

St. A.

Persönliches Ergehen. Steins Einladung zu einem Sommeraufenthalt in Nassau. Pläne Steins für ein Grabmal für Frau vom Stein.

Meine geschwollenen Hände haben mich lange verhindert zu schreiben, theurer verehrter Freund. Indessen habe ich doch durch H. von Clausewitz und den guten treuen Kunth einige Kunde von Ihnen gehabt und mich innig erfreut zu hören, dass Sie ruhiger um den Gesundheitszustand Ihrer geliebten ältesten Tochter seyn können, und dass es Ihnen im Ganzen so gut geht, wie es uns Menschen nach schweren Verlusten gehen kann. Das seegne der Himmel auch in diesem neuen Jahr! . . .

Meine Gesundheit war wohl schlecht, viel Schmerz im ganzen Körper totale Erloschenheit der Stimme, unausgesetzter wirklich furchtbarer Husten und ein kleines Fieber. So ungefähr mit angegriffeneren und leidlicheren Tagen, doch nie bettlägerig, ging es bis zum 22. Dezember, von wo an sich offenbar mein Zustand gehoben hat . . . Ich suche nur so das Frühjahr zu erreichen, und hoffe, dass der Sommer mir günstiger seyn wird. Noch hat mein Arzt nicht bestimmen wollen, ob und in welches Bad man mich senden wird. Sie, theurer Freund, bieten mir freundlich Nassau an, und wie ein lichter Punkt liegt es mir in der Ferne, Sie wiederzusehen und eine ungestörtere Zeit Ihre Nähe zu geniessen. Aber haben Sie nicht Reiseprojekte? und wann? Kunth sagte mir etwas davon. Haben Sie die Gnade, mir ein Wort darüber zu schreiben und mir recht unverhohlen zu sagen, bis zu welcher Zeit wir Sie in Nassau fänden und ob wir Sie in keiner Art genirten? Nach den Veränderungen, die in meines Mannes Lage vorgegangen sind⁴⁾, würde er mich wahr-

¹⁾ Hake wurde Boyens Nachfolger, vgl. oben S. 583.

²⁾ Karl Ernst Job von Witzleben (1783—1837), seit Juni 1818 Generaladjutant des Königs und sein vertrautester Ratgeber. Vgl. über ihn Treitschke a. a. O. II. (9. Aufl. S. 184 f. und Kaehler a. a. O. S. 397 f. und 410 f.

³⁾ Der Zeitschrift des Vereins für ältere deutsche Geschichtskunde.

⁴⁾ Humboldt war am 31. Dezember 1819 aus dem Ministerium entlassen worden, s. Gebhardt a. a. O. II, S. 414 und Kaehler.

scheinlich begleiten. Unser häusliches Leben hat durch diese Veränderung gewonnen. Aber weh thut es mir doch, eine so rege und so wohlwollende Thätigkeit dem Vaterland entzogen zu sehen.

Kunth hat mir von Ihren Projekten zu zwey Denkmälern ¹⁾ gesprochen, und für das eine habe ich ihm eine Zeichnung von Hirt zugestellt, die dieser, eingehend in die Idee, entworfen hat und die mir nicht unzweckmässig scheint. Wir hoffen nun noch auf Rauchs Ansicht darüber, und dann wird Ihnen alles gesendet werden. Wir glauben, dass Sie wohl gethan haben, von dem Gedanken eines Monuments in Gusseisen abzugehen. Diese Monumente sehen wirklich besser auf dem Papier aus als aufgestellt und werden in freier Luft bald unscheinbar.

Haben Sie Nachricht von Koch aus Rom? Ich weiss nur durch andere Künstler, dass er den Sommer 19 sehr krank, war aber schon weit vorgerückt mit Ihrem Bild.

Stein an Hövel

Frankfurt, 20. Januar 1820

St. A. Abschrift

Die Entlassung Humboldts und ihre verhängnisvolle Rückwirkung auf die Entwicklung der landesständischen Angelegenheiten. Die wiener Konferenzen und der Artikel 13 der Bundesverfassung. Die Karlsbader Beschlüsse und die Stellung des Adels im Volksganzen.

Der Tod Rombergs.

Die Entfernung des Herrn von Humboldt würkt höchst nachtheilig auf die öffentliche Meynung und verderblich auf den Fortgang des ihm anvertrauten Wirkungs Crayses, der einem geistvollen, arbeitsamen, geschäftserfahrenen Mann entrissen und allein und ausschliessend in den Händen eines stumpfen oberflächlichen, und herrschsüchtigen Titans ruht.

Die Verhandlungen in Wien werden sich bis Ende Februar und die Wiedereröffnung des Bundestages bis Anfang April verlängern, von ihrem Gehalt erfährt man nichts, man behauptet, und nicht ohne einige Wahrscheinlichkeit, in Ansehung des 13ten Artikels sey man über-
einge-
kommen,

1. die landständischen Verfassungen sollten von den Fürsten ertheilt, nicht vertragsweise abgeschlossen werden.
2. Die Landstände sollen nicht befugt seyn, Bundestags Beschlüsse abzuändern.
3. Die bestehenden Verfassungen bleiben unverändert.

Gegen beydes lässt sich nun nichts erinnern — nur kömmt alles auf die Anwendung des ersten Satzes an, und die, so unter dem Schutz der

¹⁾ Doch wohl für Frau vom Stein, und zwar eines für den Park in Nassau und eines für die Stein'sche Grift.

bereits gegebenen Verfassung leben, mögen sich freuen, dass für sie ein Gegebenes besteht, das sie gegen Willkühr schützt.

Betr. Einzelheiten aus der Gutswirtschaft und der Provinz.

Die Beschlüsse von Carlsbad und Frankfurt werden von vielen dargestellt, als seyen sie durch aristocratischen Einfluss bewürkt, aber mit Unrecht, denn der gegenwärtige Zustand der Dinge nimmt dem Adel gleich allen Ständen allen Einfluss und alle Vorrechte und sichert nur die Herrschaft der Beamten Kaste, die alle Gewalt an sich gerissen.

Stein an Frau Görres

Frankfurt, 27. Januar 1820

Nach Pertz. Stein V. S. 461

Dank für die Uebersendung von Görres soeben erschienenen „Heldenbuch von Iran“. Würdigung der nationalen Verdienste ihres Gatten. Hofft auf die Möglichkeit seiner baldigen Rückkehr nach Deutschland.

Das Geschenk, welches E. W. mir nahmens Ihres Gatten, des Herrn Professor Görres mit dem Heldenbuch von Iran machten, ist mir sehr angenehm, sowohl wegen seines inneren Werths, als weil es von einem Manne herrührt, den ich wegen seines seltenen Geistes, seiner redlichen, dem Vaterlande treu ergebenen Gesinnungen und seiner richtigen politischen Ansichten nie aufhören werde zu schätzen, wenn ich gleich nicht allen seinen einzelnen Meynungen beypflichte und bisweilen bey ihm Schonung der Convenienzen vermisste.

Möge mein lebhafter Wunsch, diesen ausgezeichneten Mann dem Vaterlande und seiner liebenswürdigen Familie zurückgegeben zu sehen, bald erfüllt werden.

Karoline v. Humboldt an Stein

Berlin, 12. Februar 1820

St. A.

Ihr Gesundheitszustand. Plan eines Sommeraufenthalts in Nassau. Kochs Gemälde. Das Grabmal für Frau vom Stein.

Ich sage Ihnen tausend Dank, mein theurer verehrungswürdiger Freund, für Ihren gütigen Brief vom 15. Januar ¹⁾. Ihr gütiges Anerbieten, in Nassau zu wohnen, wenn die Aerzte das Bad von Ems für mich nothwendig halten, nehme ich mit dem gerührtesten Dank an, wenn dieses der Fall seyn sollte. Soll ich nach Ems, so begleitet mich mein Mann, und wir richten es so ein, Sie und die theuren Ihrigen noch einige Tage vor Ihrer Abreise ²⁾ zu sehen und zu umarmen. Ach, ein wehmütig süsser Anblick wird mir Nassau seyn! Seit ich Ihnen im Januar schrieb, ist meine Brust frey und freyer geworden. Meine Stimme ist beinahe wieder was sie war, und der zerstörende Husten hat sich ausserordentlich gemildert. . .

¹⁾ Fehlt.

²⁾ Nach Cappenberg.

Von Rom schreibt man mir, Kochs Bild für Sie nahe seiner Vollendung. Ich habe kürzlich Niebuhr dorthin geschrieben und ihn gebeten, es selbst zu besehen und Koch zu preveniren, dass Sie Ende Junius auf einige Monate verreisen, damit er Ihnen früher Nachricht gebe und wo möglich das Bild selbst in Ihre Hände gelangen lasse.

Ich weiss, dass Kunth Hirts Entwurf zum Grabmal¹⁾ Schinkel vorgelegt hat und dieser einige Correcturen daran beabsichtigte . . .

Humboldt grüsst und wird in Kurzem den Bericht der Academie²⁾ senden. *Nachrichten über eine ehemalige Pflögetochter der Frau vom Stein.*

H[umboldt] ist in seinen eigenen Studien heiter und unablässig thätig und beschäftigt.

Meine Töchter empfehlen sich mit mir den Ihrigen . . .

Sie erlauben mir, Ihnen, sobald ich es selbst weiss, über unser Kommen oder Nichtkommen zu schreiben.

Wilhelm von Humboldt an Stein
St. A.

Berlin, 20. Februar 1820

Das Gutachten der Akademie der Wissenschaften über die Edition der deutschen Quellschriftsteller. Altensteins Bereitwilligkeit, das Werk zu unterstützen. Die Benutzung der Handschriften in der Vaticana.

Ew. Excellenz haben mir über die Herausgabe der Deutschen Quellschriftsteller geschrieben, und wünschen, den Bericht zu sehen, welchen die Akademie der Wissenschaften über Ihren Plan abgestattet hat³⁾. Ich theile Ihnen denselben anliegend in Abschrift mit, und muss ich Sie bitten, diese Mittheilung lediglich als eine vertrauliche anzusehen und den Bericht weiter niemandem zu zeigen. Da die Akademie denselben an das Ministerium gerichtet hat, so ist es billig, dass er vor der Antwort des letzteren auch nicht seinem Inhalte nach bekannt werde, und er enthält ausserdem eine Stelle über H. Dümgé, die dem Mann doch unangenehm seyn könnte. Ew. Excellenz werden die Bemerkungen über das Unternehmen nicht sehr richtig finden. In der Tat lassen sich auch keine bedeutenden machen. Das Wichtigste ist, dass angefangen und auch fortgefahren wird. Ob es dann in Folio oder Quart sey, ob eine Chronik ein wenig mehr oder weniger vollständig ist, darüber geht der, welcher dann benutzen kann, was ihm jetzt verschlossen ist, leicht hinweg. Auch sieht die Akademie zu sehr auf bloss gelehrten Gebrauch. Man kann wohl voraussetzen, dass auch die, welche nicht gelehrte Benutzung beabsichtigen, einen oder den andern dieser Schriftsteller lesen werden, und dies gerade wäre der wichtigste Nutzen. Aus einigen Stellen möchte es scheinen, als wolle sich die Akademie zu sehr in das

¹⁾ S. oben S. 612, Anm. 1.

²⁾ S. den nächsten Brief.

³⁾ Vgl. dazu Harnack, Gesch. der kgl. preuss. Akademie der Wissenschaften I, 2. S. 677 ff. und II. S. 410 ff., dazu Bresslau a. a. O. S. 52 f.

Unternehmen mischen. Allein die Grenzen davon werden immer von der Gesellschaft der Herausgeber abhängen. Was das Wichtigste ist, dass die Regierung das Unternehmen mit Geld unterstütze, so können Ew. Excellenz mit Zuverlässigkeit annehmen, dass Minister Altenstein dazu den besten Willen hat. Es liegt in seiner Gesinnung, wenn er auch allerdings Vorliebe für Naturwissenschaften besitzt, doch alles eminent Gute in Wissenschaft und Kunst befördern zu wollen. Ob er aber dazu kommen wird, und wie bald, müssen wir abwarten. Der Mann ist überhäuft mit Geschäften, gerade diese eben an ihm gelobte Bereitwilligkeit macht auch, dass sich die vorhandenen Mittel sehr auf eine Menge von Gegenständen zerstreuen, und neuerlich sind diese Mittel jetzt auch, wie ich höre, sehr beschränkt worden. Ich sehe ihn von Zeit zu Zeit, obgleich selten, und werde nicht verfehlen, ihn anzumahnen und zu erinnern. In Rom muss man nicht auf viel Bereitwilligkeit rechnen, allein auch die Besorgniss nicht übertreiben. Was man aus der Vaticana und den Handschriften einzeln fordert, erhält man dort ohne Bedenken mitgetheilt, allein selbst auszusuchen wird nicht erlaubt, und ist auch Niebuhr versagt worden . . .

Ich freue mich unendlich, Sie wieder so eifrig mit Ihren Lieblingsideen beschäftigt zu sehen. Ich bin auch ganz zu meinen ehemaligen Studien zurückgekehrt. Wenn man aber, wie es mein Fall war, sie seit mehreren Jahren hat verlassen müssen, so findet man viel zu thun, um sich wieder ganz hineinzusetzen, vorzüglich, wenn man die wissenschaftlichen Beschäftigungen als ein Ganzes ansieht und nicht fragmentarisch arbeiten will.

Stein an Humboldt

[Frankfurt, März 1820]

St. A. Konzept

Dank für die Mitteilung des Gutachtens der Akademie der Wissenschaften. Grundsätze für die Edition der Quellenschriftsteller.

Ich danke Ihnen, liebe Excellenz, für die Mittheilung des Gutachtens der Akademie der Wissenschaften und habe über seinen Inhalt ausführlich an H. Professor Wilken geschrieben¹⁾ — nehme aber Ihre fortwauernde Mitwirkung zu der Ausführung dieser ausgedehnten Unternehmung, deren Ende ich gewiss nicht erlebe, in Anspruch.

Die Quellen Ausgabe soll vollständig, sie soll kritisch seyn — sie soll also sämtliche Haupt Geschichts Schreiber, Hülf Geschichtsschreiber, Brief Sammlungen und Staatspapiere enthalten, die den Geschichts Schreiber in Stand setzen, seinen Vorsatz auszuführen. Es ist nicht eines Mannes Sache, ein solches Verzeichniss anzufertigen — ich bin also der Meynung, dass sich besondere Vereine von Gelehrten bilden zur Be-

¹⁾ Eine Abschrift des Gutachtens der Akademie vom 26. Oktober 1819 befindet sich im Archiv der Monumenta Germaniae Historica. Dort auch das Schreiben an Wilken, dat. 7. März 1820. (Konzept). Hierzu wären noch zu vergleichen die Briefe Steins an Spiegel Ende 1819/Anfang 1820.

arbeitung der Quellen einzelner Geschichts Abschnitte, z. B. der Carolinger, der Sächsischen Kayser, diese mitteln erst die Quellen aus, und dann geben sie sich an die Bearbeitung.

Soll die Ausgabe kritisch seyn, so muss eine Vergleichung sämtlicher vorhandener alter Handschriften vorgenommen werden — nun sind deren in Paris und zwar nur im Ancien Fond, wie er 1749 nach den gedruckten Catalogue des Manuscripts de la Bibl. du Roi war, über 300, in Wien sind mir 120 bekannt — alles dieses einzusehen, zu prüfen usw. erfordert die vereinten Kräfte mehrerer Menschen und Zeit.

Bittet ihn, in Erfurt nach früher dort vorhandenen Handschriften, insbesondere der des Lambertus Schaffenburgensis, forschen zu lassen.

Stein an Spiegel

Frankfurt, 5. März 1820

Archiv der Monumenta Germaniae Historica

Das Regime Hardenbergs.

Wer nicht an der jetzt für Preussen so verderblichen herrschenden Clique hält, wer Charakter und Geist besitzt, der darf keine Anstellung, oder hat er sie durch Zufall erhalten, keinen wohlthätigen Einfluss erwarten. Ich bewundere übrigens, wie man das Verderbliche des veralteten und leichtsinnigen und selbstsüchtigen Mannes fühlt und doch glaubt, mit demselben untauglichen Werkzeug bessere Resultate hervorbringen zu können. — *Die geplante Reise in die Schweiz.*

Stein an Büchler

Frankfurt, 8. März 1820

Archiv der Monumenta Germaniae Historica

Unzufriedenheit mit der Geschäftsführung Dümgs.

Ich vermisse bey Herrn Dümge eine gehörige Uebersicht des Ganzen der litterarischen Unternehmung und eine eingreifende, sie fortschreitend befördernde Thätigkeit, die von ihm bisher geäusserte hat noch wenig Tüchtiges geleistet und sie zersplittert sich auf Einzelheiten.

Von ihm hätte man erwarten sollen, dass er auf Benutzung

- 1) der Schätze von Handschriften zu Paris und Wien aufmerksam gemacht hätte —
- 2) Von ihm hätte man erwarten sollen, dass er die Heidelberger Handschriften anzeige, vergleiche —
- 3) dass er die auf seiner Reise aufgefundenen Handschriften des Regino u. s. w. zur Collationirung zu erhalten bemüht gewesen, oder durch andere sie veranstaltet —
- 4) dass er sich bestimmt zur Bearbeitung gewisser Schriftsteller anheischig gemacht. Was er aber statt des Erwarteten geleistet, steht nicht im Verhältniss mit der Zeit, die er verwendet, den Kosten, die er verursacht, oder ist nach seinem innern Gehalt un-

bedeutend. Ich erwarte also, dass er den ad. 2. 3. 4. enthaltenen Foderungen ohnverzüglich genüge ¹⁾).

Stein an Alexander I.

Frankfurt, 10. März 1820

Zentralarchiv Moskau.

Dank für sein Beileid zum Tode der Frau vom Stein. Ausdruck seiner fortdauernden Verehrung.

Stein an Merian

Frankfurt, 21. März 1820.

Archiv der Monumenta Germaniae Historica

Literarische und wissenschaftliche Neuerscheinungen.

Von Lucchesinis Memoiren ²⁾ erwarte ich mit Ungeduld den zweiten Theil, das Buch ist mit Geist, Sachkenntniss, in einem guten Styl geschrieben und verdiente, übersetzt zu werden.

Herr v. Lassberg ³⁾ in Eppishausen bey Zürich hat eine Sammlung alt-deutscher Gedichte unter dem Titel Lieder Saal in 5 Bänden herausgegeben, der 5te enthält die Nibelungen nach der Hohenemser Handschrift, so er an sich gebracht . . .

Die einzelnen Vereine ⁴⁾ beginnen, sich zu bilden . . .

Die höchst interessante Uebersetzung aus dem Chinesischen Geschichtschreiber habe ich Herrn Ritter ⁵⁾ heute zugestellt und bin im voraus seiner Dankbarkeit versichert. Haben sie seine Vorhallen der Euro-

¹⁾ Vgl. dazu auch die Aeusserung Steins in seinem Brief vom 8. Mai 1820 (Pertz, Stein V. S. 500): „Dem guten Mann fehlt Uebersicht seines Berufes und Kraft, zur Beförderung der Hauptsache einzugreifen.“

²⁾ Lucchesini lebte seit seiner Verabschiedung im Jahre 1807 in Italien. Er veröffentlichte im Jahre 1820 den ersten Band seiner Memoiren unter dem Titel: „Sulle cause e gli effetti della confederazione Rhenana.“

³⁾ Jos. Maria Christoph Freiherr v. Lassberg (1770—1855), Landesoberforstmeister des Fürsten v. Fürstenberg in Donau-Eschingen und seit 1805 der eigentliche Regent des kleinen Territoriums bis zur Volljährigkeit des jungen Fürsten im Jahre 1817, eng befreundet mit dessen Mutter, der Fürstin Elisabeth v. Fürstenberg (s.oben S. 9). Seit 1817 aus der fürstenbergischen Verwaltung ausgeschieden, lebte er auf seinem Gut Eppishausen im Thurgau, vorwiegend mit germanistischen Studien beschäftigt. Er befürwortete die Unterstützung der Monumenta durch die Fürstin Elisabeth. Die Fürstin ermöglichte ihm den Ankauf der Hohenemser Nibelungenhandschrift (C), die Lassberg 1821 als 4. Band seines von Stein erwähnten „Liedersaals“ herausgab. — Lassberg verkaufte Eppishausen im Jahre 1838 und erwarb dafür die Meersburg am Bodensee, auf der er den Rest seiner Tage verbrachte.

⁴⁾ Der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde.

⁵⁾ Der grosse Geograph Karl Ritter (1799—1859), seit 1820 Professor an der Universität Berlin. Seine stark von romantischen und naturphilosophischen Gedankengängen beherrschte Auffassung der Erdkunde hatte er schon 1816 in seinem Buch über „Die Erdkunde im Verhältnis zur Natur und Geschichte des Menschen“ vorgetragen. Ritters grosses Verdienst beruht in der Erkenntnis der Wechselwirkungen zwischen Geographie und Geschichte und in der daraus herstammenden Begründung der vergleichenden Erdkunde. Seine von Stein erwähnten „Vorhallen der europäischen Geschichte . . .“ erschienen im Jahre 1820. S. die kurze und treffende Charakteristik Ritters bei Treitschke a. a. O. II, S. 75 f.

päischen Geschichte vor Herodot gelesen, sie scheinen mir für einen denkenden und einen umfassenden Blick auf das Ganze der Geschichte werfenden Mann, wie Sie sind, höchst interessant . . .

Das übrige betrifft die Monumenta.

Humboldt an Stein

Berlin, 22. März 1820

St. A. Ra 3

Humboldts Entlassung. Die weitere innere Entwicklung Preussens. Gefahr einer fortdauernden Gährung. Humboldt sieht das geeignete Gegenmittel nicht in Polizeimassnahmen oder Nachgiebigkeit, sondern in einer festen, gerechten und gutgeordneten Verwaltung. — Hardenbergs Aussöhnungsversuche. Humboldts Entschluss, unter Hardenberg nicht wiederzukehren.

Gagerns Abreise giebt mir eine günstige Gelegenheit, Ihnen, liebe Excellenz, einige Worte zu sagen. Ich habe vermieden, Ihnen durch die Post etwas über die öffentlichen Angelegenheiten und mich, insofern ich damit zusammenhänge, zu sagen. Alle Briefe von uns werden geöffnet, und, wenn auch in unsern Briefen nichts an sich selbst Bedenkliches steht, so ist der Gedanke schon unangenehm, von andern gelesen zu werden. Ueber meine Entfernung aus dem Dienst ist es eigentlich nur wichtig, das zu sagen, dass sie gar keine bestimmte und einzelne Ursache (keinen einzelnen Streit oder dergleichen) gehabt hat. Ich habe mich aber, und dies werden E. E. gewiss natürlich finden, vom Augenblick meines Herkommens an, soviel ich es ohne Unhöflichkeit konnte, vom Staatskanzler abgesondert. Ich kann die Art seiner Verwaltung nicht anders wie missbilligen; persönlich hat er mir die gerechtesten Gründe zur Beschwerde gegeben. Beides konnte nicht durch Freundschaftsversicherungen, durch Einladungen, ja mit ihm einig zu seyn und denselben Weg mit ihm zu gehen, gut gemacht oder geändert werden. In den Geschäften konnte es gar nicht fehlen, dass Gelegenheiten kamen, wo ich über die bisherige und jetzige Verwaltung urtheilen musste, ich habe es immer ohne Partheilichkeit und Gehässigkeit, aber auch mit strenger Wahrheitsliebe gethan, und so ist also allerdings in meinen Aufsätzen oft eine Kritik des Geschehenen, wenn auch ohne Nennung des Staatskanzlers, gewesen. Manches davon ist an den König gekommen, und vieles nun natürlich in der Folge denselben Weg gegangen. Beyme und Boyen waren einerlei Meynung mit mir ¹⁾, und die andern Minister nahmen oft unsere Meynungen an. Aus diesem Allen zusammen genommen entstand bei dem Staatskanzler die Meinung und die recht eigentliche Ueberzeugung, dass er oder ich weichen müssten, er hat dies fast unverholen gesagt und dem Könige so vorgestellt. Dies ist der einfache Hergang der Sache. Wir drei einigen Minister haben zwar auch dem Könige Memoiren gegen die Carlsbader Beschlüsse übergeben, allein dies war Monate vorher und hat bei unserer Entfernung nicht einmal zum Vorwande gedient.

¹⁾ S. Gebhardt a. a. O. II. S. 383 und Kähler a. a. O. S. 421ff.

Der König ist, wie ich weiss, nicht ungehalten auf mich gewesen, er hat sogar darüber, dass ich kein Gehalt weiter habe annehmen wollen, sehr vortheilhaft für mich geurtheilt. Allein ich zweifle nicht, dass man alles anwendet, um mich in Rücksicht auf die demagogischen Umtriebe verdächtig zu machen. An sich ist das zwar unmöglich, da ich in den zahlreichen weggenommenen Correspondenzen nie genannt bin, da ich mit keinem Menschen dieser Art in irgend einiger andern als zufälligen oder vorübergehenden Verbindung gestanden habe, und da vielmehr diese Menschen grosses Misstrauen in mich setzten. Allein da ich die Maasregeln gegen dies gewiss wahre und grosse Uebel, so wie man sie nimmt, nicht billigen kann, da ich, ob ich mich gleich jetzt nie irgend öffentlich darüber äussere, dies, wo es an seiner Stelle war, als Minister immer gesagt habe, so übertreibt man dies und verdreht es. Sichere Beweise habe ich davon nicht, allein Spuren hinlänglich. Der Kronprinz ist vorzüglich gnädig und freundlich mit mir, ich sehe ihn oft und ganze Abende lang bei Prinzessin Louise, die E. E. sehr viel Schönes sagen lässt. Ebenso alle andern Prinzen. — Wie jetzt die Verwaltung geht, ist schwer zu sagen. Gut ist unmöglich, da ich die Gebrechen kenne, welche die Menschen, die jetzt da sind, nicht heilen können. Das Wünschenswertheste scheint mir, dass einige Jahre ohne äussere Stösse und ohne dass man im Innern wesentlich neue Dinge beginnt, hingehen, damit die Zeit des Misstrauens und der Erbitterung nach und nach aufhöre, und man alsdann an wahre wesentliche Verbesserungen denken könne. Jetzt zittre ich eigentlich vor jeder neuen Einrichtung, und es ist mir ordentlich beruhigend, dass man die Constitutionssache ganz ruhen lässt, wie es scheint. Das Wichtigste ist, ob die Finanzen sich halten werden. Es scheint mir indess nicht unmöglich, wenn die Abgaben, die man jetzt einführt (so wenig ich sie auch billige) ausgeführt werden können und man nur auf einige Ersparung denkt (was aber jetzt freilich nur beim Militair geschehen ist, wo man es allein der kräftigen und consequenten Einwirkung des Königs unmittelbar und selbst dankt). Die wahre drohende Gefahr ist auch meiner Meinung nach demagogische Gesinnung und Auflösung der Bande des Gehorsams und der Ehrfurcht. Dagegen aber giebt es nur ein gründlich helfendes Mittel: Gerechtigkeit und Weisheit der Verwaltung; es wird nie eine Regierung angegriffen, ehe sie nicht selbst gefährliche Blössen giebt. Die jetzigen Maasregeln können nur schaden, da ihnen zugleich Zweckmässigkeit, Energie und Würde mangelt. Käme nun, wie man immer besorgen muss, bei neuen Einrichtungen noch unzeitige Liberalität hinzu, so wäre alles zu fürchten. Es ist schon nicht zu billigen, dass sich in dem neuesten Schulden Edikt die Regierung gegen Stände, die noch nicht einmal existiren, die Hände gebunden hat. E. E. sagen, dass ich mich nicht zu sehr in die Vergangenheit vertiefen und der Ansprüche gedenken soll, welche die Zeit noch an mich machen kann. Ich werde mich der letzten nie entziehen.

Allein mit dem Staatskanzler zugleich kann ich nie wieder an Geschäften Theil nehmen.

Ich habe zwar, als ich neulich zum erstenmal bei einem grossen Ministerdiner bei Graf Lottum mit ihm zusammen war, aus der Art, wie er sich von selbst einigemal zu mir wandte und mit mir sprach, gesehen, dass er einer Wiederannäherung zwar nicht abgeneigt wäre, allein ich thue es auf keinen Fall. Aendern sich indess auch die Umstände in einigen Jahren, so bin ich viel älter, und E. E. kennen meine Gesinnung, die ja der ihrigen auch gleich ist, dass man nicht vom Actentisch ins Grab taumeln muss. Mein herzlicher Wunsch ist, dass man nie wieder an mich für ein Amt denke, dass aber die Sachen durch Andere, als mich, gut gehen mögen. Für mich beschäftige ich mich jetzt mit Wissenschaft wie sonst, und sollte ich je zum Geschäft des öffentlichen Lebens zurückkehren, so wird es mir nicht schaden, mich eine Zeit hindurch ganz von diesen Gegenständen entfernt zu haben. Wenn man sonst den Geist durch Nachdenken übt und stärkt und ihn nicht durch Schläffheit sinken lässt, thut dies vielmehr nur in jeder Rücksicht wohl.

Stein an Spiegel

Frankfurt, 28. März 1820

Nachlass Spiegel. — Gedr. Pertz, Stein V. S. 463 ff.

Die Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Westfalen. Ihre historische Entwicklung. Stein verlangt unbedingtes Festhalten an dem altsächsischen in Westfalen noch geltenden Erbrecht und wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die unbeschränkte Teilbarkeit der Bauernhöfe. Schärfste Absage an die liberale Staats- und Wirtschaftsauffassung. — Einzelfragen der Auseinandersetzung zwischen Bauern und Grundherren.

E. E. Theilnahme an den Berathungen über die bäuerliche Verhältnisse ist eine sehr erwünschte Maasregel, da Sie mit dem Innern unserer Provinzial Verfassung genau bekannt sind und die Angelegenheit sowohl aus dem Gesichtspunkt der Erhaltung wohlervorbener Rechte als aus dem höheren der Erhaltung beyder Klassen der Grundeigenthümer, des Adels und des Bauernstandes, betrachten werden.

Die ältesten Gesetzgeber und politischen Schriftsteller, z. B. Aristoteles, sahen die zweckmässige Vertheilung des Grundeigenthums und die Erhaltung der verschiedenen Klassen der Grundeigenthümer in einem festen selbständigen Zustand für die Basen der bürgerlichen Gesellschaft an, vertheilten nach ihr die Theilnahme an denen politischen Rechten, sie hielten übermässige Anhäufung für so verderblich als gränzenlose Zersplitterung. Unsere Sassischen Vorfahren hatten gleiche Ansicht, ihre Einrichtungen beabsichtigten die Erhaltung der Wehrfesten und der Höfe in einem festen Zustand, darauf bezog sich die Vererbung, die Untertrennbarkeit des Hofes u. dergl., und so gelang es ihnen, einen tüchtigen, achtbaren Bauernstand zu erhalten. Nicht so war es in dem Theil des Frankenlandes, der längs dem Rhein lag, hier drang das Römische

Recht frühe ein, mit ihm seine Erbrechtslehre, und hier zeigten sich die Folgen, der Bauernstand versank in einen Stand von kleinen ärmlichen Eigenthümern und Tagelöhnern. Die Beybehaltung des bisher in Westphalen geltenden Erbrechts und der Untheilbarkeit der Höfe halte ich für wesentlich nöthig zur Erhaltung unseres kräftigen tüchtigen, achtbaren Bauernstandes.

Man kann zwey Ausnahmen machen bey einzelnen sehr grossen Höfen und in Ansehung der Markentheile, so bey denen Gemeinheits Theilungen denen Höfen als privatives Eigenthum zufallen, bey diesen könnte man denen Eigenthümern das Recht einräumen, die ersteren zu theilen, die letzteren zu zersplittern.

Es ist mir sehr wohl bekannt, dass diese Meynung der Ansicht derjenigen widerspricht, denen Bevölkerung und Erzeugung von Nahrungsmitteln der Hauptzweck des Staates ist, mir ist er aber seine religiös-moralische, intellectuelle und politische Vollkommenheit, und diese wird verfehlt, wenn die Bevölkerung sich in Tagelöhner, kleine, ärmliche Grundeigenthümer, Fabriken Arbeiter und in ein Gemenge von christlichen, jüdischen Wucherern, Fabriken Verlegern, Beamten aufgelösst hat, die durch Genuss u. Erwerbs Liebe durch das Leben gepeitscht werden.

Der andere Gegenstand, der bey Festsetzung der bäuerlichen Verhältnisse beachtet werden muss, ist das Verhältniss der Gutsherrn zu den Bauern. — Die Untersuchungen über die älteste Geschichte der Hörigkeit haben zwar keinen praktischen Nutzen, denn der Zustand, wie er vor 1806 war, bestand wenigstens seit vier Jahrhunderten, die gegenwärtigen Wehrfesten stammen nicht von den ursprünglichen freyen Hofbesitzern ab, sie mögen eben sowohl Nachkommen von Hofeshörigen, von Schutzhörigen von Leuten seyn, und der Rücktritt zur alten Verfassung wäre gewiss den grossen Bauern nicht erwünscht, den Schulden, Scultetis, Villicis, dies sähen sich auf einmal in Verwalter verwandelt, verlohren jedes Eigenthumsrecht. Ich z.B. würde bey Cappenberg bedeutend durch dieses Wiederaufleben der alten Verfassung gewinnen.

Man will bestimmen das Ober Eigenthumsrecht, eine Entschädigung für Dienstgeld, für Gewinn und Sterbfall, für Mitbenutzung des Hofes Holzes. — Die Französischen und Bergischen Gesetze haben desshalb schon Bestimmungen ertheilt.

Der gegenwärtige ungewisse und schwankende Zustand der Dinge ist für beyde, für den Gutsherrn und für den Bauern, nachtheilig; der erste entbehrt vieles, der letzte benutzt nicht das Seinige, und das Hofes Holz ist gegenwärtig herrenloses Eigenthum, der Bauer darf nur Brandholz daraus nehmen, Nutzholz muss er stehen lassen, und dieses wird entweder gar nicht oder nur verstohlenerweise benutzt; wird es entdeckt und ist der Gutsherr streng, so kommt der Bauer, ein achtbarer Familien Vater, auf das Zuchthaus, abermals ein sehr grosses Uebel. Der Zustand des Bauern hat sich seit 1806 wesentlich durch die Ein-

führung der, besonders im Bergischen Antheil des Münsterlandes, sehr hohen Contribution verschlimmert, diese muss hier nothwendig heruntersetzt werden, und da der Staat durch die Säcularisation der grössten Gutsherr ist, so wird ein grosser Theil seines Verlusts durch die erhöhten gutsherrlichen Rechte gedeckt. Die Wiedereinführung des Dienstgeldes, einer mässigen Pacht Erhöhung statt des Sterbefalls und eine Auseinandersetzung des Hofes Holzes ist billig und wird bey dem Bauernstand auch keinen Widerspruch finden, der dagegen vom Naturaldienst und dem sehr verderblichen Sterbefall und Gewinn befreyt wird.

Bisher hatte der Gutsherr wenigen Nutzen vom Hofes Holz, nach der Eigenthums Ordnung soll er nur das abständige Nutzholz brauchen, das ist aber widersinnig, man haut das Holz in seinem Wachsthum, die Eiche im 180—200 Jahr, die Buche im 120—150. — Die geistlichen Corporationen waren bey der Mitbenutzung sehr nachsichtig — und die Gutsherrn können jede billige und mässige Abfindung für einen Gewinn ansehen. Billig würde mir die Abfindung scheinen, wenn man dem Hofbesitzer als Präcipuum liesse, was er zum Brand und an Nutzholz zur Unterhaltung der Hofes Gebäude braucht, und den Rest zwischen dem Gutsherrn und Hofes Besitzer theilte — die kleinern Höfe würden alsdann in ihren Verhältnissen ungestört bleiben, die grossen (wir haben Höfe, die 1200 bis 600 Morgen Wald besitzen) gäben einen entbehrlichen Theil ab, den übrig gebliebenen würden sie frey von allen gegenwärtigen Beschränkungen und Hindernissen benutzen.

Karoline von Humboldt an Stein
St. A.

Berlin, 8. April 1820

Ratschläge für Steins geplante Reise in die Schweiz. — Ihr eigenes Ergehen und ihre Pläne für den Sommer. Das Gemälde von Koch. Niebuhr.

Ich beantworte den mir so erwünschten Brief, den ich von Ihnen, mein verehrungswürdiger Freund, gestern empfangen habe, sogleich, damit Sie meine Antwort noch in Frankfurt finden. Ich erfreue mich unendlich der guten Nachrichten, die er über Ihren und der geliebten Töchter Gesundheit und Wohlergehen enthält und hoffe, dass die vorhabende Reise und der Aufenthalt in der Schweiz Fräulein Henrietten ganz und vollkommen herstellen wird. Zur Bereisung des Oberlandes im Bernischen empfehle ich ganz besonders Interlaken zum Wohnort, von wo aus man leicht alle die Coursen nach Lauterbrunnen, Grindelwald und Hesselthal macht. Interlaken selbst liegt in der reizendsten Lage, und es war ein leidlich Wirtshaus dort. Sie nehmen doch wohl eigene Pferde mit? Das vermehrt sehr das agrément der Reise und ist auch ökonomischer. Mit meiner Gesundheit geht es leidlich, obgleich noch keine Spur von Frühjahr bei uns zum Vorschein kommt. Mein Husten ist sehr gemindert und die Heiserkeit ganz verschwunden. Allein

die Schmerzen in den Füßen sind noch ganz dieselben und meine Hände sind sehr geschwollen. Ich will im Mai auf ein 14 Tage nach Dresden gehen, damit der Hofrath Weigel ¹⁾, zu dem ich ein besonder Zutrauen habe, mich eine kleine Zeit beobachte und über den Gebrauch oder Nichtgebrauch eines Bades entscheide. Die hiesigen Aerzte, wie gut sie sind, kennen die Anwendung der Rheinischen und Böhmischn Bäder nur höchst unvollkommen. . . . Sobald ich weiss, was darüber entschieden ist, schreibe ich Ihnen, theuerster und verehrtester Freund.

Nach Rom habe ich Mitte Januar Niebuhr geschrieben und selbigen gebeten, mir Kunde von dem Ihnen gehörigen Bilde bei Koch zu geben. Wenige Tage, nachdem dieser Brief abgegangen war, empfing ich einen von Niebuhr, nachdem er meines Mannes Entlassung erfahren. Daher aber hat er mir nun auf meinen Brief noch nicht geantwortet. Indessen habe ich vor etwa 10 Tagen einen Brief des Kupferstechers Ruscheweyh ²⁾ von Rom gehabt, eines sehr soliden Mannes und gründlichen Kenners. Dieser schreibt mir unaufgefordert vom 11. März: „Das Gemälde, was Sie für den Freyherrn vom Stein bei Koch bestellt haben, naht sich seinem Ende und ist unvergleichbar schöner und gelungener als das erste kleinere“. Ich hatte Niebuhr gebeten, Ihnen direct Nachricht zu geben ³⁾, denn Kochs Schreibkünste mögen schlecht bestellt seyn. Und wenn das Bild fertig ist, wird wohl auch Noth ums Geld seyn, denn Koch ist nicht reich, mahlt zu fleissig, um es zu werden, hat Frau und 3 kleine Kinder und war überdem im letztverflossenen Sommer sehr krank an den fatalen Fiebern des Landes, wodurch er viel Zeit einbüsste. Warum Niebuhr Ihnen nicht schreibt, begreife ich nicht, denn noch in seinem vorher erwähnten Briefe erwähnt er Ihrer mit der tiefsten, obgleich wehmütigen Liebe weil „nicht alle Blüthen, die sich das Herz versprechen durfte, reiften“. Er ist eigensinnig, auch wohl mitunter argwöhnisch, heftig bis zum Excess, aber doch ein durchaus edler Mensch. Seine Frau ist wieder guter Hoffnung, und es ging seitdem mit den Augen besser. Aber für die Folge ist mir doch bange. Er hat 2 himmlische Kinder, die ihm Gott erhalten wolle.

Nachschrift. Sie haben doch einen Brief meines Mannes bekommen?

Niebuhr an Stein
St. A.

Rom, 26. April 1820

Das Gemälde Kochs. Niebuhrs eigene Studien. Klage über die preussische Reaktionspolitik.

Da es von dem Maler Koch nicht zu erwarten, ja kaum zu fordern ist, dass er einen Brief schreiben solle, so hat Frau von Humboldt mir zur

¹⁾ S. oben S. 578, Anm. 1.

²⁾ Ferd. Ruscheweyh (1785—1845).

³⁾ S. den nächsten Brief.

Pflicht gemacht, Ew. Excellenz anzuzeigen, wann sein Gemälde zum Absenden fertig sey. Dies ist nun jetzt der Fall, es hat seinen Firniss erhalten und wird in diesen Tagen eingepackt . . . Die Verpackung wird sorgfältig gemacht, und ich habe vorgeschrieben, dass man die Kiste über den Simplon und nicht durch die Oesterreichischen Staaten gehen lasse, wo transitirende Sachen auf den Mauthen zuweilen barbarisch beschädigt werden. Ein Grund mehr, diese Strasse vermeiden zu lassen, war, dass der über die Behandlung seines Vaterlandes, Tirol, indignirte Maler im Vorgrunde einige sehr verständliche allegorischen Andeutungen angebracht hat, über die man sich leicht durch absichtliche Misshandlung des Gemäldes könnte rächen wollen. Einige von diesen sind nicht von sehr gutem Geschmack, und es ist nicht meine Schuld, dass sie dort erschienen. Koch ist eigensinnig und seine Natur geht an sich auf's Bizarre. Im Ganzen, hoffe ich, wird das Bild Ew. Excellenz lieb seyn; es ist sehr viel Localwahrheit darin, und durch die zweyte Bearbeitung, welche viel überladenen Reichthum von Handlung herausgeschafft, hat es sehr gewonnen. Sollte dies oder jenes im Vordergrunde Ew. Excellenz missfällig seyn, so wird in der dortigen Gegend sich leicht ein Maler finden, der es mit einigen Pinselstrichen wegschafft.

Sollte es sich mit dem Verpacken noch so lange verziehen, dass inzwischen eine kleine Schrift, die ich hier drucken lasse, fertig wäre, so würde ich das Vergnügen haben, sie beyzulegen, wahrscheinlich werde ich aber eine andere Gelegenheit erwarten müssen, denn die hier herrschende Barbarey äussert sich bey dem lateinischen Druck so, dass man gar nicht aus der Stelle kommt. Es sind die wenigen Fragmente Ciceros ¹⁾ die ich schon bey meiner Ankunft hier entdeckte, mit Zusätzen zum bekannten Fragment des Livius u. a. m.

Wäre mir gestattet worden, die Manuscripte einzeln durchzusehen, so würde ich den Fund gethan haben, dessen Mai sich zu erfreuen hat, und da diese herrlichen Sachen in die allernachschicktesten Hände gerathen sind, so ist es darum sehr schade. Aber der Neid gegen Fremde ist eben so gross als die Unwissenheit und Unfähigkeit, und man gab vor zu besorgen, dass die chemischen Ingredienzen das Pergament anfrässen. Die Sache ist nicht wahr, und wäre sie es, was läge an ihnen, wenn die Schrift ans Licht gekommen und herausgegeben wäre!

Der Gram über die Dinge, die geschehen, über die Entweihung unserer eignen Ehre, über den Triumph derer, die 1813 die Knechtschaft wollten; aber auch nicht weniger über die Verwilderung der Gemüther, über den

¹⁾ Es handelt sich um Niebuhr's 1820 erschienene Edition „Ciceronis Oratorum pro Fonteio et pro Rabirio fragmenta“. Ueber seinen Streit mit dem Custos der Vaticanischen Bibliothek Angelo Mai (1782—1854), der im selben Jahre durch die Entdeckung der Fragmente von Ciceros „De re publica“ und deren Edition im Jahre 1822 eine ganz grosse wissenschaftliche Leistung vollbrachte, s. die „Lebensnachrichten über B. G. Niebuhr“ Bd. II, S. 195 f.

rohen Jacobinismus, dessen Dasein man nicht läugnet, wenn man die Regierenden anklagt, dass sie ihn reizen und ihm Macht geben — dieser Gram ist in der Fremde noch schwerer zu ertragen als daheim, wo doch Einzelne sind, in deren Busen man sein Herz ausschütten kann. Ich weiss, dass Gott auch E. E. schwere Prüfungen und Trübsal gesandt hat, ich habe es mit Wehmuth und inniger Theilnahme vernommen, und bitte Gott, dass er Sie segne und tröste.

Stein an Gagern

Nassau, 1. Mai 1820

Nach Gagern a. a. O. IV, S. 88. Dort vollständig, hier mit einigen unwesentlichen Kürzungen.

Stagnation und Unfruchtbarkeit der Staatsführung Hardenbergs. Die Ausgabe der Quellschriftsteller.

...Man scheint entschlossen zu seyn, mit der Stelle in Frankfurt ¹⁾ keine Veränderung vorzunehmen, und überhaupt eine Abneigung gegen alles Tüchtige, Kräftige, Selbständige zu haben, alles der eigenen Selbstsucht und der Besorgniss, seinen Einfluss zu verlihren, aufzuopfern, daher scheint mir von dorthier ²⁾ nicht vieles zu erwarten.

Von der Ausgabe der Quellen Schriftsteller wollen wir nicht viel Rühmens machen, bis wirklich etwas geleistet worden; der Geitz der Reichen, die Faulheit der Gelehrten sind grosse Hindernisse an der vollkommenen Ausführung.

Ihr und Herrn von Wangenheims Besuch wird mir sehr angenehm seyn, meine Abreise ist auf den 17ten May³⁾ bestimmt ...

Wilhelm von Humboldt an Stein

Berlin, 9. Mai 1820

St. A.

Negatives Ergebnis der Nachforschungen in Erfurt.

Vermerk Steins: „Beantwortet 16. May.“ ⁴⁾

Erst jetzt, beste Excellenz, kann ich Ihnen die verlangte Nachricht über die Erfurter Handschriften geben ⁵⁾. Die erhaltene Auskunft ist aber leider nicht erwünscht ausgefallen. Der sehr starke Katalog der Bibliothec. des Collegii Amploviani ist sorgfältig durchgesehen worden, er enthält aber durchaus kein Manuscript, welches für eine nach Quellschriftstellern zu bearbeitende Geschichte Deutschlands tauglich wäre. Die Handschriften sind philosophischen, theologischen, medizinischen und philologischen Inhalts, für Geschichte scheint gar nicht gesammelt worden zu seyn. Doch lässt der Präsident Motz weiter Nachforschungen anstellen, ob vielleicht geschichtliche, nicht in dem Catalog aufgeführte Manuscripte doch noch in der Bibliothek vorhanden seyn möchten. Sollten diese Nachforschungen Erfolg haben, so zeige ich es Ew. Excellenz unverzüglich an.

Gesundheitszustand der Frau von Humboldt.

¹⁾ Des preussischen Bundestagsgesandten. ²⁾ Von Hardenberg.

³⁾ Nach Cappenberg. ⁴⁾ Diese Antwort liegt nicht vor. ⁵⁾ S. oben S. 616.

Stein an Niebuhr
St. A.

Nassau, 13. Mai 1820

Dank für die Übersendung seiner Schrift über Cicero. Die Sammlung der deutschen Quellenschriftsteller. Bittet um seine Unterstützung bei der geplanten Durchforschung und Benutzung der Handschriften der Vaticana. Steins wissenschaftliche Tätigkeit als Ausgleich und Entschädigung für die politischen Enttäuschungen der Zeit. Die geplante Reise in die Schweiz.

Da Euer Hochwohlgeboren sehr geehrtes Schreiben d. Rom 6. April a. c. mich von der Vollendung des Gemäldes des Herrn Koch benachrichtigt, so besorge ich die Auszahlung des Restes von 150 Dukaten, so auf dem verabredeten Preis von 200 noch zurückstehen und ersuche ich, die Quit-tung mir gelegentlich zukommen zu lassen.

Der Mittheilung der mir versprochenen kleinen Schrift ¹⁾ sehe ich mit vielem Verlangen entgegen und wünsche, dass Euer Hochwohlgeboren einiges Interesse nehmen an unserem Verein für Ausgabe älterer deutscher Geschichtsquellen. Da die Ausgabe vollständig und kritisch sein soll, so war die Aufsuchung und Benutzung der grossen Handschrifts Sammlungen in Paris und Wien notwendig, die erstere ist besonders reich an Deutschen Geschichtsquellen, an jedem Ort hat der Verein einen jungen Gelehrten, der Vergleichen anstellt, Abschriften besorgt . . . in Paris haben wir sehr bedeutende Materialien bereits entdeckt . . .

Da aber die Bibliothek des Vaticans bekanntlich viele Handschriften bekannter und unbekannter Deutscher Geschichtsquellen enthält, so wünscht der Verein, einen hinlänglich vorbereiteten jungen Gelehrten nach Rom zu ihrer Benutzung zu schicken — wir haben bereits Herrn Majo ²⁾ um Beystand und Mitwirkung gebeten, die er uns zugesagt, sollten wir nun eine glückliche Wahl mit dem nach Rom bestimmten Gelehrten treffen, so erlauben mir E. H., für ihn Ihren Rath und Leitung zu erbitten. Diess litterarische Unternehmen, das Landleben und der Genuss, das Glück, in vollem Maasse gute Kinder zu besitzen, entschädigt mich für das Bittere einer verworrenen und verwilderten Zeit — die Vorsehung, die uns so kräftig und so weise durch das napoleonische Zeitalter geführt, wird uns auch durch die Erbärmlichkeit und rohe Leidenschaftlichkeit der Gegenwart leiten, und einem treuen, braven, frommen Volk wie dem unsrigen, das Glück, dessen es fähig ist, gewähren.

Ich werde die Zeit vom July bis in den October in der Schweiz, besonders in Genf, mit den Meinigen zubringen, besonders hiezu durch die Gesundheit meiner ältesten Tochter veranlasst . . .

¹⁾ S. oben S. 624, Anm. 1.

²⁾ Mai, s. oben S. 624, Anm. 1.

Stein an Spiegel

Nassau, 15. Mai 1820

Archiv der Monumenta Germaniae Historica

Dank für seine Unterstützung der Monumenta. Politische Tagesfragen.

E. Excellenz verdanken wir nicht allein die erste Nachricht von der ertheilten Unterstützung,¹⁾ sondern ihrem kräftigen Einwürken die Sache selbst, empfangen Sie also meinen besten Dank, unterdessen wollen wir es nicht unterlassen, selbst beyzutragen und zu suchen, die Zahl der Beytragenden zu vermehren . . .

Ich lege Ihnen den Brief an H. Ober. B. Wilken²⁾ sub sigillo volante bey zur Einsicht und zur Unterstützung seines Inhaltes . . .

Von den Berliner Arbeiten über Prov[incial] Stände, Communal Verfassung, bäuerliche Verhältnisse verspreche ich mir nichts — aus bekannten Gründen.

Ich gehe den 17. nach Westphalen und komme den 20. Juny zurück, werde also vermuthlich wegen der Kürze meines Aufenthalts und der Abwesenheit meiner Freunde nicht nach Münster kommen. Haben Sie denn von dem jacobinischen Urtheil des Bonner Crayss Gerichtes gegen Joseph Westphal gehört? Der Samen, den man seit 6 Jahren austreut durch Aufrechterhaltung Französischer Gesetze und Einrichtungen, bringt gute Früchte.

H. Gessners Machwerk über bäuerliche Verhältnisse³⁾ predigt zur Erreichung des Staatszweckes sehr gewalthätige Mittel, die das Eigenthum zerstöhren.

Stein an Hövel

Hagen, 19. Mai⁴⁾ 1820

St. A. Abschrift

Meldet seine Anknunft in Hagen auf der Durchreise nach Cappenberg. Einladung dorthin, „wo ich 3 Wochen bleiben werde“.

Stein an Merian

Cappenberg, 25. Mai 1820

St. A.

Die Finanzierung der Monumenta Germaniae Historica.

Ich gestehe, ich mag nicht gern mit B[ethmann] in genaue Berührung setzen — daher erwähne ich nie unser litterarisches Unternehmen gegen ihn. Meine erste Idee war immer, dass es allein durch Beyträge von Westphälischen Gutsbesitzern ohne Zuthun irgendeiner Regierung oder

¹⁾ Vgl. dazu Steins Brief an Merian vom 25. Mai 1820. Die Nachricht von der zugesagten königlichen Unterstützung erwies sich als falsch. Das Schreiben Spiegels, welches den Irrtum verursachte, scheint verloren. Nach Ausweis der Sitzungsprotokolle im Archiv der Monumenta Germaniae Historica stammte es vom 5. Mai.

²⁾ S. oben S. 615, Anm. 1.

³⁾ W. Gessner, *Geschichtliche Entwicklung der gutsherrlichen u. bäuerlichen Verhältnisse . . .* (1820). Gessner war Domänen-Rentmeister in Oelde in Westfalen.

⁴⁾ „April“ in der Vorlage, was aber sicher verschrieben ist.

von Kaufleuten ausgeführt werden solle — bisher ist es in dieser Art gegangen, wenn gleich in manchen Fällen meine Erwartungen getäuscht worden. Ohne mein Zuthun hat die Berliner Akademie beim König auf einen Betrag von 1000 Thalern jährlich während 12 Jahren angetragen, welcher bewilligt worden¹⁾. Dieses ist in pecuniärer Hinsicht wohl gut, nicht in politischer und moralischer — denn ich wünschte, dass wir uns immer mehr gewöhnten, aus eigenen Mitteln gemeinnützige Unternehmungen auszuführen. . . .

Stein an Gagern

Nach Gagern, a. a. O. IV. S. 89

Cappenberg, 31. Mai 1820

Glückwunsch zur Wahl in den hessischen Landtag. Aufgaben eines Abgeordneten. Nutzen der Beschäftigung mit praktischer Politik. Reisepläne.

Die Wahl E. E. von mehreren Bezirken, beweist das Vertrauen und die Achtung, die Sie, denen Anfällen unserer demokratischen Schriftsteller ohnerachtet, in Deutschland besitzen.

Mir scheint, dass um seine landständischen Pflichten gewissenhaft und mit Erfolg zu erfüllen, muss man Geschichte Verfassung und Zustand des Landes, dessen Vertreter man ist, genau studieren, durch Acten Lesen, Reisen, Besprechen mit denen Verständigern und Gutgesinnten.

Indem man aus den oberen Regionen der Politik in die unteren Luftschichten des öffentlichen Lebens tritt, beseitigt man die fratzenhaften Radikalen und würkt wohlthätig auf die Wirklichkeit und die grosse Menschenmasse. Auf sie drückt Beamten Willkühr, schlechte Justiz, Abgaben, Einmischen der Bureaucratie in alle Communal und individuellen Verhältnisse.

Die Verhandlungen der Darmstädtischen Stände werden, durch E. E. belebt und geleitet, gewiss höchst interessant seyn.

Ich werde nach dem 20ten Juny in Nassau seyn, und bald darauf meine Schweizer Reise antreten, Sie am ersten Ort noch zu sehen, wäre mir sehr erfreulich.

¹⁾ Vgl. dazu den Brief Steins an Spiegel vom 15. Mai.